



Bericht über das Geschäftsjahr 2022

Kennwerte 2022 im Überblick

		2022	2021	Veränderungen zum Vorjahr
Stromnetz nachrichtlich sw netz	Netzausspeisung	1.088.884 MWh	1.302.337 MWh	-1,64 %
	davon Netzgebiet Wiesbaden	1.006.777 MWh	1.023.019 MWh	-1,59 %
	Netzgebiet Taunusstein	82.106 MWh	83.995 MWh	-2,25 %
	Durchschnittl. Einwohner im Versorgungsgebiet	296.925 Pers.	292.282 Pers.	1,59 %
	Messstellen	191.257 St.	190.418 St.	0,44 %
	Netzlasterzeugung	205 MW	237 MW	-13,32 %
	Hochspannungsnetz	66 km	79 km	-16,46 %
	Mittelspannungsnetz	719 km	713 km	0,84 %
	Niederspannungsnetz	2.447 km	2.438 km	0,37 %
Stromvertrieb	Stromverkauf im Versorgungsgebiet	436.842 MWh	446.793 MWh	-2,23 %
	Stromverkauf in anderen Gebieten	439.976 MWh	498.931 MWh	-11,82 %
	Summe Stromverkauf	876.818 MWh	945.724 MWh	-7,29 %
	davon an Tarifikunden (SLP)	709.942 MWh	779.986 MWh	-8,98 %
	an Sonderkunden (RLM)	166.876 MWh	165.738 MWh	0,69 %
	Verbrauchsstellen im Versorgungsgebiet	135.402 St.	134.373 St.	0,77 %
	Verbrauchsstellen in anderen Gebieten	146.808 St.	165.344 St.	-11,24 %
	Summe Verbrauchsstellen	282.210 St.	299.717 St.	-5,86 %
Gasnetz	Netzausspeisung	3.706.306 MWh	4.622.716 MWh	-19,82 %
	davon Netzgebiet Wiesbaden	3.421.332 MWh	3.879.979 MWh	-11,82 %
	andere Netzgebiete	284.974 MWh	742.737 MWh	-61,63 %
	Durchschnittl. Einwohner im Versorgungsgebiet	306.722 Pers.	304.340 Pers.	0,781 %
	Messstellen	69.290 St.	69.540 St.	-0,36 %
	Jahreshöchstlast	1.037 MWh	1.286 MWh	-19,36 %
	Hochdrucknetz	221 km	220 km	0,45 %
	Mitteldrucknetz	38 km	38 km	0,00 %
	Niederdrucknetz	586 km	584 km	0,34 %
Gasvertrieb	Gasverkauf im Versorgungsgebiet	1.318.526 MWh	1.560.551 MWh	-15,51 %
	Gasverkauf in anderen Gebieten	492.744 MWh	659.475 MWh	-25,28 %
	Summe Gasverkauf	1.811.270 MWh	2.220.026 MWh	-18,41 %
	davon an Tarifikunden (SLP)	1.531.470 MWh	1.890.125 MWh	-18,98 %
	an Sonderkunden (RLM)	279.800 MWh	329.901 MWh	-15,19 %
	Verbrauchsstellen im Versorgungsgebiet	50.641 St.	49.331 St.	2,66 %
	Verbrauchsstellen in anderen Gebieten	21.894 St.	27.261 St.	-19,69 %
	Summe Verbrauchsstellen	72.535 St.	76.592 St.	-5,30 %
Wassernetz	Netzausspeisung	14.469 Tm ³	14.375 Tm ³	0,66 %
	Durchschnittl. Einwohner im Versorgungsgebiet	263.726 Pers.	261.730 Pers.	0,76 %
	Verteilungsnetz	736 km	735 km	0,14 %
	Messstellen	36.166 St.	36.205 St.	-0,11 %
Wärme	Wärmeverkauf	251.329 MWh	290.993 MWh	-13,63 %
	Stromerzeugung BHKW	33.917 MWh	35.610 MWh	-4,75 %
	Netzlänge	123,4 km	119,3 km	3,44 %
	Anschlüsse	1.859 St.	1.832 St.	1,47 %

Bericht über das Geschäftsjahr 2022

1. Januar bis 31. Dezember 2022

zur Vorlage in der Ordentlichen Hauptversammlung
am 12. Juli 2023

ESWE Versorgungs AG

Neubau der Anlagentechnik
im Fernwärme-Heizkraftwerk
Wiesbaden-Klarenthal (Süd).





Inhalt

Kennwerte 2022	2
Organe der Gesellschaft	5

Lagebericht

Bericht des Vorstands	7
Entgeltbericht	26

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 29

Vertriebliche Aktivitäten	36
Energiemanagement	37
Umstellung großer städtischer Liegenschaften auf Fernwärme als nachhaltige Wärmeversorgung	38
2022 – Ein Jahr der besonderen Herausforderungen	40

Weitere Informationen zu den Unternehmensbereichen 45

Jahresabschluss

Bilanz	61
Gewinn- und Verlustrechnung	62
Anhang	63
Bestätigungsvermerk	75
Bericht des Aufsichtsrats	78

Organe der Gesellschaft

Vorstand

RA Ralf Schodlok
Vorstandsvorsitzender
Wiesbaden

Dipl.-Ing. Jörg Höhler
Techn. Vorstand
Singhofen

Aufsichtsrat

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister
Vorsitzender
Wiesbaden

Udo Stieglitz
Betriebsratsvorsitzender
1. stellv. Vorsitzender
Wiesbaden

Michael Riechel
Vorstandsvorsitzender der Thüga AG
2. stellv. Vorsitzender
München

Dennis Barham
Elektromeister
Arbeitnehmersvertreter
Wiesbaden

Prof. Dr. Lorenz Jarass
Professor
Stadtverordneter
Wiesbaden
(ab 1. Februar 2023)

Dr. Hendrik Schmehl
Geschäftsführer
Stadtverordneter
Wiesbaden

Frank Besier
Industriemechaniker
Anteilseigner-Arbeitnehmersvertreter
Wiesbaden

Michael Kittelberger
Prokurist der Thüga AG
München

Christiane Schüßler
Dipl.-Sozialpädagogin
Arbeitnehmersvertreterin
Tausenstein

Joaquim da Silva
Kfz-Mechaniker
Anteilseigner-Arbeitnehmersvertreter
Wiesbaden
(bis 15. Juli 2022)

Ralf Ligato
Industriefachwirt
Arbeitnehmersvertreter
Darmstadt

Ingo von Seemen
Bürokaufmann
Stadtverordneter
Wiesbaden
(ab 1. Februar 2022)

Christian Diers
Geschäftsführer
Stadtverordneter
Wiesbaden

Maya Lux
Rechtsanwältin
Arbeitnehmersvertreter
Frankfurt am Main
(ab 15. Juli 2022)

Eleftherios Tsiridis
Büroleiter
Stadtverordneter
Wiesbaden
(ab 15. Juli 2022)

Marc Fischer
Kaufmännischer Angestellter
Arbeitnehmersvertreter
Heidesheim
(bis 15. Juli 2022)

Dr. Eckhard Müller
Leitender Angestellter a. D.
Stadtverordneter
Wiesbaden
(bis 1. Februar 2022)

Jürgen Wachs
Gewerkschaftssekretär
Anteilseigner-Arbeitnehmersvertreter
Mainz-Finthen

Daniela Georgi
Beamtin
Stadtverordnete
Wiesbaden
(ab 1. Februar 2022)

Markus Ott
Sachgebietsleiter
Arbeitnehmersvertreter
Ingelheim
(ab 15. Juli 2022)

Winfried Weimer
Gas- und Wasserinstallateurmeister
Anteilseigner-Arbeitnehmersvertreter
Hünstetten

Christiane Hinnerger
Dipl.-Biologin
Stadträtin
(bis 1. Februar 2023)

Nadine Ruf
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Stadtverordnete
Wiesbaden
(bis 1. Februar 2022)

Dr. Bernd Wittkowski
Richter im Ruhestand
Stadtverordneter
Wiesbaden
(bis 15. Juli 2022)



Erneuerung des Umspannwerkes
Wiesbaden-Bierstadt. Die neue
110-kV-Schaltanlage sichert die
Netzverfügbarkeit und -sicherheit
in Wiesbaden.

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022

Bericht des Vorstands

Grundlagen der ESWE Versorgungs AG

Bereits seit mehr als 90 Jahren ist die ESWE Versorgungs AG, anfangs noch unter der Firma Stadtwerke Wiesbaden AG, der Energieversorger für die hessische Landeshauptstadt und die Region. Wir betreiben das Gas-, das Wasser-, das Wärme- sowie das Straßenbeleuchtungsnetz in Wiesbaden und engagieren uns nachhaltig im Bereich der regenerativen Energieerzeugung. Ferner sind wir Betreiber der Gasnetze in Taunusstein, Walluf und Schlangenbad. In Taunusstein betreiben wir ebenso die Straßenbeleuchtung. Darüber hinaus werden zunehmend energienahe Dienstleistungen angeboten.

Über unsere Tochtergesellschaft, die Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH (sw netz), betreiben wir die Stromnetze in Wiesbaden und Taunusstein.

Die Tochtergesellschaft WiTCOM GmbH ist auf dem Gebiet der Telekommunikation in Wiesbaden und der Region tätig und engagiert sich zunehmend im Bereich Glasfaserausbau.

Über die mehrheitlich von ESWE geführte ESWE BioEnergie GmbH erzeugen wir seit Anfang 2014 umweltschonend Strom und Wärme aus überwiegend Altholz und speisen diese in das lokale Netz ein. Darüber hinaus gehören zu unserem Portfolio einige Windparks im gesamten Bundesgebiet.

Unsere Anteilseigner sind mit einem Anteil von 50,62 % die Landeshauptstadt Wiesbaden über die WVV Wiesbaden Holding GmbH sowie mit 49,38 % der Anteile unser strategischer Partner, die Thüga AG in München.

Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren sind neben dem Unternehmensergebnis vor Ertragsteuern (EBT) das Beteiligungsergebnis sowie das Unternehmensergebnis vor Ausgleichszahlung und Ergebnisabführung. Wichtige nicht finanzielle Leistungsindikatoren sind entsprechend ihrer Steuerungsrelevanz für unser operatives Geschäft vor allem die Absatzmengen.

Wirtschaftsbericht

Rahmenbedingungen

Bedeutenden Einfluss auf unsere Unternehmensentwicklung haben insbesondere die Änderungen der politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen sowie die Entwicklung der Konjunktur und der Energiepreise.

War der seit 2020 durch die Corona-Pandemie ausgelöste Krisenmodus zu Beginn des Jahres 2022 langsam am Abklingen, führte der Einmarsch der russischen Truppen am 24. Februar 2022 in die Ukraine zu einer erneuten massiven Krise. Ein Krieg in Europa.

Die geopolitischen Rahmenbedingungen haben sich damit massiv verändert. Gas- und Strompreise stiegen in nicht für möglich gehaltene Höhen und lösten eine Energiekrise aus. Schnell wurde deutlich, dass Russland Gas als wirtschaftliche Waffe einsetzt. Deutschland hatte bis dato mehr als die Hälfte seiner Gasimporte aus Russland bezogen. Um die russische „Kriegsmaschinerie“ nicht zusätzlich zu finanzieren, wurde zunächst ein Gasembargo in Erwägung gezogen, was in der deutschen Wirtschaft jedoch massive Diskussionen hinsichtlich der wirtschaftlichen Folgen auslöste. Es kam nicht zu einem Embargo, weil Russland seinerseits den Gasfluss durch die wichtigste Pipeline Nord Stream I versiegen ließ. Spätestens mit der Sprengung der Pipeline wurde deutlich, dass Deutschland die russischen Gasimporte ersetzen muss. In der Bundesrepublik drohte eine Gasmangellage.



Versorgungspumpen
Fernwärmenetz Wiesbaden-
Klarenthal (Süd).

Konjunkturelle Entwicklung

Der Anstieg des preisbereinigten deutschen Bruttoinlandsproduktes (BIP) im Jahr 2021 um 2,6 % war Anfang 2022 als Ausgangspunkt für ein kräftiges Wirtschaftswachstum nach der Corona-Krise betrachtet worden. Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar wurde diese Hoffnung jedoch zunichte gemacht. Exorbitante Verwerfungen auf den Energie- und Rohstoffmärkten, Lieferkettenengpässe bei zentralen Vorprodukten, die Aufnahme von geflüchteten Menschen aus der Ukraine sowie steigende Nahrungsmittelpreise führten dazu, dass die Inflationsrate in Deutschland im Oktober 2022 mit 10,4 % einen neuen Rekordwert erreicht. Noch im Herbst befürchtete man eine bevorstehende Winterrezession. Jedoch hat sich die deutsche Wirtschaft einmal mehr als äußerst anpassungs- und widerstandsfähig erwiesen. Neben dem milden Winter haben auch die staatlichen Stabilisierungsmaßnahmen dazu geführt, dass das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 einen leichten Anstieg um 1,8 % verzeichnete.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland war vor allem durch die Energiekrise und die hohe Inflation belastet. Hohe Energie- und Lebensmittelpreise führten zu Kaufkraftverlusten und bremsten den privaten Konsum. Energieknappheit und entsprechend hohe Kosten belasteten zudem die Industrieproduktion sowie den Export.

Der Arbeitsmarkt zeigt sich weiterhin äußerst stabil. Die Zahl der Erwerbstätigen ist um 1,3 % gestiegen und befindet sich damit auf dem höchsten Stand seit der Wiedervereinigung im Jahr 1990. Die Arbeitslosenquote sank von 5,7 % auf 5,3 %.

Die hohen Energiekosten ließen die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland erstmals seit der Weltfinanzkrise 2009 wieder steigen. Der Anstieg war mit 4,0 % gegenüber dem Vorjahr noch moderat, dürfte aber erst der Auftakt für eine weitere Beschleunigung des Insolvenzgeschehens sein. Die Vielzahl von sich überlagernden Krisen führten im Jahresverlauf bundesweit zu insgesamt 14.700 Unternehmensinsolvenzen (2021: 14.130). Das Insolvenzaufkommen blieb trotz des Anstiegs aber auf niedrigem Niveau. Die Zahl der Privatinsolvenzen war dagegen rückläufig.

Energiepolitik

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine stellt eine Zäsur für die europäische Energieversorgung dar und hat die starke Abhängigkeit Europas und insbesondere Deutschlands von russischem Erdgas offenbart. Der Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine führte zu einem weiteren deutlichen Anstieg der bereits im Jahr 2021 stark gestiegenen Energiepreise. Die Gaslieferungen aus Russland wurden deutlich reduziert und im Sommer 2022 nach der Sabotage der Pipelines der Nord Stream I und II schließlich gänzlich gestoppt. Nachdem der Bundeswirtschaftsminister bereits am 30. März 2022 die Frühwarnstufe Gas nach dem nationalen Notfallplan ausrief, wurde am 23. Juni 2022 die Alarmstufe



Wärmeübertrager 250 kW
mit zugehöriger Pumpe (links).
Funktionskontrolle Stellantrieb
einer Absperrarmatur (rechts).

des Notfallplans Gas in Kraft gesetzt. Dies wurde notwendig, da durch die erhebliche Reduzierung der Gasimportmengen die Versorgungssicherheit in den Wintermonaten gefährdet war.

Die Verbraucher wurden auf eine mögliche Gasmangellage vorbereitet und zum sparsamen Umgang mit den Ressourcen aufgefordert.

Zur Abwendung der Versorgungskrise hat die Bundesregierung zahlreiche Maßnahmen zur Sicherstellung der Energieversorgung umgesetzt. Diese finden sich unter anderem in verschiedenen Überarbeitungen des Energiesicherungsgesetzes. Es wurde geregelt, dass die Bundesnetzagentur im Falle einer Gasmangellage als Bundeslastverteiler agieren kann. Der schnelle Bau von LNG-Terminals wurde ebenso umgesetzt wie die Befüllung der Gasspeicher. Das im Juli 2022 verabschiedete Gesetz zur Bereithaltung von Ersatzkraftwerken zur Reduzierung des Gasverbrauchs im Stromsektor im Fall einer drohenden Gasmangellage ermöglicht, dass Kohle- und Ölkraftwerke aus der Sicherheitsbereitschaft und Netzreserve temporär an den Strommarkt zurückkehren dürfen, um die Stromerzeugung aus Erdgas zu ersetzen beziehungsweise zu reduzieren. Zur finanziellen Entlastung der Verbraucher wurde ein Stabilisierungsfonds aufgelegt, der die Finanzierung des Erdgas-Wärme-Soforthilfegesetzes (Dezember-Soforthilfe) sowie der ab Januar 2023 geltenden Energiepreisbremsen sicherstellen soll.

Neben den Maßnahmen zur Krisenbewältigung bildet die Umsetzung des EU-Klimapaketes einen Schwerpunkt der Energiepolitik. So wurde auch im Jahr 2022 wieder eine Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen mit Bedeutung für die Energiewirtschaft verabschiedet.

Zu nennen ist hier insbesondere das sogenannte „Osterpaket“, mit dem die Bundesregierung im Rahmen des Klimaschutz-Sofortprogramms die größte energiepolitische Gesetzesnovelle seit Jahren verabschiedet hat. Darin enthalten sind zahlreiche Maßnahmen, die die Energiewende in Deutschland weiter vorantreiben sollen. Das Ziel des Gesetzespakets ist es, die Stromversorgung in Deutschland fast komplett auf erneuerbare Energien umzustellen und damit unabhängig von Energieimporten zu werden. Zentrale Bausteine sind dabei der Ausbau der erneuerbaren Energien und ein verbindliches 2-%-Flächenziel, für welches erstmals die Länder in die Pflicht genommen werden. Das Osterpaket beinhaltet insbesondere:

- Sofortmaßnahmen, um den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen
- Gesetzesänderungen: Windenergie-auf-See-Gesetz
- Anpassung des Energiewirtschaftsrechts (EnWG) in Bezug auf das Klimaschutz-Sofortprogramm

Allein bis 2030 sollen 80 % des Bruttostromverbrauchs durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Diese ehrgeizige Zielvorgabe fordert einen deutlich schnelleren Ausbau der entsprechenden Kapazitäten. Insbesondere, da die zunehmende Elektrifizierung für einen immer weiter ansteigenden Strombedarf sorgt.

Im neuen EnWG ist nun das Ziel der Treibhausgasneutralität verankert und auch die Netzplanung ist auf Klimaneutralität 2045 ausgerichtet.

Zum Schutz der Verbraucher vor übermäßigen Preisen wurden weitere energiepolitische Maßnahmen getroffen. Bereits im April 2022 wurde das Gesetz zur Absenkung der Kostenbelastungen durch die EEG-Umlage und zur Weitergabe dieser Absenkung an die Letztverbraucher und -verbraucherinnen verabschiedet, mit dem die EEG-Umlage zum 1. Juli 2022 zunächst auf null abgesenkt wurde. Ab 2023 entfällt sie vollständig.

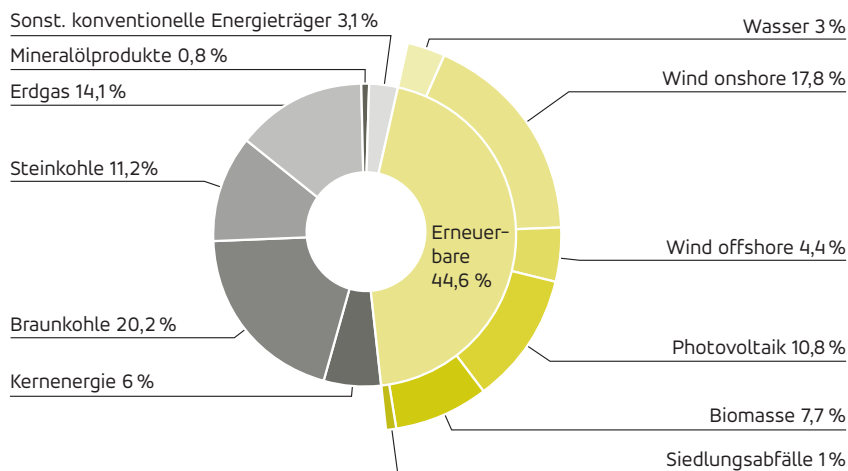
Im September 2022 folgte das Gesetz zur temporären Senkung des Umsatzsteuersatzes auf Gaslieferungen über das Erdgasnetz, womit der Umsatzsteuersatz sowohl auf die Lieferung von Gas über das Erdgasnetz als auch auf die Lieferung von Wärme über ein Wärmenetz vom 1. Oktober 2022 bis zum 31. März 2024 auf 7 % reduziert wurde.

Entwicklung der Stromerzeugung

Die Bruttostromerzeugung verzeichnete im Berichtsjahr nach vorläufigen Zahlen des BDEW mit 575,2 Mrd. kWh gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 1,5 % (584,2 Mrd. kWh).

Stromerzeugung in Deutschland nach Energieträgern

Brutto-Stromerzeugung 2022: 575,2 Mrd. kWh*



* vorläufig

Quellen: BDEW-Schnellstatistikerhebung, Destatis, EEX, VGB, ZSW; Stand: 04/2023

Dieser Rückgang war, trotz der leichten konjunkturellen Erholung, hauptsächlich auf den starken Rückgang der Stromerzeugung aus der Kernenergie sowie der Verstromung von Erdgas zurückzuführen. Dies führte jedoch zu einer verstärkten Stromproduktion durch Braun- bzw. Steinkohlekraftwerke. Die wesentlichen Gründe für den erhöhten Einsatz von Stein- und Braunkohle zur Stromerzeugung waren die Notwendigkeit für umfassende Gaseinsparungen vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und die angebotsseitige Verknappung von Energie. Der Anteil dieser Energieträger an der Bruttostromerzeugung hat mit ca. 31,4 % wieder deutlich zugenommen. 2021 hatten diese beiden Energieträger zusammen nur noch einen Anteil von 28,1 %. Insbesondere der Einsatz von Braunkohle zur Stromerzeugung stieg von 18,8 % auf nunmehr 20,2 %. Der Anteil erneuerbarer

Energien an der Bruttostromerzeugung stieg im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr von 40,5 % um mehr als vier Prozentpunkte auf 44,6 %. Hierfür war vor allem die Zunahme der Erzeugung durch Windenergie und Photovoltaik verantwortlich. Die Windenergie bleibt die bedeutendste erneuerbare Energiequelle in Deutschland.

Nach einem Anstieg der Treibhausgasemissionen in Deutschland im Jahr 2021 wurden für das Jahr 2022 Gesamt-Emissionen in Höhe von 746 Mio. Tonnen berichtet. Die Emissionen sanken somit um 1,9 Prozent gegenüber dem Jahr 2021 (762 Mio. t.).

Insgesamt sind die Emissionen seit 1990 in Deutschland damit um 40,4 % bzw. um 506 Mio.t. gesunken.

Diese Entwicklung ist insofern erstaunlich, als die Emissionen in der Energiewirtschaft aufgrund des erhöhten Kohleeinsatzes deutlich angestiegen sind. Der Einsatz von emissionsärmerem Erdgas nahm dagegen weiterhin aufgrund der deutlich gestiegenen Gaspreise ab.



BRITA-Chef Markus Hankammer und ESWE-Vorstandsvorsitzender Ralf Schodlok bei der Einweihung der neuen Photovoltaikanlage in Bad Camberg.

Preisentwicklung

Bereits vor dem Ukraine-Krieg sorgte die erhöhte Nachfrage, aufgrund der Erholung der Weltwirtschaft nach dem großen Corona-Einbruch, für einen massiven Anstieg der Rohstoffpreise. Gleichzeitig erhöhten sich die Preise für CO₂-Emissionen. Dazu kommen die Auswirkungen des russischen Kriegs gegen die Ukraine. Die CO₂-Emissionszertifikate wurden 2021 von der Bundesregierung für den CO₂-Ausstoß beim Heizen und im Verkehr eingeführt und sollen so Anreize für einen sparsamen Energieverbrauch und Klimaschutz schaffen. Der Zertifikats-Preis macht den Verbrauch von fossilen Heiz- und Kraftstoffen teurer. Dazu wurden zunächst Festpreise festgelegt: Aktuell beträgt der CO₂-Preis je Tonne 30 Euro und damit 5 Euro mehr als im vergangenen Jahr. Schrittweise soll der Preis für die Zertifikate auf bis 65 Euro pro Tonne CO₂ steigen.

Die Gaspreise erreichten im Jahr 2022 Rekordhöhen, die teilweise zehnmal höher lagen als im Vorjahr. Dies hatte erhebliche Auswirkungen auf die Strompreise, da ein Großteil der Stromerzeugung in Europa von Gaskraftwerken abhängig ist. Im Verlauf des Jahres 2022 sind die Strompreise regelrecht explodiert. Als Folge des Ukraine-Krieges kam es zu beispiellosen Großhandelspreisen für Gas, was wiederum durch das Merit-Order-Prinzip enorme Auswirkungen auf die Strompreise hatte. Der Krieg in der Ukraine führte zu massiven Verwerfungen auf dem globalen Energiemarkt. Die geopolitischen Spannungen führten zu einer Reduzierung der russischen Gaslieferungen nach Europa.

Infolgedessen stiegen die Beschaffungskosten, die die Energieversorger für Gas und Strom zahlen müssen, so dass sie gezwungen waren, die stark steigenden Marktpreise zumindest teilweise an die Verbraucher weiterzugeben.

Auch die Bundesregierung hat Maßnahmen ergriffen, um die Belastung für die Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen zu mindern. Neben der Abschaffung der EE-Umlage zum 1. Juli 2022 wurde die Mehrwertsteuer für Gas und Wärme ab dem 1. Oktober 2022 bis voraussichtlich 31. März 2024 auf 7 % reduziert. Ferner wurden die Verbraucher mit der Dezember-Soforthilfe durch die Übernahme eines Monatsabschlags für Strom, Gas- und Wärmekunden entlastet.

Der durchschnittliche Strompreis für Haushalte beträgt zu Beginn des Jahres 2023 durchschnittlich 46,91 ct/kWh und liegt somit 26,5 % über dem Vorjahreswert (37,07 ct/kWh). Der Anteil von Steuern, Abgaben und Umlagen wurde durch den Wegfall der EEG-Umlage mit 36,8 % deutlich reduziert (Vorjahr 39,3 %).

Der durchschnittliche Erdgaspreis für Haushalte in einem Einfamilienhaus mit einem Verbrauch von 20.000 kWh pro Jahr stieg von einem Ausgangsniveau Ende des Jahres 2021 bei 7,06 ct/kWh auf einen Wert von 20,04 ct/kWh. Der Anteil an Steuern und Abgaben liegt Anfang 2023 bei 14 %.

Kapitalflussrechnung nach DRS 21 in Mio. €

	2022	2021
Jahresergebnis vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung	48,2	40,7
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	14,5	14,2
Zunahme/Abnahme (-) der Rückstellungen	-4,6	14,5
Zunahme (i. Vj. Abnahme) der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-2,2	-2,1
Zunahme (i. Vj. Abnahme) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	37,7	-13,6
Sonstige nicht zahlungswirksame Erträge	19,5	19,1
Gewinne (abzüglich Verluste) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0,0	0,0
Zinsaufwendungen (abzüglich Zinserträge)	0,0	0,8
Beteiligungserträge (abzgl. Verlustübernahme)	-17,7	-24,6
Ertragsteueraufwand	3,2	3,0
Ertragsteuerzahlungen	-3,2	-3,0
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	95,4	49,0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	-7,1	-0,1
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	-29,7	-29,0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0,0	0,0
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-24,0	-14,0
Erhaltene Zinsen	-1,8	-1,0
Einzahlungen aus Beteiligungen (abzüglich Auszahlungen aus Verlustübernahme)	17,7	24,6
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-44,9	-19,5
Vorauszahlung aus der Gewinnabführung des laufenden Geschäftsjahres	-15,0	-15,0
Auszahlungen aus der Gewinnabführung und Ausgleichszahlung	-33,9	-27,4
Einzahlungen aus der Aufnahme von Darlehen bei Kreditinstituten	30,0	20,0
Auszahlungen aus der Tilgung von Darlehen bei Kreditinstituten	-9,0	-7,1
Auszahlungen von gewährten Ausleihungen	0,0	0,0
Einzahlungen aus der Tilgung von gewährten Ausleihungen	4,3	0,3
Erhaltene Zuschüsse für das Anlagevermögen	1,9	2,1
Gezahlte Zinsen	-1,8	-1,8
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-23,5	-28,9
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands	27,0	0,6
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	3,6	3,0
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	30,6	3,6

Geschäftsverlauf 2022

Das Geschäftsjahr 2022 war sicher eines der turbulentesten in der Geschichte unseres Unternehmens. Die im Zuge der Pandemie eingerichteten Krisenstäbe wurden durch den Angriffskrieg Russlands nahtlos durch verschiedene Krisenstäbe im Zusammenhang mit der „Gaskrise“ ersetzt. Hier wurden mögliche Auswirkungen diskutiert, Abschaltpläne für den Fall einer Gasmangellage erarbeitet, die Kundenkommunikation besprochen. Die Marktlage wurde nahezu täglich beobachtet, um entsprechend reagieren zu können.

Durch unsere langfristige Beschaffungsstrategie haben uns die exorbitanten Energiepreisentwicklungen nicht unmittelbar getroffen, da wir einen Großteil der benötigten Strom- bzw. Gasmenge bereits vor dem Preisanstieg eingekauft hatten. So konnte das Jahresergebnis 2022 trotz der ungünstigen krisenbedingten Rahmenbedingungen gegenüber dem Planergebnis gesteigert werden. Die im Wirtschaftsplan befürchteten Auswirkungen der Pandemie sowie der Preisturbulenzen sind nicht in dem Maße

eingetreten wie befürchtet. Außerdem haben wir zur Sicherstellung der Liquidität einige nicht zwingend notwendige Investitionen verschoben bzw. ganz vermieden.

Mit einem Unternehmensergebnis nach Steuern von 48,2 Mio. € konnte das Vorjahresergebnis von 40,7 Mio. € deutlich übertroffen werden. Es lag damit auch deutlich über den Planzahlen (39,6 Mio. €).

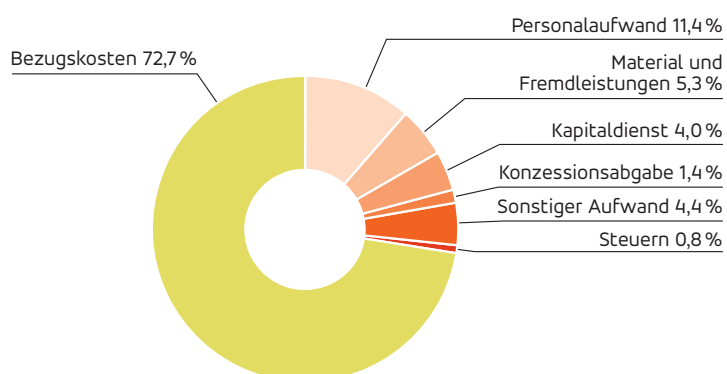
Im Geschäftsjahr 2022 standen den preisbedingten Umsatzsteigerungen (+49,1 Mio. €) auch entsprechend erhöhte Beschaffungskosten (+44,9 Mio. €) gegenüber. Die milden Wintermonate sowie die Appelle an die Bürgerinnen und Bürger zu Energieeinsparungen führten in allen Energiesparten zu geringeren Absatzmengen.

Aufgrund des massiven Anstiegs der Energiebeschaffungskosten haben wir im Berichtsjahr unseren Vertrieb von Strom und Erdgas außerhalb der Region weitgehend eingestellt, da wir hier keine wettbewerbsfähigen Konditionen darstellen konnten.

Unser Portfolio an energienahen Dienstleistungen wie Wärmeanlagen-Contracting, Beleuchtungs-Contracting, Energieaudits, Smart-Home-Produkten sowie dem Ladeinfrastruktur-Contracting gewinnt zunehmend an Bedeutung. Hier erwarten wir uns mittelfristig zusätzliche Wachstumspotentiale.

Das im Vorjahr eingeführte Programm der „Community Ladesäulen“ zum Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge ist bisher erfreulich gut angenommen worden. Hier beziehen wir die Bürgerinnen und Bürger in die Planung eines Ladesäulen-Netzwerks mit ein. Jeder kann vorschlagen, wo in Wiesbaden und der Region eine E-Ladesäule errichtet werden soll. Die potenziellen Standorte werden auf Flächeneignung und Umsetzbarkeit geprüft und der Kunde bzw. die Kundin erhält zeitnah eine direkte Rückmeldung.

Aufwandsstruktur 2022



Absatzentwicklung

Die Auswirkungen der Corona-Krise, Energieverknappung sowie die aufgrund der befürchteten Gasmangellage von der Politik geforderte Einsparungen, unterstützt durch die milden Wintermonate, führten dazu, dass die Absatzzahlen im Gas- und Wärmevertrieb gegenüber dem Vorjahr deutlich gemindert wurden. Auch der Stromabsatz verzeichnete nach dem erfreulichen Zuwachs im Vorjahr im Berichtsjahr einen Rückgang um 7,3 %.

Der Gasabsatz verminderte sich deutlich um 18,4 %. Der Rückgang der Wärmeabgabe fiel mit 13,4 % etwas geringer aus. Hier konnte durch den kontinuierlichen Ausbau unserer Wärmeversorgung mit dem Anschluss einiger Neukunden an unser Netz der Rückgang etwas abgefedert werden. Dagegen verzeichnete der Wasserabsatz mit einer leichten Erhöhung um 0,7 % einen nahezu konstanten Verlauf.

Absatzentwicklung

	Einheit	2022	2021	Veränderung
Strom	Mio. kWh	877	946	-7,3
Gas	Mio. kWh	1.811	2.220	-18,4
Wärme/Kälte	Mio. kWh	256	295	-13,4
Wassernetz	Mio. m³	14,5	14,4	0,7

Ertragslage

Trotz ungünstiger Rahmenbedingungen und zusätzlicher Risiken konnte das Kalenderjahr 2022 insgesamt mit einem ausgesprochen erfreulichen Jahresergebnis abgeschlossen werden. Das Unternehmensergebnis vor Ertragsteuern lag mit 51,8 Mio. € (Vorjahr 44,1 Mio. €) um 7,7 Mio. € über dem Vorjahreswert und damit auch deutlich über dem Planergebnis (43,0 Mio. €).

Die Umsatzerlöse verzeichneten im Geschäftsjahr 2022 vor allem aufgrund der erheblichen Preissteigerungen im Gas- und Wärmevertrieb mit 475,7 Mio. € (Vorjahr 426,5 Mio. €) einen deutlichen Anstieg um 49,2 Mio. €. Dies entspricht einer Steigerung um 11,5 %. Die Erlösstruktur zeigt sich in folgender Tabelle:

Umsatzerlöse 2022

	2022		2021		Veränderung	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Stromversorgung	207,8	43,7	215,7	50,6	-7,9	-3,7
Gasversorgung	156,3	32,8	108,2	25,4	48,1	44,5
Wärmeversorgung	35,3	7,4	30,5	7,1	4,8	15,7
Betriebsführung Wasserversorgung	24,7	5,2	23,9	5,6	0,8	3,3
Wasserverkauf an WLW	15,4	3,2	12,7	3,0	2,7	21,3
Konzerninterne Dienstleistungen	21,2	4,4	22,9	5,4	-1,7	-7,4
Sonstige	15,1	3,3	12,7	2,9	2,4	18,9
Gesamt	475,7	100,0	426,5	100,0	49,2	11,5

In der Stromversorgung lagen die Umsatzerlöse mengenbedingt um 3,7 % unter dem Vorjahreswert.

Die Erlöse in der Gasversorgung stiegen trotz der deutlich zurückgegangenen Absatzmenge preisbedingt um deutliche 44,5 %. Die Umsatzerlöse der Wärmeversorgung stiegen um 15,7 % an.

Aus der Verpachtung und der Betriebsführung des Wassernetzes an den städtischen Eigenbetrieb „Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden“ (WLW) resultieren Umsatzerlöse in Höhe

von 24,7 Mio. €. Die Erlöse aus dem Wasserverkauf in Höhe von 15,4 Mio. € betreffen die Weitergabe der durch den Vorlieferanten in Rechnung gestellten Wasserbezugskosten an den Eigenbetrieb. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist durch gestiegene Beschaffungspreise verursacht.

Die Erlöse aus konzerninternen Dienstleistungen beinhalten insbesondere Erlöse aus technischen und kaufmännischen Dienstleistungen an die Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH sowie aus der Verpachtung von Kabelinfrastruktur an unsere Tochtergesellschaft WiTCOM GmbH.

Die sonstigen Umsatzerlöse beinhalten Erträge aus Nebengeschäften (10,2 Mio. €), der betriebseigenen Tankstelle (2,8 Mio. €) sowie Erträge aus der Auflösung passivierter Ertragszuschüsse (2,1 Mio. €).

Gleichzeitig stiegen jedoch auch der Bezugsaufwand und die Netzentgelte deutlich. Hier war gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um 14,4 % (44,9 Mio. €) zu verzeichnen.

Die deutliche Steigerung der sonstigen betrieblichen Erträge resultiert aus der Auflösung von im Vorjahr gebildeten Rückstellungen.

Die Ergebnisverbesserung resultierte, unter Berücksichtigung der Systemumstellung und der damit einhergehenden neuen Zuordnungen, darüber hinaus aus deutlich geringeren sonstigen betrieblichen Aufwendungen sowie der Reduktion für Fremdleistungen. Hier waren im Vorjahr Rückstellungen zu bilden, die in diesem Jahr teilweise wieder aufgelöst werden konnten.

Die Abschreibungen waren dagegen geringer als ursprünglich geplant. Das betriebliche Ergebnis des Jahres (Ergebnis vor Steuern ohne Beteiligungs- und Zinsergebnis) liegt mit 36,3 Mio. € deutlich über dem Vorjahresergebnis (20,4 Mio. €).

ESWE- und BRITA-Mitarbeitende sowie der SV Wehen Wiesbaden bei einer Säuberungsaktion am Rheinufer.



Das Beteiligungsergebnis verminderte sich von 24,5 Mio. € im Vorjahr um 6,9 Mio. € auf nunmehr 17,6 Mio. €. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Einstellung des Jahresergebnisses der Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH (8,0 Mio. €) in die eigene Gewinnrücklage zur Stärkung des Eigenkapitals für die bevorstehenden Investitionen im Zuge der Energiewende. Das Zinsergebnis verbesserte sich trotz eines leichten Anstiegs des Zinsaufwandes durch die Zinszahlungen für das Gesellschafterdarlehen von der MHKW Wiesbaden GmbH von -0,8 Mio. € im Vorjahr auf nunmehr 0,0 Mio. €.

Das Ergebnis nach Ertragsteuern liegt insgesamt mit 48,5 Mio. € um 7,5 Mio. € deutlich über dem Vorjahresergebnis (41,0 Mio. €).

Gemäß Ergebnisabführungsvertrag wird das Unternehmensergebnis nach Steuern von 48,2 Mio. € (Vorjahr 40,7 Mio. €) nach Leistung einer Ausgleichszahlung an den Minderheitsaktionär vollständig an die WVW Wiesbaden Holding GmbH abgeführt.

Finanzlage

Die Turbulenzen auf den Energiemärkten führten auch hinsichtlich der Finanzierung zu enormen Anstrengungen. So zeichneten die gestiegenen Beschaffungs- und Baukosten dafür verantwortlich, dass sich unsere Liquiditätslage im Laufe des zweiten Quartals verschlechterte, da den gestiegenen Ausgaben keine adäquaten Mehreinnahmen gegenüberstanden. Preis- und Abschlagsanpassungen gegenüber unseren Kunden konnten erst im Oktober realisiert werden, so dass sich die Liquiditätslage zwischenzeitlich wieder entspannte. Im Rahmen des Cash-Managements in der Unternehmensgruppe wurde zur Stärkung der angespannten Liquiditätssituation im Sommer des Berichtsjahres ein kurzfristiger Zwischenkredit von der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG in Anspruch genommen, der Anfang Oktober wieder zurückgezahlt wurde. Ferner wurden unsere Kreditlinien bei den Banken ausgeweitet. Darüber hinaus haben wir zur Liquiditätssicherung einige nicht zwingend notwendige Investitionen verschoben.

Im Berichtsjahr wurden Kapitaleinzahlungen für unsere Beteiligung an der MHKW Wiesbaden GmbH vorgenommen. Die MHKW Wiesbaden GmbH errichtet derzeit ein Müllheizkraftwerk in Wiesbaden. Mit der Inbetriebnahme im Herbst 2024 wird die darin erzeugte Fernwärme in vollem Umfang in unser Fernwärmenetz eingespeist und wird somit einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der klimapolitischen Ziele der Landeshauptstadt leisten.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit verzeichnete im Berichtsjahr erneut einen deutlich positiven, über dem Niveau des Vorjahres liegenden Wert von 95,4 Mio. €. Aus der Investitionstätigkeit ergab sich ein aus Zugängen bei den Finanzanlagen resultierender Mittelabfluss in Höhe von 44,9 Mio. € (Vorjahr: Mittelabfluss 19,5 Mio. €). Die Mittelabflüsse aus der Finanzierungstätigkeit verminderten sich auf 23,5 Mio. €.

Die Umweltpartnerschaft von ESWE und BRITA geht erfolgreich weiter.



(Vorjahr: 28,9 Mio. €). Bei einem positiven Gesamt-Cashflow in Höhe von 27,0 Mio. € verfügt das Unternehmen zum 31. Dezember 2022 über einen Finanzmittelfonds von 30,6 Mio. € (Vorjahr: 3,6 Mio. €).

Der Bestand an langfristigen Bankdarlehen ist im Berichtsjahr durch die Neuaufnahme von drei Darlehen über je 10 Mio. € gestiegen. Laufende Instandsetzungsmaßnahmen und Investitionen mussten fremdfinanziert werden. Durch planmäßige Tilgungen in Höhe von 9,0 Mio. € beträgt der Darlehensstand zum Bilanzstichtag 98,7 Mio. € (Vorjahr: 77,5 Mio. €). Der Zinsaufwand für diese langfristigen Darlehen stieg durch die realisierten Darlehensaufnahmen, steigende Zinskonditionen und die vorgenommenen Tilgungen von 0,8 Mio. € im Vorjahr auf 1,2 Mio. € im Jahr 2022.

Die Zahlungsfähigkeit der ESWE Versorgung war während des ganzen Jahres uneingeschränkt gegeben.

Vermögenslage

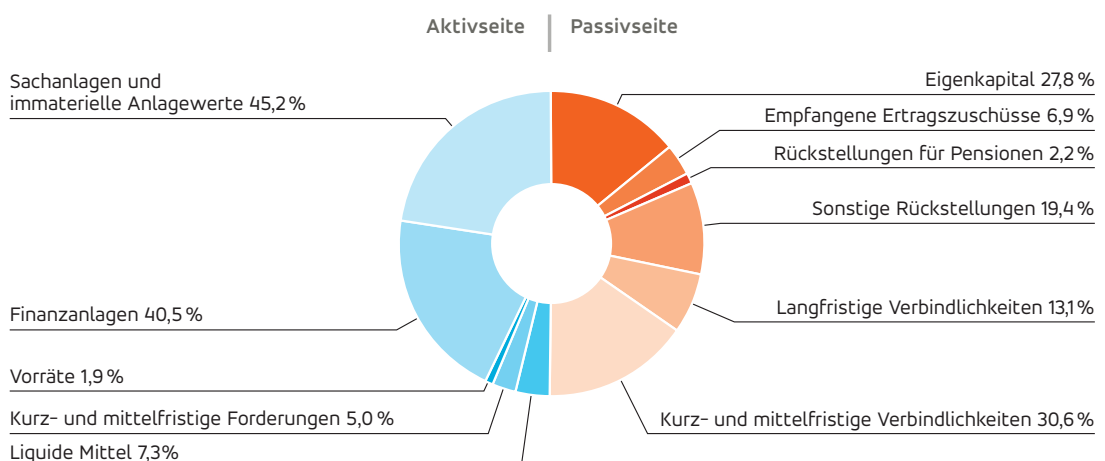
Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 385,0 Mio. € um 34,9 Mio. € auf 419,8 Mio. € abermals signifikant erhöht. Auf der Aktivseite hat sich das Anlagevermögen bei Zugängen in Höhe von 53,7 Mio. € und Abschreibungen von 16,6 Mio. € um insgesamt 36,8 Mio. € deutlich erhöht. Maßgeblichen Einfluss hatten hier die Gewährung eines Gesellschafterdarlehens zur Eigenkapitalaufbringung der MHKW Wiesbaden GmbH, eine Kapitalerhöhung bei der Tochtergesellschaft Thüga Erneuerbare Energie GmbH (THEE) sowie umfangreiche Investitionen in unsere Versorgungsnetze.

Im Umlaufvermögen sind vor allem die Guthaben bei Kreditinstituten zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr deutlich angestiegen (+ 27,0 Mio. €). Dies ist insbesondere durch die Erstattung der Dezember-Soforthilfe durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau verursacht. Demgegenüber steht ein deutlicher Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr auf 3,8 Mio. € (Vorjahr 28,7 Mio. €).

Dies resultiert im Wesentlichen aus der Vereinnahmung der Dezember-Abschläge aus der Soforthilfe sowie der im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Verbrauchsabgrenzung für noch nicht abgerechnete Energielieferungen. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen haben sich von 11,5 Mio. € auf 6,8 Mio. € reduziert. Die sonstigen Vermögensgegenstände lagen mit 3,6 Mio. € etwas über dem Vorjahresniveau.

Auf der Passivseite verminderten sich die Rückstellungen um 4,6 Mio. € auf 90,8 Mio. €. Diese Reduzierung resultiert im Wesentlichen aus der Auflösung von im Vorjahr notwendig gewordenen Drohverlustrückstellungen, deren Risiken nicht eingetreten und insofern nicht

Bilanzstruktur 2022



mehr relevant sind. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich durch die Neuaufnahme von Darlehen und planmäßige Tilgungen der aufgenommenen Darlehen von 79,0 Mio. € auf 98,7 Mio. € erhöht. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen stiegen durch den erhöhten Ergebnisausgleich aufgrund des mit der WWV Wiesbaden Holding GmbH bestehenden Ergebnisabführungsvertrages auf 14,7 Mio. €. Das Eigenkapital beträgt unverändert 116,6 Mio. €. Die Eigenkapitalquote verringerte sich infolge der höheren Bilanzsumme von 30,3 % im Vorjahr auf nunmehr 27,8 %.

Investitionen 2021

Im Geschäftsjahr 2022 wurden Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von 53,7 Mio. € (Vorjahr 43,2 Mio. €) getätigt. Die Gesamtinvestitionen (inkl. Finanzanlagen) setzen sich wie folgt zusammen:

Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände enthalten Lizenzkäufe und Lizenzerweiterungen für Software. Im Vorjahr (2021) waren die Herstellungskosten für die Implementierung des neuen SAP ERP System S/4 HANA enthalten.

Die Investitionen in Sachanlagen beinhalten im Wesentlichen den Ausbau und die routinemäßige Erneuerung der Versorgungsnetze.

Während sich die Erneuerungsmaßnahmen aus der Störanfälligkeit und dem Alter des bestehenden Netzes ergeben, sind bei den Erweiterungen im Wesentlichen die Erschließungsmaßnahmen im Bereich der Wärmenetze zu nennen.

Bei den Investitionen in Finanzanlagen wurde die Kapitaleinlage in die MHKW Wiesbaden GmbH um 5,6 Mio. € erhöht und ebenfalls eine Ausleihung in Höhe von 16,6 Mio. € getätigt. Im Vorjahr war im Wesentlichen die Erhöhung des Eigenkapitals der Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH um 10,0 Mio. € enthalten. Die Investitionen entfielen auf folgende Unternehmensbereiche:

Gesamtinvestitionen 2022

	2022 Mio. €	2021 Mio. €
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,1	0,5
Sachanlagen	29,6	28,5
Finanzanlagen	24,0	14,2
Gesamt	53,7	43,2

Investitionen

	2022 T€	2021 T€
Stromversorgung	2.173	2.876
Gasversorgung	4.249	9.439
Wasserversorgung	11.746	7.505
Wärmeversorgung	8.593	7.456
Sonstige Bereiche	1.059	1.748
Gemeinsame Bereiche	1.851	0*
Beteiligungen (Finanzanlagen)	24.003	14.169
Summe	53.674	43.193

* Aufgrund der Umstellung auf SAP/HANA wurde der Ausweis der gemeinsamen Bereiche verändert. Diese waren im Vorjahr auf die Sparten verteilt.

Erläuterungen zu den Tätigkeitsbereichen gemäß § 6b Abs. 7 S.4 EnWG

Die Berichtspflicht nach § 6b EnWG erfüllte die ESWE Versorgungs AG mit ihren Tätigkeitsabschlüssen 2022. In der Rechnungslegung führen wir gemäß § 6b EnWG jeweils getrennte Konten für die Tätigkeiten der Elektrizitäts- und Gasverteilung, für andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors sowie für andere Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

Für die Elektrizitäts- und Gasverteilung erstellen wir jeweils eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung. Gemessen am Gesamtumsatz des Elektrizitätssektors von 227,1 Mio. € weist der Tätigkeitsbereich Elektrizitätsverteilung im Berichtsjahr einen vergleichsweise geringen Umsatz von 15,2 Mio. € aus. Auch der Tätigkeitsbereich Gasverteilung ist mit einem Umsatz im Berichtsjahr von 33,1 Mio. € gemessen am Gesamtumsatz des Gassektors von 184,6 Mio. € von vergleichsweise untergeordneter Bedeutung.

Der Tätigkeitsbereich Elektrizitätsverteilung verzeichnete im Berichtsjahr eine Überdeckung von 470 T€ (Vorjahr 272 T€). Im Tätigkeitsbereich Gasverteilung konnte ein Jahresüberschuss von 1,8 Mio. € (Vorjahr 5,9 Mio. €) – jeweils vor interner Ergebnisabführung – erreicht werden. Die Investitionen in die Netzinfrastruktur der Gasverteilung beliefen sich im Berichtsjahr auf 4,7 Mio. €.



Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Nachdem die Corona-Schutzmaßnahmen aufgrund der sich abschwächenden Infektionslage bereits zum 1. Oktober 2022 teilweise ausgesetzt waren, fiel zum 2. Februar 2023 die Maskenpflicht im Personenverkehr sowie zum 1. März 2023 auch die Test- und Maskenpflicht für Beschäftigte sowie Bewohner und Bewohnerinnen in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen. Mit Wirkung zum 7. April sind zwischenzeitlich alle noch verbliebenen Maßnahmen – wie die Maskenpflicht beim Besuch eines Krankenhauses, eines Pflegeheims oder Arztpraxen – entfallen.

So haben auch wir unseren Corona-Krisenstab aufgelöst und hoffen, dass wir alle die Pandemie nun hinter uns gelassen haben.

Von Entspannung kann jedoch nicht gesprochen werden. Die mit der fortwährenden Ukraine-Krieg zusammenhängenden Auswirkungen halten die Welt weiterhin in Atem. Darüber hinaus steht die Energiewirtschaft vor einem generellen Umbruch. Klimaschutz und Energiewende bestimmen die öffentliche Diskussion.

Mit der Änderung des Klimaschutzgesetzes hat die Bundesregierung die Klimaschutzzvorgaben verschärft und das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045 verankert. Bereits in 2030 sollen die Emissionen um 65 % gegenüber 1990 sinken.

Die monatlichen Inflationsraten waren im gesamten Jahr 2022 hoch und erreichten im Oktober 2022 mit +10,4 % den höchsten Wert. Krisen- und kriegsbedingte Sondereffekte wie Lieferengpässe und deutliche Preisanstiege auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen prägten den gesamten Jahresverlauf. Im Dezember 2022 lag die Inflationsrate bei + 8,6 %. Sie schwächte sich damit zum Jahresende ab, blieb aber auf einem hohen Stand. In den ersten Monaten des Jahres 2023 war weiterhin eine Reduzierung zu verzeichnen. Die Rate lag im April 2023 allerdings immer noch bei 7,2 %.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im Jahr 2023 wird nicht mehr ganz so negativ erwartet, wie noch im November 2022 im Jahresgutachten des Sachverständigenrates für Wirtschaftsfragen dargelegt. Befürchtete man dort noch eine Rezession, erwartet man nun für 2023 ein Wirtschaftswachstum von 0,2 %, nach 1,8 % im Jahr 2022. Für das Jahr 2024 rechnen die Wirtschaftsweisen mit 1,3 % Wachstum. Die Bundesregierung ist hier noch etwas optimistischer. In der aktuell vorgestellten Frühjahrsprojektion für 2023 erwartet die Bundesregierung für 2023 ein Plus des BIP von 0,4 %. Für 2023 wird ein Plus von 1,6 % erwartet.

Die konjunkturelle Entwicklung ist insbesondere durch die Energiekrise und die hohe Inflation belastet. Gestiegene Energie- und Lebensmittelpreise belasten den privaten Konsum sowie die heimische Produktion. Auch die Exportnachfrage schwächelt aufgrund der wirtschaftlichen Abkühlung.



„Voll auf grünen Antrieb“ setzt die Firma Gramenz und errichtete einen Elektro-Ladepark mit 61 Ladepunkten und einem Hyper Charger.

Der Arbeitsmarkt zeigt sich demgegenüber nach wie vor sehr stabil. Hohe Tarifabschlüsse und zunehmender Fachkräftemangel stellen hier die derzeitigen Herausforderungen dar.

Das energiewirtschaftliche Umfeld mit den durch die Energiewende notwendigen Investitionen in unsere Netze, der Dekarbonisierung, der Digitalisierung, weiterem Druck auf die Margen sowie der Netzentgeltregulierung führen zu zunehmendem wirtschaftlichen Druck, dem wir vor allem durch Optimierung unserer Beschaffungsstrategie, durch Digitalisierung von Prozessen und der Entwicklung von energienahen Dienstleistungen begegnen.

Neben der sehr aufwändigen Umsetzung der von der Bundesregierung zur Entlastung der Verbraucher eingeführten Energiepreiskontrollen, die eine gewaltige Belastung für die Versorgungsunternehmen darstellte, steigt der Bürokratieaufwand zunehmend. Verpflichtende Nachhaltigkeitsberichterstattung, Lieferkettensorgfaltsgesetz sowie Hinweisgeberrichtlinie seien hier nur beispielhaft aufgeführt.

Die Preise für Strom und Gas an den Börsen haben in den letzten Monaten wieder deutlich nachgegeben. Von den Höchstständen im Herbst des letzten Jahres liegen die Preise derzeit wieder nahezu auf Vorkriegsniveau, jedoch deutlich höher als in der Vergangenheit. Die künftige Preisentwicklung ist allerdings weiterhin mit enormen Unsicherheiten behaftet.

Die Mengenprognose zur Energiebeschaffung ist derzeit ausgesprochen anspruchsvoll, da in der Energiepreiskrise einige bundesweit agierende Billiganbieter ihren Kunden gekündigt hatten und diese dann in unserem Grundversorgungsgebiet von uns übernommen wurden. Für diese Kunden hatten wir im Rahmen unserer strategischen Energiebeschaffung keine Mengen eingekauft und mussten zu teuren Konditionen zukaufen. Nachdem die Preise an den Spotmärkten nun wieder deutlich gesunken sind, kommen die Billiganbieter erneut auf den Markt und werben um die Kunden. Daher ist es schwer, Prognosen zu treffen, ob diese Kunden bei ihrem Versorger bleiben oder doch wieder zu den Billiganbietern wechseln werden.

Für das Geschäftsjahr 2023 erwarten wir ein aufgrund anstehender Investitionen und entsprechendem Finanzierungsbedarf sowie der Preis- und Tarifsteigerungen ein unter dem Niveau des Jahres 2022 liegendes Unternehmensergebnis.

Im Wirtschaftsplan erwarten wir insbesondere im Stromvertrieb wettbewerbsbedingt geringere Absatzmengen. Im Gasvertrieb gehen wir ebenfalls von leicht rückläufigen Mengen aus.

In der Wärmesparte sehen wir durch den weiteren Ausbau des Wärmenetzes und der Erschließung neuer Gebiete – durchschnittliche Temperaturverläufe unterstellt – sukzessiv steigenden Absatzzahlen entgegen.



„Über den Tellerrand schauen“
– das will der Think Tank der
ESWE-Gruppe.

Das Investitionsvolumen wird sich in den nächsten Jahren nochmals erheblich steigern. Die Energie- bzw. Wärmewende bedingt einen massiven Ausbau unseres Strom-, bzw. Wärmenetzes. Der Personalaufwand wird durch den im Frühjahr 2023 beschlossenen Tarifabschluss ebenfalls deutlich ansteigen.

Trotz dieser zunehmend schwieriger werdender Rahmenbedingung sieht unsere Mittelfristplanung für die Jahre bis 2027 stabile Ergebnisse vor.

Chancenbericht

Durch unsere faire Preispolitik haben wir uns in den letzten Jahren bundesweit als verlässlicher Partner für unsere Kunden etabliert. Daran anknüpfend werden wir, nachdem die Beschaffungspreise deutlich gesunken sind, unser Engagement im bundesweiten Vertrieb wieder ausweiten. Nach den notwendig gewordenen Preisanpassungen im Jahr 2022 bzw. Anfang 2023 werden wir unsere Tarife für Strom und Gaskunden zu Mitte des Jahres wieder deutlich reduzieren können.

Der Ausbau bzw. die Modernisierung insbesondere der Strom- und Fernwärmenetze, die Markteinführung von „grünem“ Gas sowie der weitere Ausbau der ökologisch erzeugten Fernwärme stehen im Fokus unserer Bemühungen.

Mit unserer Beteiligung am neu zu errichtenden Müllheizkraftwerk in Wiesbaden erhalten wir enorme Chancen, die im Rahmen der Energiewende so wichtige Fernwärme ökologisch und ökonomisch sinnvoll auszukoppeln und so den zunehmenden Wärmebedarf in Wiesbaden ortsnahe zu erzeugen.

Immer mehr Partner und Kunden nehmen unser E-Mobilität Rundum-Sorglos-Paket in Anspruch. ESWE übernimmt die Installation, den Betrieb, die Wartung, Instandhaltung und Abrechnung der Ladesäulen. Auch die Nachfrage nach PV-Anlagen hat im vergangenen Jahr deutlich zugenommen.

Chancen erkennen wir auch durch die Digitalisierung der Arbeitswelt und der Geschäftsprozesse. Wir haben viele Prozesse automatisiert, und mit der Einführung unserer „Smart-Home“-Lösungen haben wir neue Vertriebsprodukte für unsere Kunden auf den Markt gebracht. Unser Portfolio an energienahen Dienstleistungen bauen wir kontinuierlich aus. Für Geschäftskunden entwickeln wir neben maßgeschneiderten Energielieferverträgen Ideen und Versorgungskonzepte, die langfristig Energieverbräuche und damit Kosten senken. Hier sehen wir mittelfristig großes Potenzial, unsere Kernkompetenzen entsprechend zu unterstützen.

Für die Zukunft sehen wir weitere Geschäftschancen insbesondere in den Themen Breitbandausbau und Wasserstoff, für die derzeit Strategiprojekte in Gang gesetzt wurden.

So sehen wir uns ausreichend gerüstet und streben an, aus den Chancen, die sich ergeben, tatsächlich neue wirtschaftliche Geschäftsmodelle zu entwickeln.

Risikobericht

Die Wirtschaftlichkeit unseres unternehmerischen Handelns ist mehr denn je im Wesentlichen von den politischen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen abhängig.

Die Umsetzung der klimapolitischen Ziele sowie die weitere Entwicklung der geopolitischen Krise haben wesentliche Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf und insbesondere auf unsere Vermögens- und Ertragslage.

Im Vertrieb stellen das Marktrisiko und das Risiko von Forderungsausfällen nach wie vor die größten Risikopotentiale dar. Im Endkundengeschäft befürchten wir nach den notwendig gewordenen Preissteigerungen ein erhöhtes Ausfallrisiko von Forderungen. In der Energiebeschaffung ergeben sich Risiken aus einem möglichen Ausfall von Vorlieferanten und der Portfoliobewirtschaftung bzw. aus weiteren Preissteigerungen. Das Risiko des Vorlieferantenausfalls ist jedoch durch die im Jahr 2022 vorgenommenen Rettungsmaßnahmen bzw. der Verstaatlichung wesentlicher Vorlieferanten deutlich gemindert. Allerdings werden zunehmend Vorauszahlungen bzw. erhöhte Sicherungsleistungen gefordert.

Im Netzgeschäft ergeben sich neben den allgemeinen Regulierungsrisiken insbesondere Risiken auf künftige Geschäftsergebnisse durch die im Vorjahr beschlossene Neufestlegung der Eigenkapitalverzinsung für die dritte Regulierungsperiode. Die beschlossene Senkung des Eigenkapitalzinses könnte ein Stolperstein für die Energiewende werden, da die Eingriffe der Europäischen Zentralbank zur Bekämpfung der Inflation seit Mitte 2022 einen erheblichen Anstieg der Zinskonditionen für Darlehensaufnahmen hervorriefen. Dies hat die Bundesnetzagentur zwischenzeitlich erkannt und erarbeitet derzeit eine Neuregelung, um dem rasant gestiegenen Zinsumfeld Rechnung zu tragen.

Die Verwerfungen an den Energiemärkten und daraus entstehende Risiken für Energieversorger erschweren auch den generellen Zugang zu Finanzmitteln. Die Kreditgeber reagieren auf die Unsicherheiten und zeigen sich bei Finanzierungsanfragen wesentlich kritischer als in der Vergangenheit. Vor dem Hintergrund der anstehenden Investitionen auf dem Weg zur Klimaneutralität und den Klimazielen 2030 ist hier mit einer deutlichen Zunahme der Komplexität zu rechnen. Insofern ist ein permanenter Austausch zwischen Energieversorger und Kreditgebern, aber auch mit den Gesellschaftern, zwingend erforderlich. Neben dem Kapitalbedarf stellen außerdem die notwendigen personellen Ressourcen, sei es an eigenen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen oder auch an Dienstleistern, sowie die Verfügbarkeit von Materialien ein erhebliches Risiko dar.

Eine Entscheidung zum Wasserkartellverfahren steht leider immer noch aus und stellt damit nach wie vor ein Risiko für uns dar. Hier hatte uns die Hessische Landeskartellbehörde Ende 2016 eine „Abschöpfungsverfügung“ wegen angeblich missbräuchlich überhöhter Wasserpreise in den Jahren 2007 – 2011 zugestellt. Gegen diese Verfügung haben wir fristgerecht Beschwerde eingelegt, da wir sie als sachlich ungerechtfertigt ansehen. Ende 2019 fand eine zweite mündliche Verhandlung vor dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main statt, in der der zuständige Senat abermals beide Parteien aufforderte, nochmals in Vergleichsverhandlungen zu treten. Diese fanden zwar Anfang 2020 statt, allerdings konnte kein einvernehmliches Ergebnis erreicht werden. Zur Beweissicherung hat der zuständige Senat einen neutralen Gutachter benannt, der ein entsprechendes Sachverständigengutachten zu erstellen, welches dem Gericht als Entscheidungshilfe dienen soll. Dieses Gutachten liegt bis heute nicht vor. Die für dieses Risiko in den Vorjahren gebildete Rückstellung besteht in unveränderter Höhe fort.

Risiken aus der Verwendung von Finanzinstrumenten

Die ESWE Versorgungs AG ist im Rahmen der Verwendung von Finanzinstrumenten, die insbesondere die von der Gesellschaft ausgereichten Kredite und Forderungen sowie die Darlehen bei Kreditinstituten betreffen, im Wesentlichen Zinsänderungsrisiken und Ausfallrisiken ausgesetzt.

Das Ausfallrisiko aus finanziellen Vermögenswerten besteht in der Gefahr des Ausfalls eines Vertragspartners und daher maximal in Höhe der positiven Zeitwerte der Forderungen gegen den jeweiligen Kontrahenten. Dieses Risiko wird bei der ESWE Versorgungs AG als nicht wesentlich eingestuft, da Geldanlagen nur an Kontrahenten einwandfreier Bonität erfolgen. Kredite werden derzeit nur im Rahmen der Konzernfinanzierung an verbundene Unternehmen vergeben.

Dem Risiko des Ausfalls von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen tragen wir durch ein aktives Forderungsmanagement sowie Bildung von entsprechenden Wertberichtigungen Rechnung.

Für die aufgenommenen Darlehensverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten besteht das Risiko steigender Marktzinsen. Das Zinsänderungsrisiko ist jedoch durch Vereinbarungen langfristiger Zinsbindungsfristen deutlich vermindert. Ferner erfolgt eine permanente Beobachtung des Geld- und Kapitalmarktes, um rechtzeitig auf Zinssteigerungstendenzen reagieren zu können. Künftige Kapitalbedarfe werden frühzeitig ermittelt und im Rahmen des aktiven Zinsmanagements, welches wir in den letzten Jahren sukzessive ausgebaut haben, gedeckt.

Zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos von langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten hat die Gesellschaft Zins-Swap-Geschäfte abgeschlossen. Hierbei handelt es sich um Micro-Hedge-Beziehungen, da das aus einem Darlehen resultierende Zinsänderungsrisiko durch ein einziges Sicherungsinstrument (Swap) abgesichert wird. Insgesamt bestehen zum Bilanzstichtag Swap-Geschäfte mit einem Nominalwert von 3,0 Mio. €. Sie sind in das bestehende Risikomanagementsystem eingebunden und haben aufgrund der allgemeinen Zinsentwicklung am Bilanzstichtag in Summe einen negativen Marktwert in Höhe von 563 T€.

Risikomanagement

Die Chancen- und Risikopolitik der ESWE Versorgungs AG ist auf eine nachhaltige Bestandssicherung und Ergebnisoptimierung ausgerichtet. Basierend auf einer strategischen Unternehmenspolitik will die ESWE Versorgungs AG Chancen erfolgreich und frühzeitig erkennen sowie damit verbundene Risiken identifizieren und angemessen bewerten bzw. darauf reagieren. Neben der Erfüllung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben (gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG)), stellt ein eingerichtetes und funktionierendes Risikomanagement die nachhaltige Leistungsfähigkeit der ESWE Versorgungs AG im andauernden Wettbewerb sicher.

Auf Grund des Prüfungsstandards (IDW PS 340 n. F.) der Wirtschaftsprüfer, zur Prüfung des Risikomanagementsystems, wurde im Berichtsjahr eine externe Untersuchung durch die Prüfungsgesellschaft PWC durchgeführt, die eine weitere Optimierung des Risikomanagementsystems und eine Überarbeitung des Risikomanagementhandbuchs zur Folge hatte. Die Ergebnisse führten auch dazu, das Risikomanagement zentral in einer eigenständigen Funktionsstelle direkt unter dem Vorstand einzurichten.

Ferner wurden und werden die Entwicklungen und Entscheidungen der höchstgerichtlichen Rechtsprechung sowie die neuen gesetzgeberischen Vorschriften, wie z. B. das „StaRUG“ (Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen), auf ihre Anwendbarkeit auf die Gesellschaft hin geprüft.

Als grundlegendes Instrumentarium für das Risikomanagementsystem dient das Risikomanagement-Handbuch. Das Handbuch gilt als Dokumentation des Risikomanagementsystems und regelt für die ESWE Versorgungs AG einen verbindlichen Mindeststandard zur Sicherung des Unternehmens durch Früherkennung bestandgefährdender Risiken. Darüber hinaus sind aus sämtlichen Unternehmensbereichen Risikobeauftragte benannt, die in regelmäßigen Abständen durch systematische Erhebung eine Risikoinventur für ihre Bereiche durchführen. Erkannte Ad-hoc-Risiken werden dem Vorstand unmittelbar gemeldet.

Die Risikoinventur wird einmal jährlich durch alle Unternehmensbereiche durch den Risikomanager abgefragt und ausgewertet. Für die größten Risikopotenziale wird zusätzlich eine quartalsweise Aktualisierung vorgenommen. Das nach Bewertung der Risikoinventur erstellte Risikoportfolio für das Unternehmen wird gleichmäßig und beständig fortgeschrieben und ist wesentlicher Bestandteil des internen Controllingberichts. Zudem unterrichtet der Vorstand einmal pro Geschäftsjahr den Aufsichtsrat der ESWE Versorgungs AG über die bedeutsamsten Risiken aus dem Portfolio. Zur Steuerung der Risiken hat das Unternehmen Maßnahmen ergriffen, die im Wesentlichen neben dem Einsatz interner und externer Fachleute ein umfangreiches technisches Regelwerk, die Zertifizierung von Unternehmensbereichen sowie einen umfassenden Versicherungsschutz, Führungsleitsätze und ein internes Kontrollsystem umfassen. Das im Geschäftsjahr 2019 bei der ESWE Versorgungs AG implementierte Risikomanagement-Komitee, welches sich aus Experten aus den verschiedensten Unternehmensbereichen zusammensetzt, hat sich zur Aufgabe gemacht, die größten Kernrisiken des Unternehmens auf gesamtwirtschaftliche Risikolage und Versicherbarkeit zu bewerten. Durch ein aktuelles Risiko-Monitoring (Identifikation und Bewertung bzw. Neubewertung von Risiken in sämtlichen Organisationseinheiten) soll zudem eine größtmögliche Risikominimierung herbeigeführt werden.

Darüber hinaus ist für den Bereich „Energiebeschaffung und Vertriebscontrolling“ eine Koordinierungsgruppe Beschaffung eingerichtet worden, welche aus dem Vorstand sowie den für das interne Kontrollsystem zuständigen Fachbereichsverantwortlichen und wenn erforderlich auch aus anderen Organisationseinheiten hinzugezogenen Sachkundigen besteht und die Sicherstellung einer geschlossenen Umsetzung der vorgegebenen Beschaffungsstrategie und Risikopolitik zur Aufgabe hat.

Die Entwicklung der Beteiligungserträge birgt für uns Chancen aus zukünftig steigenden Ergebnisbeiträgen und Risiken aus negativer Entwicklung der Beteiligungen. Dem Risiko wird durch eine fortlaufende Überwachung der Geschäftsentwicklung durch das Beteiligungscontrolling Rechnung getragen, sodass bei negativer Entwicklung frühzeitig Gegenmaßnahmen zur Risikominimierung eingeleitet werden können.

Im Berichtsjahr wurden als Schwerpunkt der risikotechnischen Befassung die Entwicklungen des Kriegs in der Ukraine, die daraus entstehenden Lieferkettenstörungen, die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie, die Auswirkungen der gesetzlichen Entscheidungen zur Einsparung von Strom und Gas, die Folgen der Energiepreisbremsen und die Beschaffungsrisiken für Energie betrachtet, analysiert und bewertet.

Bestandsgefährdende Risiken im Sinne der gesetzlichen Vorschriften haben sich für das Jahr 2022 keine ergeben.

Compliance

Bereits seit dem Jahr 2018 haben wir aufgrund zahlreicher gesetzlicher bzw. regulatorischer Veränderungen ein Compliance Management System (CMS) etabliert.

Dieses CMS wird regelmäßig fortgeschrieben und entsprechend weiterentwickelt. Im Jahr 2020 wurde die Stelle „Vorstandsangelegenheiten und Compliance“ geschaffen, die dem Vorstandsvorsitzenden direkt zugeordnet ist. Die Stelleninhaberin, die sich bis zum Juni 2022 in Elternzeit befand, wurde zum 1. Oktober 2022 zum Chief Compliance Officer bestellt, der bisherige CCO legte sein Amt nieder. Der CCO ist somit nunmehr unabhängig vom Rechts- und Revisionsbereich der ESWE angesiedelt. Zudem wurde das der Compliance-Organisation zugehörige Compliance-Komitee erweitert. Die Mitglieder des Compliance-Komitees sind seit Juni 2022: die beiden Vorstände, der CCO, der Hauptabteilungsleiter Personal und Organisation, der Hauptabteilungsleiter der Betriebs- und Materialwirtschaft, der Betriebsratsvorsitzende und der stellvertretende Betriebsratsvor-



Die modernisierte Netzleitstelle der Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH.

sitzende, ein Vertreter der Revision sowie nun auch der Geschäftsführer der Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH.

Im Rahmen des Berichtswesens wird der Aufsichtsrat der ESWE Versorgungs AG regelmäßig über die aktuellen Entwicklungen und Veränderungen des CMS bei der ESWE Versorgungs AG informiert.

Aufgrund der Corona-Pandemie gab es auch im Jahr 2022 keine nennenswerten Compliance-Vorgänge, da nur sehr wenige Veranstaltungen oder Dienstreisen stattfanden. In den wenigen Fällen, bei denen es Klärungsbedarf gab, konnte durch die frühzeitige Einbindung des CCOs ein Compliance-Verstoß verhindert werden.

Die EU-Richtlinie zum Schutz von Hinweisgebern (Whistleblower) befindet sich in der Umsetzung und soll im Laufe des Jahres 2023 eingeführt werden. Die im Jahr 2021 eingetretene Verpflichtung zur Eintragung in das Transparenzregister sind wir bereits nachgekommen.

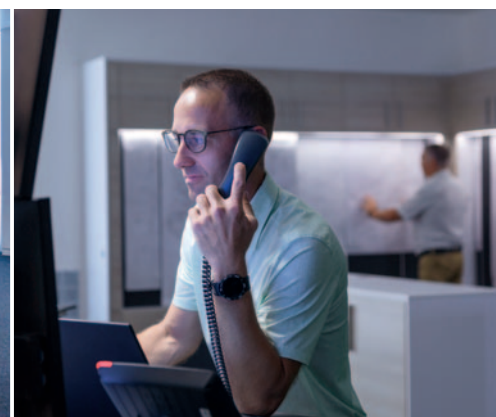
Datenschutz und Informationssicherheit bei ESWE

Das Jahr 2022 war geprägt durch einen starken Fokus der Öffentlichkeit auf die Energiewirtschaft auf Grund der Gasmangellage und gestiegener Energiekosten. Hinzu kam, dass infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und der dadurch massiv verschärften Situation von Hackerangriffen auf Einrichtungen der Daseinsvorsorge und Infrastruktur in Deutschland weitaus höhere Risiken bestanden als je zuvor.

Aktuelle Weiterentwicklungen wie sogenannte künstliche Intelligenz (KI, z. B. in Gestalt des zuletzt vielzitierten ChatGPT) dürften das zukünftige Gefahrenpotenzial in Form optimierter Texte in sogenannten Phishing E-Mails mit gefährlichen, da schadcodebehafteten Dateianhängen und/oder Verlinkung auf entsprechend präparierte Webseiten, manipulierte webbasierte (Videokonferenz-)Anrufe (deepfakes) weiter erhöhen bzw. auf eine neue Stufe stellen.

Dies macht deutlich, dass beide Themen – Datenschutz und Informationssicherheit – weiterhin bei ESWE präsent sein – und entsprechend ihrer Bedeutung in der täglichen Praxis berücksichtigt werden müssen. Das Nachschärfen des Datenschutzmanagementsystems und der Sensibilität der Beschäftigten tragen dazu bei und sind somit ein zentrales Mittel.

Vor allem die Notwendigkeit des eigenen, verantwortungsvollen Umgangs mit neuen digitalen Produkten und deren Möglichkeiten – aber auch Risiken – muss allen Beschäftigten bewusst sein und seitens der Führungskräfte vorgelebt werden. Ist dies gemeinsam gelungen, so wird der einzelne Beschäftigte angesichts der vielfältigen digitalen Bedrohungen keine mögliche Sicherheitsschwachstelle, sondern vielmehr ein zentraler Baustein innerhalb der unternehmenseigenen Sicherheitsarchitektur sein.



Aus diesem Grund wurde das bestehende Unternehmensschulungskonzept überarbeitet und weiterentwickelt, um das notwendige Bewusstsein und Wissen bei den Beschäftigten zu schaffen und sie bestmöglich auf eine sich beständig wandelnde Arbeitswelt vorzubereiten. Hierzu werden alle verfügbaren Kommunikationskanäle innerhalb des Unternehmens genutzt, beginnend von der Bereitstellung von Informationen im unternehmensinternen Intranet, über das Angebot von Schulungen durch die Beauftragten bis hin zu ergänzenden/wiederholenden Inhalten über Arbeitsort/-zeit unabhängige, individuell wahrnehmbare elektronische Lernplattformen („E-Learning“) oder durch Drittanbieter.

Wie auch zuvor waren Überlegungen zu aktuellen (Microsoft Teams) wie zukünftigen Einsatzmöglichkeiten von digitalen Anwendungen wie Microsoft 365 und den hierzu notwendigen technischen und organisatorischen Maßnahmen relevant. Allerdings ist das Thema Datenübermittlung in sogenannte Drittländer weiterhin kritisch zu bewerten. Zwar haben sich die EU-Kommission und die USA am 25.03.2022 über eine erste Basis geeinigt, auf deren Grundlage möglicherweise ein künftiger Angemessenheitsbeschluss der EU-Kommission ergehen kann. Ende 2022 hat daraufhin die EU-Kommission einen Angemessenheitsbeschluss im Entwurf vorgelegt. Bis zur Umsetzung ist aber weiterhin eine besonders sorgfältige Prüfung eines Drittlandtransfers in die USA notwendig.

Aber auch andere Länder wie z. B. Indien rücken stärker in den Fokus des Datenschutzes, da große Softwareanbieter und IT-Dienstleister häufig ihre Leistung nicht nur innerhalb der EU erbringen und somit ein Transfer von personenbezogenen Daten oder ein Zugriff auf solche nicht ausgeschlossen werden kann. Die aktuellen Standardvertragsklauseln (SCC), die seit dem 27.12.2022 für alle – auch bereits bestehende – Datenübermittlungen ohne bestehenden Angemessenheitsbeschluss in Drittländer genutzt werden müssen, können allein kein angemessenes Schutzniveau gewährleisten, sondern erst in Verbindung mit der Durchführung eines Transfer Impact Assessment. Die Durchführung eines solchen, die Bewertung der Ergebnisse und das Aushandeln von gegebenenfalls zusätzlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen stellt Unternehmen und ihre Datenschutz- wie Informationssicherheitsbeauftragten allerdings vor große und nicht immer lösbare Herausforderungen.

Abmahnwellen wie zum Einsatz von Google Fonts Schriftarten auf Webseiten, die (teils) als (versuchter) Abmahnbetrug und (versuchte) Erpressung durch die Generalstaatsanwaltschaft bewertet wurden, sind nun häufiger zu beobachten, ebenso wie Auskunftsersuchen, die nicht direkt zur Erfüllung des Betroffenenrechtes dienen. Hier wird es wichtig sein als Unternehmen klar die rechtlichen Vorgaben zum Datenschutz einzuhalten, aber diese auch anzuwenden und missbräuchlichen Anfragen nicht zu entsprechen.

Die neuen Bedienplätze und die Optimierung des Raumklimas durch Mooswände machen den Arbeitsplatz zum angenehmen Wirkungsbereich.

Die praktischen Auswirkungen der gesetzlichen Überarbeitungen zum IT Sicherheitsgesetz 2.0 wie BSI-Kritisverordnung bzgl. Zertifizierungspflichten wurde ebenfalls im Unternehmen thematisiert. Hier vor allem die gem. §8a (1a) BSIG ab Mai 2023 geltende Verpflichtung zum Einsatz von „Systemen zur Angriffserkennung“ und deren notwendigen Umsetzung.

Die Themen Datenschutz und Informationssicherheit lassen sich heutzutage nicht mehr trennen. Eine enge Zusammenarbeit und der Austausch zwischen Datenschutzbeauftragten und IT-Sicherheitsbeauftragten ist daher zwingend erforderlich und wird auch alltäglich in der Praxis bei ESWE weiterhin so gelebt. Das Arbeiten im Homeoffice durch die Beschäftigten von ESWE wird ein Bestandteil in der modernen Arbeitswelt bleiben. Digitale Lösungen zur Kollaboration werden daher weiter benötigt und sicherlich auch noch ausgebaut werden müssen. Diese – so weit als möglich – datenschutzkonform wie datensicher im Unternehmen anzubieten und zu nutzen wird eine zentrale Aufgabe sein. Ebenso wie bereits angesprochen, die digitale Kompetenz der Beschäftigten entsprechend der sich verändernden Arbeitsumwelt zu stärken.

Die Themen Datenschutz und Informationssicherheit werden deshalb auch weiterhin zentrale Themen mit entsprechendem Aufwand bei ESWE darstellen. Sie bieten aber gleichzeitig die Chance, bestehende Prozesse zu hinterfragen, diese ggf. zu verbessern, sicherer und soweit möglich auch einfacher zu gestalten.

Erklärung zur Unternehmensführung

ESWE Versorgung ist als ein der Mitbestimmung unterliegendes Unternehmen verpflichtet, Zielgrößen für den Frauenanteil in Führungspositionen festzulegen. Grundlage hierfür ist das am 1. Mai 2015 in Kraft getretene Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen (FüPoG).

Nach der Konstituierung des Aufsichtsrats im Sommer 2017 betrug der Frauenanteil im paritätisch besetzten Aufsichtsrat 16,67 %. Die im Jahr 2022 durchgeführte Neukonstituierung des Aufsichtsrates führte zu einem Frauenanteil von 22,22 %. Für den neuen Betrachtungszeitraum bis 30. Juni 2027 wurde daher die festgelegte Zielgröße von 22,22 % für den Aufsichtsrat fortgeschrieben.

Die gesetzlich zulässige festgelegte Zielquote von 0 % für die Vorstandebene wurde mit Beschluss vom 30. März 2022 konkretisiert. Der Grund für die Definition einer Zielquote von 0 % auf Vorstandsebene ergibt sich aus der aktuellen Zusammensetzung des Vorstands mit zwei Vorständen.

Die Zielgröße für den Anteil der Frauen in den beiden obersten Führungsebenen bis 30. Juni 2027 wurde vom Vorstand auf der bisherigen Zielgröße von 17 % fortgeschrieben. Hierbei wurde berücksichtigt, dass bei der Festlegung die Zielgrößen der jeweils erreichte Anteil nicht mehr unterschritten werden darf. Zum Bilanzstichtag liegt der Frauenanteil hier bei 12,8 %.

Entgeltbericht

Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit von Frauen und Männern im Rahmen des Entgelttransparenzgesetzes

Am 6. Juli 2017 ist das Gesetz zur Förderung der Entgelttransparenz (Entgelttransparenzgesetz) zwischen Frauen und Männern in Kraft getreten. Ziel des Gesetzes ist es, den bestehenden Rechtsrahmen für eine umfassende Durchsetzung von Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern zu verbessern.

Neben einem individuellen Auskunftsanspruch für Beschäftigte zur Überprüfung der Einhaltung des Entgeltgleichheitsgebots, der Vorgabe an Unternehmen betriebliche Verfahren zur Überprüfung und Herstellung von Entgeltgleichheit zu implementieren, sieht das Gesetz unter bestimmten Voraussetzungen vor, einen Entgeltbericht zu erstellen.

Gemäß § 21 Abs. 1 EntgTranspG ist ESWE Versorgung als Arbeitgeber mit mehr als 500 Beschäftigten verpflichtet, einen Entgeltbericht zu erstellen.

Zum 31.12.2022 beschäftigte die ESWE Versorgungs AG 583 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (ohne Auszubildende), die sich wie folgt darstellen:

Als dem kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) angehörendes Unternehmen wenden wir seit dem 1. Januar 2008 den Tarifvertrag für Versorgungsbetriebe (TV-V) an, welcher in § 5 explizite Ausführungen zur Eingruppierungsthematik enthält, die keine geschlechterspezifische Unterscheidung vorsieht. In § 6 TV-V sind Ausführungen zu den ebenfalls geschlechtsneutralen Entgeltregelungen getroffen.

Eine Stellenbewertung erfolgt anhand der tariflichen Vorgaben und der objektiven Dokumentation, die von ESWE angewandt werden. Eine geschlechterspezifische Ungleichbehandlung ist somit ausgeschlossen. Daher sind keine gesonderten Maßnahmen zur Herstellung einer Entgeltgleichheit für Frauen und Männer erforderlich.

Zum Stichtag 31.12.2022 hat ESWE 15 außertarifliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Für diese Beschäftigten gelten individualvertraglich vereinbarte Regelungen bezüglich des Entgelts. Generell basieren diese auf der Funktion und der auszuübenden Tätigkeit, unabhängig von Geschlecht der jeweiligen Person.

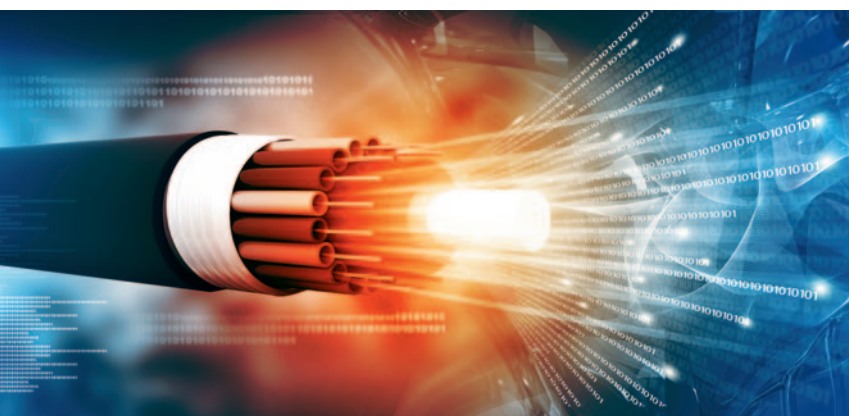
Hinsichtlich der Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern lebt ESWE bereits seit vielen Jahren eine familien- und frauenfreundliche Personalpolitik.

Weiterhin stellte ESWE unter Beweis, dass die Gesundheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern höchste Priorität einnimmt. Ergänzend bestand auch, wie bereits in den vergangenen Jahren, die Möglichkeit in Teilzeit arbeiten zu können. Außerdem wurde die Bereitstellung des Eltern-Kind-Zimmers, für die Nutzung zwecks Betreuung der Kinder, weiterhin gewährt.

Beschäftigte zum 31.12.2022

	Beschäftigte		davon Vollzeit		davon Teilzeit	
	2022	2021	2022	2021	2022	2021
Frauen	171	167	107	109	64	58
Männer	412	417	397	399	15	18
Gesamt	583	584	504	508	79	76

Unser Tochterunternehmen WITCOM ist der regionale Anbieter von professionellen Telekommunikations- und ITK-Infrastrukturdiensten.





Es ist die bunte Vielfalt an Menschen,
die unsere Erde so lebenswert macht.
Ein Reichtum, der sich auch in der
ESWE-Belegschaft spiegelt: Unsere
Mitarbeitenden unterscheiden sich in
Alter, Geschlecht, durch ihre Herkunft
und Sprache oder auch aufgrund ihrer
Kultur und ihrer Religion voneinander.
Auf dieses breite Spektrum sind wir stolz
– und es trägt zu unserem Erfolg bei.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Entwicklung und Struktur

ESWE beschäftigte zum Bilanzstichtag 31.12.2022 504 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Vollzeit- und 79 in Teilzeitarbeitsverhältnissen. Außerdem waren 55 Auszubildende bei ESWE tätig, um ihre berufliche Grundausbildung durchzuführen.

Im Berichtsjahr 2022 konnte wieder eine Vielzahl an Stellen mit externen Fachkräften besetzt werden. So haben wir insgesamt 17 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom externen Arbeitsmarkt für uns gewinnen können.

Zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befanden sich zum Stichtag 31. Dezember 2022 in Elternzeit. Mit durchschnittlich 49 Schwerbehinderten liegt der Beschäftigungsanteil schwerbehinderter Menschen über der gesetzlich vorgegebenen Mindestanzahl. In der aktiven Altersteilzeit befanden sich zum Bilanzstichtag 17 Beschäftigte.

Personalaufwand

Der Personalaufwand erhöhte sich im Berichtsjahr vor allem aufgrund der Tarifierhöhung und der Zunahme der Anzahl der Beschäftigten von 50,8 Mio. € im Vorjahr auf 52,1 Mio. € im Berichtsjahr. Davon wurden 40,7 Mio. € für Löhne und Gehälter und 11,5 Mio. € für soziale Aufwendungen und Altersvorsorge aufgewendet.

Betriebliches Gesundheitsmanagement

Die besondere Verantwortung der Gesundheit und das Wohl der Mitarbeitenden stehen bei ESWE Versorgungs AG an erster Stelle. In außergewöhnlichen Situationen und Krisen hat sich bewiesen, dass die Belegschaft stärker zusammenwächst, Krisen sowie Herausforderungen bewältigt und dabei der Teamgedanke nie vergessen wird. Wir erweitern das Angebot zur Prävention der psychischen und physischen Gesundheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stetig weiter, sodass die Basis für unseren nachhaltigen betrieblichen Erfolg weiter fundamentiert wird. Die Schaffung eines attraktiven und angenehmen Arbeitsumfelds ist uns genauso wichtig, wie die Mitarbeiterzufriedenheit- und Motivation. Das Konzept des betrieblichen Gesundheitsmanagements umfasst für uns einen ganzheitlichen Managementansatz, so hat sich das Grundverständnis von BGM als Selbstverständnis innerhalb der Unternehmenskultur implementiert und gefestigt. ESWE hat verschiedene Maßnahmen für seine Mitarbeitenden entwickelt, um zum einen ihren Arbeitsplatz bei ESWE noch attraktiver und angenehmer zu gestalten, zum anderen um nachhaltig ihre Gesundheit zu stärken. Das ESWE JobRad ermöglicht unseren Mitarbeitenden nicht nur die körperliche Fitness aktiv zu fördern, sondern auch eine umweltfreundlichere Anfahrt zur Arbeit. Die kostenlose Mitgliedschaft und das Training in ausgewählten regionalen Premium-Fitnessstudios wird nach der Pandemie wieder rege genutzt und dient nicht nur sportlichen und gesundheitlichen Aspekten, sondern auch dem Networking mit Arbeitskollegen, die dem gleichen Hobby nachgehen. Das Angebot wird stetig ausgebaut und erweitert. So achtet ESWE darauf, dass der Präventivgedanke bei der Auswahl neuer Fitnessseinrichtungen im Vordergrund steht und die Qualität der Betreuung durch geschultes Fachpersonal vor Ort jederzeit gewährleistet wird.



Teamstärke, Begeisterung und Fachwissen vereinen sich in der Unternehmenskultur von ESWE.

Strategische Ausrichtung der Personalarbeit

Der wichtigste Erfolgsfaktor für die ESWE Versorgungs AG sind die Mitarbeitenden im Unternehmen. Eine zukunftsorientierte personalstrategische Ausrichtung ist für ESWE unabdingbar und elementar für den langfristigen Unternehmenserfolg. Die Personalstrategie leitet sich von den Unternehmenszielen ab, überwacht die strategische Personalplanung und arbeitet intensiv an Projekten und Themen, mit dem Ziel, das Employer Branding von ESWE zu steigern und die Position am externen Arbeitsmarkt zu optimieren bzw. die positive Außendarstellung als innovativer Arbeitgeber zu stärken. Mit diesem Leitsatz entwickelte ESWE ein Personalmarketingkonzept um zum einen unseren Auftritt als moderner und attraktiver Arbeitgeber Wiesbadens zu forcieren und zum anderen unsere Werte und Benefits sowie unsere Vision im Rahmen der Arbeitgebermarke zu erarbeiten, mittels Personalmarketings zu verdeutlichen und nach innen sowie nach außen zu kommunizieren. Die vorherrschende Mitarbeiterzufriedenheit und -motivation sowie das tägliche Engagement der Belegschaft möchte ESWE als wertvolle Argumente nutzen, um neues Fachpersonal anzusprechen und somit ein authentisches Bild von unserer jahrelang gefestigten familiären Unternehmenskultur zu vermitteln. Die Angebotsauswertung unserer eingeführten Benefits zeigt, dass ESWE bereits seit Jahren die Zufriedenheit der Mitarbeitenden und die Arbeitsatmosphäre stetig verbessert hat, eine Vielzahl an betrieblichen Sozialleistungen anbietet und den Mitarbeitenden zur Verfügung stellt. Der Ausbau und die strategische Weiterentwicklung der Benefits sowie des Employer Branding ist ein wesentlicher Bestandteil der Personalstrategie innerhalb der ESWE.

Die notwendigen Maßnahmen aufgrund des Fachkräftemangels und des Kampfes um die besten Talente auf dem externen Arbeitsmarkt, beinhalten eine frühzeitige und strategische Nachfolgeplanung sowie den Aufbau von Wissenstransfer und einer gezielten Ausbildungsplanung. Die strategische Personalplanung erfolgt gemeinsam mit dem Management von ESWE und der Hauptabteilung Personal und Organisation, damit eine nachhaltige Planung und daraus resultierende Maßnahmen gewährt werden können.

ESWE hat sich zur Aufgabe gemacht, die eigenen Mitarbeiterressourcen vollumfänglich zu nutzen und eigenes Personal zu Fach- und Führungskräften weiterzuentwickeln sowie zu fördern. Die Personalentwicklung sorgt mithilfe von individuellen Weiterentwicklungsprogrammen für die stetige und zukunftsfähige Qualifizierung der Nachwuchskräfte von ESWE. Im Rahmen des ESWE-Managementprogramms wurden interne Potenziale (Hidden Champions) ausfindig gemacht und zu künftigen Fach- und Führungskräften entwickelt und begleitet.



13 Potenziale aus verschiedenen Unternehmensbereichen und Gesellschaften beschreiben gemeinsam das Programm, welches bis 2023 aktiv läuft und unter externer Begleitung eines Coaches zusammen mit der Personalentwicklung begleitet wird. Innerhalb des Programms widmen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einem Unternehmensprojekt und stellen dies am Ende des Programms dem Gesamtvorstand vor. Ergänzend durch Workshops und Impulsvorträge sowie Einzel- und Gruppencoachings werden die Soft- und Hardskills sowie die Selbst- und Führungskompetenz der Teilnehmer erweitert und verbessert.

Zusätzlich bietet ESWE bedarfsbezogen das Junior Management Programm (JUMP) an. Dieses Programm richtet sich speziell an neue Führungskräfte, die erst seit kurzem Führungsverantwortung haben und vermittelt verschiedene Inhalte und Themenbereiche im Bereich Führung, um bestmöglich der neuen Aufgabe nachgehen zu können.

Abgerundet wird das Personalentwicklungsprogramm durch das ESWE Campus Seminarprogramm 2021/2022 in Form von Präsenzs Schulungen und einer Vielzahl digitaler Lernformate. Neben den Präsenzs Schulungen bietet ESWE zusätzliche Webinare sowie spannende Online-Vorträge an und komplementiert das Seminarprogramm mit der ESWE Campus E-Learning-Plattform. Die Bereitschaft der Mitarbeitenden zum lebenslangen Lernen und ihr persönliches Engagement zur Teilnahme an dem angebotenen Seminarprogramm des ESWE Campus ist ein entscheidender Erfolgsfaktor ihrer persönlichen und fachlichen Entwicklung und zugleich ein Gewinn für ESWE.

Zudem bietet ESWE seinen Beschäftigten stellenbezogene Fortbildungen mit einer Übernahme der Weiterbildungskosten bis zu 100 % an. Die Inanspruchnahme dieses Angebots steigt stetig an, sodass wir auf diesem Weg die Mitarbeitenden zur vollumfänglichen und qualitativen Ausführung ihrer Stelle befähigen und dabei unterstützen.

Im Rahmen der Organisationsentwicklung sind wir auf die Umsetzung eines konsequenten Change-Managements fokussiert. Das Change-Management bietet dabei die Möglichkeit, Veränderungen als Entwicklungschancen zu begreifen und dadurch eine Unternehmenskultur zu schaffen, in der Wandel als Entwicklung, und damit als etwas völlig Natürliches verstanden und gelebt werden kann. So wurde im Geschäftsjahr 2022 die organisatorische Neustrukturierung des Vorstands Bereichs B als ganzheitliches Konzept geplant. Ebenso wurden die Umstrukturierung der ursprünglichen Hauptabteilung „Billing & IT“ begleitet und die daraus resultierenden organisatorischen Maßnahmen umgesetzt.

Engagierte Kolleginnen und Kollegen prägen die Arbeitsatmosphäre beim Energiedienstleister.

ESWE Versorgung kümmert sich schon lange um „Corporate Social Responsibility“ und ist Teil des Netzwerks „CSR Regio.Net Wiesbaden“. Dieses bietet regionalen Unternehmen die Möglichkeit, sich unabhängig von Branche und Größe im Rahmen eines Netzwerkes mit dem Thema „Verantwortliche Unternehmensführung“ auseinanderzusetzen. Informativer und nützlicher Input zu sozialen und gesellschaftlichen Aspekten sowie Ideen zur Prozessoptimierung sind ein positives Resultat aus einem kooperativen und regelmäßigen Austausch mit Wiesbadener Unternehmen.

Vielfalt und Wertschätzung

Die ESWE Versorgungs AG bekennt sich zur Gleichstellung aller Mitarbeitenden. In und mit unseren Unternehmen fördern wir die Vielfalt – dabei ist uns die Zusammenführung verschiedener Generationen sowie die Integration von Menschen mit Beeinträchtigung ein besonderes Anliegen.

Es ist die bunte Vielfalt an Menschen, die die Erde so lebenswert macht. Ein Reichtum, der sich auch in der ESWE-Belegschaft spiegelt: Die Mitarbeitenden unterscheiden sich in Alter, Geschlecht, durch ihre Herkunft und Sprache oder auch aufgrund ihrer Kultur und ihrer Religion voneinander.

Innerhalb der ESWE herrscht ein diskriminierungsfreies Umfeld. Dabei wird es allen Mitarbeitenden ermöglicht sich individuell zu entfalten. Das hat ESWE durch die Unterzeichnung der „Charta der Vielfalt“ noch einmal unterstrichen. ESWE versteht die Unterschrift als eine Selbstverpflichtung, die Chancengleichheit und Vielfalt aller Beschäftigten zu fördern.

Im Rahmen des Diversity-Managements werden Projekte zur Wertschätzung und individuellen Förderung aller Mitarbeitenden vorangetrieben.

Ausbildung

Die ESWE Versorgungs AG präsentiert sich als krisensicherer, moderner und familiärer Arbeitgeber und lockt somit auch junge Potenzialträger ins Unternehmen. Der immer größer werdende Fachkräftemangel lässt den Wert und die Dringlichkeit der betrieblichen Ausbildung noch weiter steigen. Deshalb möchte ESWE seine Fachkräfte von morgen bestenfalls von Beginn an ausbilden und den zukünftigen Entwicklungsweg gemeinsam mit ihnen gehen. Das Engagement unserer Auszubildenden zeigt, dass sie bei ESWE angekommen sind und sich mit ihrem Wissen und mit Interesse einbringen wollen.

Für den Start Richtung Zukunft gibt es in Wiesbaden eine gute Adresse: die ESWE Versorgungs AG. Wir bieten jungen Schulabgängern ein breites Feld an Ausbildungsmöglichkeiten.



Die Ausbildung bei ESWE hat in der Belegschaft und in der Region einen hohen Stellenwert, welcher sich mit den sehr guten Abschlussergebnissen unserer Azubis belegen lässt. Unsere Sommer- und Winterprüflinge haben wieder ein hervorragendes Ergebnis in ihren Abschlussprüfungen erzielen können. Die Durchschnittsnote lag bei 2,2. Dabei haben 7 Auszubildende ihre Prüfung mit der Note 1 bestanden. Dies bestätigt abermals die hohe Qualität unserer Ausbildung. Ein wichtiger Benefit unserer Ausbildung sind die sehr guten Übernahmechancen in unseren Fachabteilungen bei bestandener Abschlussprüfung. Wir bieten unseren Auszubildenden und künftigen Fachkräften somit eine handfeste Perspektive sowie Entwicklungsmöglichkeiten und stärken damit ihre Motivation und Initiative im beruflichen Alltag.

Insgesamt 564 Bewerberinnen und Bewerber haben sich auf unsere offenen Ausbildungsstellen beworben. Davon konnten 14 junge Menschen ihre Ausbildung bei der ESWE Versorgungs AG beginnen.

Im Rahmen der Digitalisierung sowie des Wandels der Arbeitswelt, wurde das Konzept des Azubi Campus ins Leben gerufen. Der Azubi Campus ermöglicht unseren Auszubildenden sowie auch den Ausbildern eine digitale Lern-, Austausch-, und Projektplattform. Die Einführung des Azubi Campus wird für das Frühjahr 2023 geplant.

Auch im Jahr 2022 haben wir wieder an der Aktionswoche „Wiesbaden engagiert“ teilgenommen. Aufgrund der großen Anzahl an Helfern und Helferinnen der ESWE Azubis wurde das Projekt „Streuobstwiese“ auf zwei Tage aufgeteilt. Bei dem Projekt wurden verschiedene Obstsorten aufgesammelt und geerntet. Am zweiten Tag haben Mitarbeiter aus dem Rohrnetzbau tatkräftig unterstützt und dank ihrer Hilfe konnten mehrere großflächige Wiesen gemäht werden. Am Ende des Tages war es ein großartiges Projekt, dass Zusammenhalt der Azubis zeigte.

Unser Ausbildungsteam hat auch in diesem Jahr wieder seine Kompetenzen bewiesen und das Ausbildungsziel klar erreicht.





Kaufmännische Auszubildende führen in Eigenverantwortung die ESWE Schreibwelt AG, eine ESWE-Juniorfirma.

ESWE Schreibwelt AG

Die ESWE Schreibwelt AG bietet unseren Auszubildenden eine Möglichkeit zum eigenständigen und selbstverantwortlichen Handeln. Sie knüpfen Kontakte mit anderen Auszubildenden sowie Mitarbeitenden im Unternehmen, korrespondieren mit Lieferanten und unterstützen mit der Bereitstellung von Büromaterialien den Geschäftsablauf der ESWE Versorgungs AG. Die Arbeit in der Schreibwelt AG fördert das Wir-Gefühl der Auszubildenden und stärkt die Team- und Organisationsfähigkeit.

Dank und Anerkennung

In Zeiten des aktuellen Wandels und der ungewohnten, aber erheblichen Herausforderungen strebt ESWE nach passenden Lösungen und Zielen.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ESWE Versorgungs AG sowie der gesamten ESWE Gruppe gilt unser besonderer Dank und unsere Anerkennung.

Auch das Jahr 2022 hat in seiner Art und Weise das berufliche Miteinander massiv beeinflusst. Die Mitarbeitenden haben zum wiederholten Male bewiesen, dass Vertrauen und Motivation, Kollegialität sowie umfangreiches Wissen der Schlüssel zum Erfolg von ESWE und einer positiven Unternehmenskultur sind. Das familiäre und freundliche Miteinander, welches wir in der Belegschaft immer wieder zu spüren und zu sehen bekommen, macht uns als zukunftsorientierter und moderner Arbeitgeber aus – denn unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind unser wichtigstes Gut und deshalb wollen wir gemeinsam mit Ihnen, Ihrem Leistungswillen und Ihrer Stärke, die Zukunft von ESWE gemeinsam gestalten.

Verstorbene

Die ESWE Versorgungs AG und die Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH trauern um ihre verstorbenen Mitarbeiter sowie um die verstorbenen Rentnerinnen und Rentner.

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

ESWE Versorgungs AG

Aktive

Bleidorn, Michael 57 Jahre 07.02.2022

Ehemalige

Ernst, Robert Günter	90 Jahre	21.02.2022	Sponsel, Heinrich	88 Jahre	08.10.2022
Lamby, Rudolf	69 Jahre	01.04.2022	Bechtold, Artur	93 Jahre	23.10.2022
Del Re, Anneliese	80 Jahre	03.04.2022	Hahn, Mathilde	91 Jahre	10.10.2022
Eberling, Hermann	86 Jahre	21.04.2022	Birke, Bernd	71 Jahre	14.11.2022
Rehwal, Kurt	87 Jahre	26.05.2022	Imhof, Volker	73 Jahre	17.11.2022
Deuter, Franz	93 Jahre	07.06.2022	Vogt, Charlotte	104 Jahre	16.12.2022
Oster, Gisela	83 Jahre	12.06.2022			
Draisbach, Norbert	61 Jahre	30.06.2022			
Meser, Karl-Heinz	89 Jahre	12.07.2022			
Scholl, Alfred	76 Jahre	20.07.2022			
Deckert, Franz	101 Jahre	05.08.2022			
Pitthan, Rainer	79 Jahre	13.08.2022			
Eckstein, Edgar	88 Jahre	14.08.2022			

Vertriebliche Aktivitäten

Marktsituation und Marketingaktivitäten

Das vergangene Geschäftsjahr hat uns vor enorme insbesondere administrative und technische Herausforderungen gestellt. Die aufgrund der stark gestiegenen Energienachfrage zum vermeintlichen Ende der Coronavirus-Pandemie ausgelöste Energiekrise hat sich im Jahr 2022 infolge des Ukrainekrieges weiter erheblich verschlechtert. Die Energiepreise haben einen historischen Höchststand erreicht. Trotz unserer langfristigen und vorausschauenden Beschaffungsstrategie waren wir gezwungen, einen Teil der höheren Kosten an die Verbraucherinnen und Verbraucher weiterzureichen. Dennoch war ESWE konsequent günstiger als ehemalige Billig-Anbieter, die ihre Kundinnen und Kunden stellenweise nicht mehr beliefern wollten oder konnten. Selbstverständlich haben wir unsere Verantwortung als Grundversorger wahrgenommen und viele der betroffenen Bürgerinnen und Bürger abgesichert. Unsere faire Preispolitik, ausgezeichnete Servicequalität und die Versorgungssicherheit, die gerade in Krisenzeiten noch mehr an Bedeutung gewinnt, hat bei vielen unseren ehemaligen Kundinnen und Kunden ein Umdenken ausgelöst und sie zur Rückkehr bewegt, so dass wir in unserem Grundversorgungsgebiet unseren Marktanteil erhöhen konnten.

Wegen der weggefallenen Gasimportmengen aus Russland und der sehr angespannten Lage auf den Gasmärkten musste ESWE, wie alle anderen Gasanbieter, die von der Bundesregierung angeordneten Maßnahmen zur Vermeidung einer Gasmangellage in kurzer Zeit umsetzen. Das dritte Entlastungspaket der Bundesregierung brachte weitere Neuerungen wie die Mehrwertsteuersenkung, die Dezembersoforthilfe und Preisbremsen mit sich, deren Umsetzung einen steigenden operativen Aufwand mit sich brachte, insbesondere die umfassende Anpassung unserer IT-Prozesse.

Die von der Bundesregierung branchenübergreifend eingeleiteten Energieeinsparmaßnahmen und Aufrufe zum Energiesparen führten vor allem im letzten Quartal zu einer deutlichen Energieverbrauchsreduzierung. Zusammen mit einer sehr warmen Witterung haben im Berichtsjahr beide Effekte für die rückläufigen Absatzmengen in allen unseren Sparten gesorgt.

Die aktuelle Energiekrise verdeutlicht noch einmal, wie wichtig eine nachhaltige Energieversorgung ist. ESWE Versorgung ist sich seiner Rolle als regionaler Gestalter der Energiewende bewusst und beschäftigt sich deswegen seit vielen Jahren neben der Optimierung des klassischen Commodity-Geschäfts auch mit dem Ausbau weiterer neuer nachhaltiger Geschäftsfelder und energienaher Dienstleistungen. Im vergangenen Jahr verzeichneten wir eine deutliche Erhöhung der Nachfrage durch unsere Kundinnen und Kunden nach Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen. Auch unsere Angebote zu Energieeffizienzlösungen und Mieterstrommodelle erfreuen sich einem wachsenden Interesse. Hier konnten wir bereits einige Projekte erfolgreich umsetzen.

Einen weiteren wichtigen Beitrag zur regionalen Energie- und Mobilitätswende leisten wir mit unserem langjährigen Engagement im Bereich der Elektromobilität. Dabei bieten wir nicht nur zahlreiche Lösungen für Privat- und Geschäftskunden an, sondern bauen auch das öffentliche Ladesäulennetz in Wiesbaden und im Umland kontinuierlich aus. Dieses umfasst mittlerweile sowohl Normal- als auch Schnellladestationen. Zudem hilft ESWE Versorgung allen E-Auto-Besitzern, jedes Jahr Geld mit ihrem Fahrzeug zu verdienen. Dies wird durch die Teilnahme am sogenannten Treibhausgas-Quoten-Mechanismus (THG-Quote) möglich. Dabei werden die eingesparten CO₂-Emissionen des E-Fahrzeugs an Unternehmen verkauft, die fossile Kraftstoffe in Verkehr bringen. Im vergangenen Jahr wurde von uns die erste „Community Ladesäule“ mit zwei Ladepunkten à 22 kW Leistung eröffnet. Mit diesem neu entwickelten Konzept bieten wir allen Wiesbadenerinnen und Wiesbadenern die Möglichkeit, die Mobilitätswende mitzugestalten. So werden alle

Bürgerinnen und Bürger direkt in die Planung eines bedarfsgerechten und effizienten Ladesäulen-Netzwerks für die hessische Landeshauptstadt und die Region einbezogen. Jeder kann vorschlagen, wo in der Region eine neue E-Tankstelle errichtet werden soll. ESWE-Experten prüfen alle potenziellen Standorte auf Flächeneignung sowie Umsetzbarkeit und geben der Kundin bzw. dem Kunden eine direkte Rückmeldung.

Energiemanagement

Die im Jahr 2021 begonnene „Erstellung einer Treibhausgasbilanz nach dem Greenhouse Gas Protocol (GHG) für die ESWE Versorgungs AG“ wurde durch das Energiemanagement fortgeführt. Diese gibt eine Auskunft über den CO₂-Fußabdruck des Unternehmens und ist Grundlage für eine Klimastrategie. Die Treibhausgasbilanz bezieht sich jeweils auf die Emissionen des Vorjahres und ist unterteilt in drei Scopes. Anfangs beinhaltete die Treibhausgasbilanz nur Scope 1 und 2 und somit die Emissionen, die durch den Energieverbrauch von ESWE entstehen. Da Scope 3 sehr umfangreich und von der Ausgestaltung her komplex ist, hat man sich bei ESWE dafür entschieden, dies gemeinsam mit einem externen Dienstleister durchzuführen. Hierzu wurden 2022 mehrere Anbieter geprüft und Angebote eingeholt. Ebenfalls 2022 wurde für dieses Projekt bei der Landeshauptstadt Wiesbaden ein Förderantrag über eine 100-Prozent-Förderung für die Erstellung von Scope 3 gestellt. Dieser wurde im Dezember 2022 bewilligt. Das Projekt befindet sich seit Anfang 2023 in der Umsetzung und berücksichtigt die komplette ESWE-Gruppe. Zukünftig wird das Energiemanagement dann auch die Scope-3 Emissionen in der Treibhausgasbilanz mitberücksichtigen können. In Scope-3 werden die vor- und nachgelagerten Emissionen betrachtet, welche durch das Handeln von ESWE entstehen.

ESWE bietet auch für Geschäftskunden Energieaudits an. Durch die Novellierung des EDL-G im Jahr 2019 wurden die Anforderungen zur Energieauditorenzulassung erhöht. Beide Mitarbeiter des ESWE Energiemanagements erfüllen die Anforderungen und sind beim BAFA als zugelassene Energieauditoren gelistet.

Zur Qualitätssteigerung des Energiemanagements wurde bereits im Jahr 2018 bei ESWE das Energiecontrollingsystem (ECS) Messdas der Firma Hochhuth erfolgreich eingeführt. Seit der Einführung wächst die Zahl der ESWE-internen Anwendungsfälle stetig. Aktuell wird das ECS von 8 Nutzergruppen zu Analyse- und Monitoring-Zwecken verwendet. Beispiele hierfür sind die Überwachung der Gasbezugsleistungsspitze der Heizwerke, Nachweisführung zur Rückerstattung der EEG-Umlage sowie die Überwachung der Effizienz der Contractinganlagen bei Kunden.

Mit dem Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur hat ESWE Versorgung die Elektromobilität in der Region vorangetrieben.



Umstellung großer städtischer Liegenschaften auf Fernwärme als nachhaltige Wärmeversorgung

In den vergangenen Jahren hat sich die ökologische Qualität der Wärme aus dem ESWE-Fernwärmeverbund durch stetig steigende Anteile an Erneuerbarer Wärme und effizienter Kraft-Wärme-Kopplung nachhaltig erhöht. Gemäß den sich abzeichnenden gesetzlichen Vorgaben wird ESWE darüber hinaus einen sogenannten Transformationsplan für das Fernwärme-Verbundnetz vorlegen, mit dem nachgewiesen wird, dass die Wärmebereitstellung spätestens 2045 CO₂-neutral erfolgen wird. Ein solcher behördlicherseits zu genehmigender Transformationsplan ist die Garantie dafür, dass ein Gebäudeeigentümer durch den Anschluss seiner Liegenschaft an die Fernwärme automatisch alle heute und zukünftig geltenden Vorgaben bezüglich der Klimaneutralität seiner Wärmeversorgung erfüllt.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat dieses Potenzial erkannt und ist seit 2019 bestrebt, wo technisch möglich städtische Liegenschaften zum geeigneten Zeitpunkt an die ESWE-Fernwärmeversorgung anzuschließen. Den Anfang machten die Oranien- und die Jahnschule in der Innenstadt, gefolgt von den prestigeträchtigen Gebäuden des Rathauses und des Standesamtes (Altes Rathaus). Weitere Schulen, das Stadtarchiv in der Homburger Straße, das Bürogebäude am Schillerplatz und die Ballsporthalle am 2. Ring folgten. Damit

wurden fossil betriebene Kesselanlagen mit einer Wärmeleistung von fast 5.500 kW durch Fernwärmeanschlüsse ersetzt und jährliche CO₂-Emissionen von mehr als 1.000 t vermieden.

Allerdings ist die Umstellung gerade von historisch gewachsenen Bestandsgebäuden auf eine nachhaltige Fernwärmeversorgung nicht trivial und erfordert teilweise erhebliche Ertüchtigungen der bestehenden Hausanlage (Verteilung und Heizkörper). Aus diesem Grund haben das Hochbauamt und ESWE ein Vorgehensmuster entwickelt, in dem die erforderlichen Leistungen komplett



unter der Regie von ESWE erbracht werden. Das umfasst die Planung von Fernwärmeanschluss und Hausstation, aber auch der Er-
tÜchtigung der Hausanlage, die Demontage der Altanlagen, die Errichtung der Hausstation und soweit nötig Verteilanlagen ebenso wie die Aufschaltung auf die stadteigene Gebäu-
deleittechnik. Zukünftig werden auch die Be-
standsaufnahme im Vorfeld, der gesetzlich geforderte hydraulische Abgleich sowie die Abwicklung der Bundesförderung für effi-
ziente Gebäude (BEG) im Aufgabenpaket von ESWE enthalten sein.

Durch die Bündelung der Aufgaben las-
sen sich Synergieeffekte erzielen, die bei ei-
ner einzelnen Bearbeitung der Teilaufgaben nicht möglich wären. Gerade in alten Be-

standsgebäuden mit ihren Eigenheiten und speziellen Anfor-
derungen ist dies von großer Bedeutung, um wirtschaftlich und
ökologisch optimale Ergebnisse zu erzielen. Beispiel hierfür ist
die oft schwierige Absenkung der Heizungs-Rücklauftempe-
ratur auf ein für die Fernwärmenutzung verträgliches Maß.
Hier kann der sachverständig durchgeführte hydraulische Ab-
gleich oft dazu führen, dass bauliche Veränderungen an der
bestehenden Hausanlage vermieden oder minimiert werden
können.

Schon jetzt sind für 2023 und 2024 eine Reihe weiterer
Schulen zur Umstellung vorgesehen, was zu einer Verdopp-
lung der bisher erzielten CO₂-Einsparungen führen wird. Wenn
die städtische Wärmeplanung so beschlossen werden sollte
wie derzeit diskutiert, sind die Stadt und ESWE mit dem be-
währten Kooperationsmodell jedenfalls bestens aufgestellt,
um auf dem Pfad zur CO₂-neutralen Wärmeversorgung weiter
voranzugehen.



2022 – Ein Jahr der besonderen Herausforderungen

Nachdem die Corona-Pandemie weitgehend überwunden schien, die pandemiebedingten Einschränkungen deutlich reduziert wurden und die Weltwirtschaft sukzessive wieder Fahrt aufgenommen hatte, war bereits Ende des Jahres 2021 an den Energiemärkten ein immenser Preisanstieg zu verzeichnen. Die Energie-Discounter, die ihre Energie weitgehend an den Spotmärkten beschaffen, konnten die gestiegenen Beschaffungspreise nicht an ihre Kunden weiterreichen, so dass einige Insolvenz anmelden mussten, andere die Vertragsbeziehungen gegenüber ihren Kunden beendeten. Um diese Kunden davor zu schützen, von einem auf den anderen Tag ohne Strom dazustehen, haben die jeweiligen Energieversorger vor Ort die Pflicht diese Kunden in die sogenannte Grundversorgung aufzunehmen.





Auch in Wiesbaden musste ESWE Versorgung daher ca. 5.000 Kunden von anderen Versorgern zunächst in die Grundversorgung übernehmen.

Im Gegensatz zu den Discountern beschaffen Stadtwerke ihre Energiebedarfe langfristig (Strukturierte Beschaffung). Dies führt dazu, dass kurzfristige Ausschläge an den Energiebörsen nicht direkt durchschlagen. Die Energie, die wir an unsere Kunden liefern, haben wir zu großen Teilen bereits vor 2 – 3 Jahren eingekauft. So wirkten die Ausschläge an den Energiebörsen nicht unmittelbar auf unser Vertriebsergebnis. Für die Kunden, die in unsere Grundversorgung übernommen werden mussten, hatten wir jedoch keine Mengen beschafft. Darüber hinaus war der Winter 2021/2022 deutlich kälter als die Vorjahreswinter, so dass wir zusätzliche Strom- und Gasmengen zu hohen Beschaffungspreisen nachkaufen mussten.

Mit dem Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine am 21. Februar 2022 verschärfte sich die Lage an den Energiemärkten abermals. Neben den dadurch hervorgerufenen Preisturbulenzen kam jetzt auch noch die große Abhängigkeit von russischem Erdgas zu Tage. Im Jahr 2021 kamen mehr als 55 % des in Deutschland benötigten Erdgases aus Russland. Die westliche Welt musste auf den Angriff politisch reagieren, und so beschloss man, erhebliche Sanktionen gegenüber dem Aggressor, um deren Wirtschaftskraft zu schwächen und nicht mit westlichen Devisen deren Kriegsmaschinerie zu finanzieren.

Damit einher gingen jedoch massive Probleme bei den großen Gasimporteuren und in deren Dunstkreis auch bei den Energieversorgern. Durch den Ausfall der russischen Gaslieferungen mussten die Importeure anderweitig Gas zu erheblich teureren Konditionen beziehen. Diese Mehrkosten drohten existenzgefährdend zu werden. Bei ESWE wurde in diversen Krisenstäben



diskutiert, was passieren würde, wenn einer unserer Vorlieferanten ausfallen würde und wir die dort kontrahierten Mengen an den Spotmärkten eindecken müssten. Eine Weitergabe dieser Preise, die ein Vielfaches der Vorkrisenpreise betragen, an unsere Kunden war nicht realistisch. Außerdem wurde auch unsere Liquidität dadurch belastet, dass die Beschaffungspreise deutlich anzogen, die von unseren Kunden zu zahlenden Abschläge jedoch noch auf dem Vorkrisenniveau ermittelt wurden.



Zwischenzeitlich hatte die Bundesregierung im März die Frühwarnstufe des „Notfallplans Gas“ ausgerufen. Am 26. Juni 2022 wurde dann die zweite Stufe aktiviert. Spätestens mit dem Sabotageangriff im Oktober auf die wichtigste Pipeline „Nordstream 1“ und deren Zerstörung war klar, dass auf absehbare Zeit kein russisches Gas mehr nach Deutschland gelangen würde. Für das russische Erdgas musste dringend Ersatz beschafft werden, um eine Gasmangellage zu vermeiden. So wurde zunächst beschlossen, die in Deutschland vorhandenen Gasspeicher bis zum 1. November 2022 zu 95 % zu füllen. Die Gasimporte vor allem aus den Niederlanden und Norwegen wurden deutlich ausgeweitet und der Bau von sogenannten LNG-Terminals massiv vorangetrieben. Der Import von Flüssiggas wurde deutlich ausgeweitet. Hier kam uns zugute, dass die LNG-Nachfrage in China aufgrund deren Null-Covid Strategie deutlich zurückging und diese Mengen teilweise nach Nordeuropa geliefert wurden.

Eine „Gasmangellage“, die dann zur dritten und letzten Stufe des Notfallplans Gas, der „Notfallstufe“ geführt hätte, konnte letztlich, auch durch die Umsetzung der durch mehrere Appelle an Bürger und Bürgerinnen realisierten Energieeinsparung und den sehr milden Winter, vermieden werden. In unserem Krisenstab „Gasmangellage“ wurden bereits frühzeitig die Notfallpläne aktualisiert und die konkrete Umsetzung gegebenenfalls notwendiger Maßnahmen vorbereitet.

Unsere Liquiditätslage entspannte sich, nachdem wir zum 1. Juli die Strompreise angepasst und zum 1. August die Gasabschläge erhöht haben. Die Erhöhung der Gasabschläge diente in erster Linie auch der Verantwortung gegenüber unseren Kundinnen und Kunden. Wenn deren monatliche Abschläge nicht angepasst worden wären, wären sie möglicherweise bei der Jahresverbrauchsabrechnung mit Nachzahlungen konfrontiert worden, die nicht mehr problemlos zu leisten gewesen wären.

Der mögliche Ausfall von Vorlieferanten wurde dadurch vermieden, dass die Bundesregierung diese unterstützt hat. Teilweise wurden sie verstaatlicht. So war sichergestellt, dass sie ihren vertraglichen Verpflichtungen gegenüber ihren Energieversorgungskunden zu den vereinbarten Konditionen nachkommen konnten. So war auch die Erfüllung unserer Beschaffungsverträge gesichert.



Die Bürger und Bürgerinnen wurden durch verschiedene Entlastungspakete der Bundesregierung finanziell entlastet. Neben dem Wegfall der EEG-Umlage, einer einmaligen Energiepreispause in Höhe von 300,00 € sowie der zeitlich befristeten Absenkung der Mehrwertsteuer für Gas- und Wärmelieferungen vom 1. Oktober 2022 bis zum 31. März 2024 von 19 % auf 7 % hat der Gesetzgeber die jeweiligen Abschlagszahlungen für den Monat Dezember für die Verbraucher übernommen und mit dem Strompreis- und dem Gas/Wärmepreisbremsengesetz die finanzielle Belastung für die Bürgerinnen und Bürger deutlich reduziert.

Belastung für die Beschäftigten

Zur Umsetzung dieser hochkomplexen Maßnahmen hat der Gesetzgeber die Energieversorgungsunternehmen verpflichtet und damit dort einen erheblichen administrativen Aufwand verursacht, der sowohl die Abrechnungssysteme als auch die Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter an die Grenzen der Belastbarkeit geführt hat. Die Anpassung der abrechnungstechnischen und buchhalterischen Prozesse fordern die Beschäftigten sowie die IT-Dienstleister immens. Für jeden Vertragspartner müssen der zu erwartende durchschnittliche Verbrauch ermittelt, Preise und Kontingente sowie Abschlagspläne individuell angepasst werden. Hinzu kommen Mehraufwendungen durch die volatilen Beschaffungspreise, die voraussichtlich häufigere Kalkulationen und Preisanpassungen notwendig werden lassen. Auch der Betreuungs- und Beratungsaufwand der derzeit sehr verunsicherten Kunden ist erheblich gestiegen und führt zu erhöhtem Personalbedarf und damit zu zusätzlichen Kosten.

Die von der Branche aufgrund der Mehrbelastung gewünschte Verschiebung der im Frühjahr 2023 anstehenden Umsetzung der regulatorischen Anforderungen, wie beispielsweise den regelmäßigen Formatwechsel, wurden durch die zuständige Bundesnetzagentur leider nicht umgesetzt.

Krisenstufen gemäß Notfallplan Gas

Frühwarnstufe

Hinweise auf Verschlechterung der Gasversorgung

Frühwarnstufe:

Es liegen konkrete, ernst zu nehmende und zuverlässige Hinweise darauf vor, dass ein Ereignis eintreten kann, welches wahrscheinlich zu einer erheblichen Verschlechterung der Gasversorgungslage sowie wahrscheinlich zur Auslösung der Alarm- oder der Notfallstufe führt, die Frühwarnstufe kann durch ein Frühwarnsystem ausgelöst werden.

Alarmstufe

Gasversorgung gestört, aber Markt kann Versorgung noch gewährleisten

Alarmstufe:

Es liegt eine Störung der Gasversorgung oder eine außergewöhnlich hohe Nachfrage nach Gas vor, die zu einer erheblichen Verschlechterung der Gasversorgungslage führt, der Markt ist aber noch in der Lage, diese Störung oder Nachfrage zu bewältigen, ohne dass nicht-marktbasierte Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Notfallstufe

Markt kann Gasnachfrage nicht mehr decken, Staat schreitet ein

Notfallstufe:

Es liegt eine außergewöhnlich hohe Nachfrage nach Gas, eine erhebliche Störung der Gasversorgung oder eine andere erhebliche Verschlechterung der Versorgungslage vor, und alle einschlägigen marktbasierten Maßnahmen wurden umgesetzt, aber die Gasversorgung reicht nicht aus, um die noch verbleibende Gasnachfrage zu decken, sodass zusätzlich nicht-marktbasierte Maßnahmen ergriffen werden müssen, um insbesondere die Gasversorgung der geschützten Kunden gemäß Artikel 6 sicherzustellen.

Quelle: Notfallplan Gas für die Bundesrepublik Deutschland (Sept. 2019)



Erneuerung des Nahwärmenetzes
in Taunusstein-Hahn für ein Wohn-
gebiet und Seniorenheim.

Weitere Informationen zu den Unternehmensbereichen

Elektrizitätsversorgung

Absatz

Die Stromabgabe an unsere Kunden hat sich im Berichtsjahr 2022 signifikant reduziert. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Stromabgabe um 7,3 % von 945,7 auf 876,8 Mio. kWh vermindert.

Auf die einzelnen Kundengruppen entfielen hierbei folgende Absatzmengen:

Die Minderung der Absatzzahlen war in nahezu allen Kundengruppen zu verzeichnen. Insbesondere die Absatzzahlen für Kunden außerhalb unseres angestammten

Versorgungsgebietes gingen mit 11,8 % überproportional zurück. Dies ist durch die weitgehende Einstellung unserer Vertriebsaktivitäten außerhalb des Versorgungsgebietes verursacht. Die Preisentwicklung auf den Spotmärkten war dafür verantwortlich, dass keine wettbewerbsfähigen Vertriebsangebote angeboten werden konnten. Der Stromabsatz im Stadtgebiet Wiesbaden lag lediglich 2,4 % unter dem Vorjahreswert.

Absatzmengen Strom

	2022		2021		Veränderung
	Mio. kWh	%	Mio. kWh	%	
Tarifkunden	302,1	34,5	317,6	33,6	-4,9
Wärmetarife	12,1	1,4	12,9	1,4	-6,3
Vertragskunden	116,8	13,3	111,1	11,7	5,1
Kunden Stadtgebiet	431,0	49,2	441,6	46,7	-2,4
Kunden außerhalb von Wiesbaden	439,9	50,2	498,9	52,8	-11,8
ESWE-Kunden	870,8	99,3	940,5	99,5	-7,4
Betriebsverbrauch	6,0	0,7	5,2	0,5	15,7
Summe	876,8	100,0	945,7	100,0	-7,3

Netzbetrieb (Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH)

Der Betrieb der Stromversorgungsnetze in Wiesbaden und Taunusstein obliegt entsprechend den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes der Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH (sw netz). Alle Tätigkeiten im Zusammenhang mit Instandhaltungs- und Investitionsmaßnahmen, der Vertrieb der Netzanschlüsse sowie die Netzaufrechnung werden dort eigenverantwortlich und konform mit den regulatorischen Anforderungen abgewickelt.

Die Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze für die dritte Regulierungsperiode Strom (2019 bis 2023) hat sw netz mit Beschluss der Bundesnetzagentur vom 15.05.2019 erhalten. Damit stehen das Niveau für die Erlösobergrenze sowie der individuelle Effizienzwert von sw netz bis Ende 2023 im Wesentlichen fest. Die finale Prüfung der Salden zum Regulierungskonto des Jahres 2021 durch die Behörde ist noch offen.

Fristgerecht zum 30.06.2022 hat sw netz einen Antrag auf Genehmigung eines Kapitalkostenaufschlages Strom gestellt. Der Beschluss zur Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze des Jahres 2023 auf Grund dieses Antrages liegt noch nicht vor.

Auf Basis der vorgenannten Sachstände wurde die Bemessung der Erlösobergrenze für das Jahr 2023 vorgenommen.

In Folge der Festlegungen der Bundesnetzagentur nach § 6b Abs. 6 i.V.m. § 29 EnWG sind für sw netz Tätigkeitsabschlüsse zu erstellen. Diese umfassen neben der Tätigkeit „Elektrizitätsverteilung“ auch die Tätigkeiten „Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors“, „Gasverteilung“ und „Andere Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors“. Der Wirtschaftsprüfer wurde mit der gesonderten Prüfung aufgrund dieser Festlegungen der BNetzA beauftragt.

Die Auswirkungen der Energiewende und insbesondere die Kopplung der Sektoren Verkehr, Wärme und Strom werden einen deutlichen Anstieg der Stromnachfrage zur Folge haben und die Stromnetzbetreiber auch in den kommenden Jahren vor ambitionierte Herausforderungen stellen. Die gesetzlichen Vorgaben, welche eine CO₂-Einsparung von



In Idstein wurde ein neues Wohngebiet mit energieeffizienter Technik versorgt.

65 % bis 2030 (im Vergleich zu 1990) und eine Klimaneutralität bis 2045 fordern, beschleunigen den Transformationspfad hin zur Dekarbonisierung und damit zu steigendem Strombedarf aus erneuerbaren Energien zusätzlich.

Diese erforderliche Dekarbonisierung ist nur durch Energieeinsparung und den Ersatz fossiler Energieträger durch erneuerbare Energien zu erreichen. Daher wird die Bedeutung von Strom aus erneuerbaren Energien sehr schnell deutlich zunehmen, da regenerative Erzeugung in aller Regel elektrische Energie liefert und für die Dekarbonisierung einer Kopplung der Sektoren Strom, Wärme und Verkehr eine wesentliche Rolle zukommt. Zudem muss eine mögliche Nichtverfügbarkeit der zunehmenden Einspeisungen aus dezentralen, jedoch volatilen Erzeugungsanlagen bei der Auslegung der Stromnetze berücksichtigt werden.

Wesentliche Treiber sind hier die Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung der Landeshauptstadt Wiesbaden und der Stadt Taunusstein sowie die Errichtung von Ladeinfrastruktur für E-Mobilität. Beide Faktoren haben erheblichen Einfluss auf die Energieentwicklungspläne für die beiden Städte, die derzeit erarbeitet werden. Auch nach konservativen Prognosen wird sich der Bedarf an elektrischer Leistung bis 2045 nahezu verdoppeln. Damit kommt es zu einer immer größeren Abhängigkeit von einer zuverlässigen und leistungsfähigen Stromversorgung, so dass die Stromnetzbetreiber massiv steigenden Anforderungen begegnen müssen.

Um diesem Mehrbedarf und den steigenden Anforderungen gerecht zu werden, ist ein rechtzeitiger und vorausschauender Ausbau der gesamten Netzinfrastruktur unabdingbar.

Damit hat die Energiewende nicht nur in den Höchstspannungsnetzen der Übertragungsnetzbetreiber den Ausbau der „Stromautobahnen“ von Nord nach Süd zur Folge, obwohl primär diese Maßnahmen in den Medien präsent sind. Sie wirkt sich vielmehr insbesondere auch in den Verteilnetzen aus und hat damit auch direkte Auswirkungen auf die Hoch-, Mittel- und Niederspannungsnetze sowie die Ortsnetzstationen von sw netz. Neben einer Stärkung der Substanz wird hier auf allen Netzebenen auch die Schaffung zusätzlicher Netzkapazitäten erforderlich.

sw netz investiert schon immer regelmäßig erhebliche Summen in die Substanzerhaltung des Netzes. Dabei werden – wie auch im Rahmen von Netzerweiterungen und Neuerschließungen – Synergieeffekte genutzt und bereits seit vielen Jahren bei allen Baumaßnahmen die Netze so strukturiert und dimensioniert, dass sie zukünftigen Anforderungen gerecht werden können. Dennoch werden mittel- bis langfristig in vielen Straßenzügen gesonderte Projekte zur Netzverstärkung erforderlich sein, zudem wird zukünftig eine deutlich wachsende Anzahl an Kabelverteilern und Ortsnetzstationen das Stadtbild beeinflussen.

Das Jahr 2022 war erneut geprägt von einem erheblichen Anstieg an Kundenmaßnahmen. Dies ist eine Folge der wirtschaftlichen Entwicklung in Wiesbaden sowie – in Zusammenhang mit der Sektorenkopplung – der zunehmenden Anzahl an Netzanschlussanfragen hinsichtlich einer Wärmeerzeugung durch Strom und der Ladeinfrastruktur für



Neue E-Ladesäulen in Idstein garantieren hohe Verfügbarkeit.

Elektromobilität. Auch der steigende elektrische Leistungsbedarf für neue Wohngebiete ist im Wesentlichen auf die zunehmende Sektorenkopplung zurückzuführen.

Um dieser Entwicklung gerecht zu werden und auch weiterhin unter den immer schwieriger einzuschätzenden Markt- und Regulierungsbedingungen das sehr hohe Qualitätsniveau unseres Versorgungsnetzes gewährleisten zu können, waren, wie bereits in den vergangenen Jahren, neben dem verstärkten zukunftsorientierten Netzausbau die wirtschaftliche und technische Optimierung ein wesentlicher Schwerpunkt der Netzentwicklung.

Unter Berücksichtigung der gesetzlichen Rahmenbedingungen lag der Fokus der Netzstrategie auf einer technisch/wirtschaftlichen Gesamtbetrachtung, welche als Ziel eine langfristige Investitions- und Instandhaltungseffizienz hat. Einer konsequenten Vereinfachung von Netzstrukturen, der Digitalisierung unserer Netze sowie einer Standardisierung der eingesetzten Technik, mit dem Ziel der Senkung von Betriebs- und Investitionskosten, kommt daher hohe Priorität zu.

Bei den im Jahr 2022 ausgeführten Investitions- und Instandsetzungsmaßnahmen sind folgende Maßnahmen im Besonderen hervorzuheben:

Durch einen veränderten Betrieb der Kraftwerke in der KMW-Gruppe und aufgrund eines wachsenden Leistungsbedarfs in der Region rund um die Landeshauptstädte Wiesbaden und Mainz, haben sich Veränderungen im Hinblick auf die zukünftig steigende Leistungsbereitstellung und die Versorgungszuverlässigkeit ergeben.

Da der Leistungsbedarf der Städte Mainz und Wiesbaden zu groß wird für ein zusammenhängendes, gemeinsames Netz, wurde gemeinsam mit der Mainzer Netze GmbH und der Syna GmbH ein abgestimmtes Netzentwicklungskonzept für die Region entwickelt, das eine Trennung der 110-kV-Netze von Mainzer Netze GmbH und sw netz vorsieht. Zur Umsetzung wurde 2021 ein Projektvertrag mit Mainzer Netze GmbH abgeschlossen, der zur Erreichung des 110-kV-Zielnetzes vier Bauprojekte definiert.

Als erstes Bauprojekt wurde 2022 eine Anpassung der Anbindung des Umspannwerks Kurfürstenstraße und des Umspannwerks Steinbruch durchgeführt. Durch die Umsetzung dieses Projekts werden die bisher parallel versorgten Umspannwerke Kurfürstenstraße der sw netz und Steinbruch der Mainzer Netze GmbH getrennt über jeweils zwei Stromkreise aus der Schaltanlage Wiesbaden Ost und aus dem Umspannwerk KW2 versorgt. Hierfür wurden an einem Hochspannungsmast Gestängeverstärkungen sowie der Bau einer Unterkonstruktion durchgeführt. Eine Nachregulage der Leiterseile im Abspannabschnitt wurde ebenfalls erforderlich.

Die weitere sukzessive Umsetzung des 110-kV-Netzkonzeptes beinhaltet unter anderem die Erweiterung des Umspannwerks Bierstadt um eine 110-kV-Schaltanlage einschließlich Gebäude und einen 110-kV-Ringschluss zwischen den Umspannwerken Bierstadt und Schierstein. Beide Maßnahmen wurden 2022 begonnen, die Inbetriebnahme der 110-kV-Schaltanlage Bierstadt ist für Sommer 2023 vorgesehen. Die Leerrohrverlegung von Bierstadt in Richtung Innenstadt musste umgeplant werden, da der ursprünglich in die Trassenführung einbezogene Standort Gartenfeldstraße nun nicht mehr für ein neues

Umspannwerk zur Verfügung steht. Durch Verzögerungen, welche der Auftragnehmer zu vertreten hat, befindet sich die Baumaßnahme im Verzug und konnte entgegen der ursprünglichen Planung nicht im Dezember 2022 abgeschlossen werden. In den aktuell laufenden Verhandlungen wird von einem Bauende der geplanten Tiefbaumaßnahme bis Juli 2023 ausgegangen. Der Kabelzug und die Montagearbeiten sollen im Herbst 2023 beginnen und bis Sommer 2024 abgeschlossen werden. Im Herbst 2023 und Frühjahr 2024 erfolgen somit mehrere Kabeltransporte sowie punktuelle Aufbrüche für Kabelzugarbeiten und die notwendige Montage der Muffen.

Mit diesen beiden Maßnahmen werden die Voraussetzungen geschaffen, um das Umspannwerk Bierstadt zu einem weiteren und damit redundanten Netzverknüpfungspunkt für die Landeshauptstadt Wiesbaden zum Netz der Syna GmbH zu erweitern. Im Rahmen der geschlossenen Verträge hat Syna GmbH 2022 das Planfeststellungsverfahren für eine Leitungsverbindung vom Netz der Syna im Bereich Raststätte Medenbach zum Umspannwerk Bierstadt gestartet.

Nachdem die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH entschieden hat, die Umstellung ihrer Busflotte auf batteriebetriebene Fahrzeuge bis auf weiteres zu stoppen, werden nun die geplanten ca. 300 Fahrzeuge, welche auf batterieelektrische Antriebe umgestellt werden sollten, vorerst durch den Zukauf von Dieselfahrzeugen kompensiert. Zudem soll der Betriebshof verlagert werden, die beantragte Leistung von 16 MW wird nicht mehr benötigt. Nach intensiven Gesprächen mit ESWE Verkehr und Vertretern der Landeshauptstadt Wiesbaden steht die für das Umspannwerk vorgesehene Fläche auf dem Gelände der ESWE Verkehrs GmbH nicht mehr zur Verfügung. Aus diesem Grund wurden auch die bereits weit vorangeschrittenen Planungen des hierfür vorgesehenen Umspannwerkes gestoppt.

Um dennoch den prognostizierten steigenden Leistungsbedarf im Innenstadtbereich zukünftig bereitstellen zu können, wurde mit der Landeshauptstadt Wiesbaden sowie der städtischen Entwicklungsgesellschaft SEG intensiv nach einer geeigneten Fläche im Bereich der Innenstadt gesucht. Das neue Umspannwerk soll nun im Zuge der Entwicklung und der Errichtung eines Parkhauses an der Berliner Straße realisiert werden. Die hierfür notwendigen technischen Untersuchungen wurden 2022 im Rahmen einer Machbarkeitsstudie begonnen, ebenso werden die Netzkonzepte zur Kabeleinbindung aktuell überarbeitet. Jedoch ist durch die gemeinsame Entwicklung gemeinsam mit dem Parkhaus mit einer baurechtlichen Genehmigung nicht vor September 2024 zu rechnen, die Inbetriebnahme des Umspannwerkes wird sich bis mindestens Herbst 2028 verzögern. Diese nochmalige Verzögerung gegenüber dem ursprünglichen Zeitplan für das entfallene Umspannwerk Gartenfeldstraße, das bereits 2024 in Betrieb genommen werden sollte, ist im Hinblick auf die Anforderungen von Energiewende und Dekarbonisierung nicht vertretbar und kann dazu führen, dass zukünftige Leistungsbedarfe gerade im Innenstadtbereich vorübergehend nicht gedeckt werden können.

Baustelle Umspannwerk
Wiesbaden-Bierstadt.



Der sukzessive Austausch von Schutzgeräten, im Wesentlichen durch gestiegene Anforderungen verursacht, wurde bereits im Jahr 2018 initiiert und auch im Jahr 2022 fortgesetzt. Er beinhaltet den sukzessiven Austausch der Schutz- und Leittechnik aller 20-kV-Leistungsschaltanlagen in Schalthäusern und Umspannwerken sowie den Austausch und die Nachrüstung von Schutzgeräten in den 110-kV-Schaltanlagen. Im Rahmen der Maßnahmen werden die betroffenen Anlagen zur Erhöhung der Netzverfügbarkeit und Reduzierung der Ausfallzeiten mit neuester digitaler Schutz- und Leittechnik ausgerüstet.

Im Bereich der Umspannwerke und 20-kV-Schaltstationen wurden im Jahr 2022 sämtliche Batterie- und Eigenbedarfsanlagen erneuert. Ziel ist es, die gesicherte Versorgungsinfrastruktur für Steuer-, Schutz- und Regelungstechnik bis Ende 2023 vollständig auszutauschen. Ergänzend wurde ein Netzersatzaggregat im Umspannwerk Bierstadt installiert.

Im Bereich der Umspannwerke Schierstein und Mainzer Straße wurden neue Zaunanlagen mit Übersteigenschutz errichtet, im Jahr 2023 folgen die Umspannwerke in Bierstadt, Dotzheim und die Schaltanlage Wiesbaden Ost.

Bautechnische Sanierungen wurden in diversen Umspannwerken ausgeführt, u. a. zu erwähnen sind hier die Dachsanierung am Umspannwerk Mainzer Straße, die Neukonzeptionierung des Nebengebäudes im Umspannwerk Schierstein, Betoninstandsetzungen in den Umspannwerken Dotzheim und Schierstein, umfangreiche Fassadeninstandhaltungen an diversen Betriebsstätten sowie energetische Gebäudesanierungen an sämtlichen Umspannwerken zur Erhöhung der Effizienz.

Um den Netzanschluss für das sich gerade im Bau befindlichen Müllheizkraftwerk (MHKW) in der Deponiestraße bereitstellen zu können, wurde im Bereich der Hochspannung in der Schaltanlage Wiesbaden Ost ein 110-kV-Reservefeld ertüchtigt. Hierbei wurden neue Schutzgeräte sowie Stromwandler verbaut. Die Einspeisung der im MHKW erzeugten elektrischen Energie kann nun erfolgen, die Herstellung der 110-kV-Kabelverbindung liegt in der Verantwortung des MHKW-Betreibers.

Für die Verbundnetzleitwarte wurde die Migration zwischen alten und neuen Netzleitsystemen erfolgreich abgeschlossen, der Netzparallelbetrieb beider Systeme ist für 9 Monate angesetzt und wird im April 2023 zum Abschluss gebracht. Im Anschluss wird die Betriebsführung über das neue Leitsystem realisiert.

Im Zuge der gesetzlichen Änderungen wurde im Jahr 2022 der Prozess zum Redispatch 2.0 vollumfänglich umgesetzt.

Die gesetzlichen Anforderungen zur Umsetzung der VDE AR-N-4142 wurden fristgerecht realisiert. Diese Regelungen legen automatische Letztmaßnahmen fest, die vorsorglich umzusetzen sind, um Systemzusammenbrüche zu verhindern.

Für das Jahr 2023 ist die vollständige Sanierung der Netzleitstelle geplant. Die Netzleitstelle wird auf Basis der Erneuerungsstrategie und zur Erhöhung der Systemsicherheit vollumfänglich renoviert sowie konzeptionell angepasst. Bereits im Dezember 2022 erfolgte im laufenden 24/7-Betrieb der Umzug der Netzführung in die provisorische Netzleitstelle im Umspannwerk Schierstein.



Die Bundesregierung hat das Ziel ausgegeben, ausgehend von derzeit rund einer Million Elektrofahrzeugen bis 2030 mindestens 15 Millionen E-Fahrzeuge auf Deutschlands Straßen zu bringen. Dies ist eine große Herausforderung für die Stromnetze. Die gleichzeitig benötigte elektrische Leistung der Ladeinfrastruktur ist dabei entscheidend für die Belastung und Auslegung der Netzinfrastuktur. Den hierbei steigenden Zulassungszahlen von elektrisch betriebenen Fahrzeugen möchte die Landeshauptstadt Wiesbaden mit einem bedarfsorientierten Aufbau von öffentlicher Ladeinfrastruktur begegnen. In Zusammenarbeit mit einem externen Beratungsunternehmen wurde der Ladeinfrastrukturbedarf im Stadtgebiet ermittelt und ein Leitfaden für den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur veröffentlicht. Ziel ist es, den Bürgerinnen und Bürgern im öffentlichen Bereich die Möglichkeit zu bieten, ihr Elektrofahrzeug laden zu können. Hierbei hat die sw netz ihre Expertise durch die Bereitstellung von Daten, die Beurteilung möglicher Standorte für Ladeinfrastruktur sowie die Beratung der Beteiligten hinsichtlich möglicher Netzanschlusszenarien eingebracht und aktiv an dem Leitfaden mitgearbeitet. Ziel des Leitfadens ist es, die Aktivitäten der Akteure im Themenfeld Elektromobilität zu bündeln und den Umstieg auf Elektromobilität in Wiesbaden sinnvoll zu gestalten. Weiterhin müssen wir uns der Herausforderung stellen, dass im halböffentlichen Bereich, wie z. B. auf Parkplätzen von Einkaufsmärkten, private Anbieter größere Ladeinfrastruktureinrichtungen errichten und somit der elektrische Leistungsbedarf zukünftig wachsen wird.

Die im Jahr 2021 begonnenen, umfangreichen Netzumstrukturierungs- und verstärkungsmaßnahmen im Bereich Igstadt/Medenbach, welche eine komplexe Abstimmung mit den zuständigen Behörden, insbesondere hinsichtlich der in diesem Gebiet geltenden Umweltschutzbelange, beinhaltete, wurden im Jahr 2022 weitgehend abgeschlossen. Der benötigte Leistungsbedarf der beiden Raststätten Medenbach-Ost und -West an der Autobahn A3 kann nun zur Verfügung gestellt werden, die Inbetriebnahme der Ladeinfrastruktur ist erfolgt. Lediglich Demontagearbeiten werden noch durchgeführt.

Die Entwicklung von Baugebieten wird weiterhin durch die Stadt Wiesbaden vorangetrieben. Die Erschließung dieser Baugebiete stellte die sw netz auch im Jahr 2022 vor umfangreiche Aufgaben. In Wiesbaden Delkenheim wurde im Jahr 2022 die Erschließung des Baugebietes Lange Seegewann durchgeführt. Hierbei wurden ca. 2.600 m Mittelspannungskabel, 3.200 m Niederspannungskabel sowie 1.000 m Smart-Grid-Rohre verlegt. Weiterhin wurden 2 Netzstationen errichtet. Die Arbeiten begannen im Mai 2022 und sind weitgehend abgeschlossen. Für das Baugebiet Waldviertel der GWW am Langendellschlag mussten 4.500 m Mittelspannungskabel und 1.500 m Niederspannungskabel verlegt werden. Weiterhin wurde dort eine neue Netzstation errichtet. Mit der Erschließung des neuen Bürostandortes Seven Gardens am Schiersteiner Berg wurde ebenfalls 2022 begonnen. Als vorbereitende Maßnahmen zur späteren Anbindung der einzelnen Bauabschnitte und Stationen zur Versorgung der Gebäude, die sich über mehrere Jahre erstrecken wird, wurden 650 m Mittelspannungskabel sowie 1.500 m Leerrohre verlegt. Die sukzessive Erschließung und Anbindung des neuen Bürostandortes können somit erfolgen.

Nahwärme-Brenner im neuen Wohngebiet Waldviertel (links) und in Taunusstein-Hahn (rechts).



Gasversorgung

Absatz

Verzeichnet der Gasabsatz im Vorjahr mit 2.220,0 Mio. kWh noch einen außergewöhnlichen Zuwachs, ging er im Berichtsjahr 2022 um 18,4 % auf 1.811,3 Mio. kWh signifikant nach unten. Die von der Bundesregierung geforderten Einsparmaßnahmen sowie der ausgesprochen milde Winter waren hierfür verantwortlich. Dadurch, sowie durch die gut gefüllten Gasspeicher konnte die befürchtete Gasmangellage vermieden werden.

Auf die Kundengruppen entfielen hierbei folgende Absatzmengen:

Der Rückgang erfolgte über alle Kundengruppen. Innerhalb unseres Versorgungsgebietes verzeichneten wir bei unseren Tarif- und Sonderkunden eine Reduzierung der Absatzmenge um 14,8 %. Bei den Kunden außerhalb unseres Versorgungsgebietes wurde, auch bedingt durch die nahezu vollständige Einstellung unserer externen Vertriebsaktivitäten, eine Minderrückgang um 25,5 % realisiert. Die Heizgradtage reduzierten sich im Jahr 2022 mit 2.954,1 gegenüber dem Vorjahr signifikant um 13,8 % (3.426,7) und waren damit so niedrig wie seit vielen Jahren nicht mehr.

Absatzmengen Gas

	2022		2021		Veränderung
	Mio. kWh	%	Mio. kWh	%	%
Tarif- und Sonderkunden	845,1	46,7	984,1	44,3	-14,1
Vertragskunden	282,0	15,6	339,0	15,3	-16,8
Kunden Stadtgebiet	1.127,1	62,2	1.323,1	59,6	-14,8
Kunden außerhalb von Wiesbaden	491,3	27,1	659,6	29,7	-25,5
ESWE-Kunden	1.618,4	89,4	1.982,6	89,3	-18,4
Betriebsverbrauch	192,9	10,6	237,5	10,7	-18,8
Summe	1.811,3	100	2.220,0	100	-18,4

Netzbetrieb

Im Jahr 2022 wurden insgesamt 1.390 m Gas-Versorgungsleitungen rehabilitiert bzw. erneuert, was einer Erneuerungsrate von ca. 0,17 % entspricht. Im Wesentlichen kamen hierbei Rohre aus Polyethylen zum Einsatz. Hierbei handelt es sich ausschließlich um Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit.

Auch im Jahr 2022 wurden in allen Konzessionsgebieten trotz der ungewissen Zukunft des Gasnetzes noch Netzerweiterungen durchgeführt. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um bereits begonnene Kundenmaßnahmen. Größere Sonderprojekte wurden im Gasnetz nicht umgesetzt.

Bei Leitungserneuerungen und -erweiterungen wurden im Gasniederdrucknetz ausschließlich Versorgungsleitungen aus Kunststoffrohren PE 100 RC verlegt. Rohre aus duktilem Gusseisen oder anderen metallischen Materialien kommen im Niederdruckbereich nicht mehr zur Anwendung.

Neueinrichtung Nahwärme im
Kärntner-Viertel in Wiesbaden.



Im Winter 2022/23 war das Gasnetz stark durch die Gaskrise geprägt (insbesondere durch die Auswirkungen des Ukraine-Krieges). Unter anderem durch Einspareffekte und einen vergleichsweise warmen Winter konnte deutschlandweit eine Gasmangellage verhindert werden. Gleichwohl wurden bei der ESWE Versorgung sämtliche Vorkehrungen getroffen, um im Ernstfall im Sinne einer gedrosselten Gasversorgung richtig reagieren zu können.

Auch im nächsten Winter wird die Gasversorgung angespannt bleiben. Die Lage muss daher kontinuierlich beobachtet und neu bewertet werden.

Im Gashochdrucknetz werden Leitungen bis DP5 ebenfalls in PE100 RC ausgeführt, ab DP5 bis DP16 wird ausschließlich kathodisch geschütztes Stahlrohr eingesetzt.

Bestand Gasversorgungsleitungen

	2022 km	2021 km	Veränderung %
Gasmittel- und -niederdrucknetz*	624	622	0,3
Gashochdrucknetz*	221	220	0,4
Summe	845	842	0,4

* exkl. Anschlussleitungen

Erwähnenswerte Gas Störungen im Jahr 2022

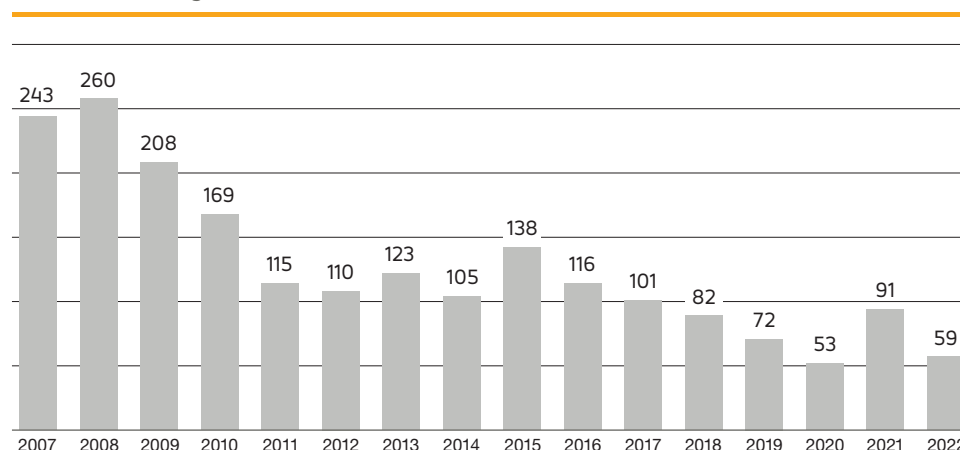
Die allgemeine Schadensentwicklung in der Gasverteilung ist hauptsächlich abhängig von den turnusmäßigen Gasnetzüberprüfungen. Das Gasnetz ist in acht Überprüfungsbezirke eingeteilt. Die teilweise stark abweichenden jährlichen Schadensbilanzen sind auch auf die unterschiedlichen Bezirksnetzlängen und die Materialzusammensetzung der Rohrleitungen zurückzuführen (der Anteil der verschiedenen Materialien an den überprüften Rohrstrecken schwankt). Auch im Jahr 2022 kam es zu keinen nennenswerten, größeren Störungen.

Die Entwicklung der Störungen im Gasnetz ist der nachfolgenden Grafik zu entnehmen:

Anfang 2023 kam es allerdings zu einer Gasverpuffung in Wiesbaden-Nordenstadt, bei der zwei Menschen verletzt wurden. Die Rettungskräfte fanden bei ihrem Eintreffen „ein Bild der Zerstörung“ vor. Der Druck der Explosion hatte Fenster und Türen aus dem Einfamilienhaus regelrecht herausgesprengt. Als Folge der Verpuffung war es zu einem Brand im Wohnzimmer gekommen, der von den eintreffenden Feuerwehrleuten schnell gelöscht werden konnte.

Ursache war offensichtlich eine defekte Gasleitung. Ein Leck in einem Abzweig der Leitung unter dem Vorgarten des Hauses führte dazu, dass sich ausströmendes Gas vermutlich unter und im Haus angesammelt hatte. Bei den beiden Verletzten handelt es sich um die Hausbewohnerin, die mit schweren Brandverletzungen zunächst in die Wiesbadener Klinik transportiert wurde und ihren Ehemann. Der erlitt glücklicherweise nur leichte Verletzungen und konnte nach einer Untersuchung in der Notaufnahme die Klinik umgehend wieder verlassen. Auch der verletzten Frau geht es zwischenzeitlich wieder gut.

Anzahl der Störungen im Gasnetz



Wasserversorgung

Betrieb

Im Jahr 2022 wurden insgesamt 11.092 m Wasser-Versorgungsleitungen rehabilitiert bzw. erneuert, was einer Erneuerungsrate von ca. 1,51 % entspricht.

Im Wesentlichen kamen hierbei Rohre aus Polyethylen zum Einsatz. Ab einer Nennweite von 200 wird auf duktile Gussrohre zurückgegriffen.

Die Altersstruktur des Wassernetzes erfordert in den nächsten Jahren zunehmende Erneuerungsinvestitionen.

Im Kontext der Digitalisierung der Versorgungsnetze wurden weitere Betriebsmessstellen realisiert, sowie die Integration der Daten in die zentrale Netzleitwarte weiter vorangetrieben.

Bestand Wasserversorgungsleitungen

	2022	2021	Veränderung %
Wasserversorgungsleitungen (km)	736	735	0,14
Anzahl Hausanschlüsse (Stück)	34.168	34.017	0,44

Erwähnenswerte Wasser-Störungen

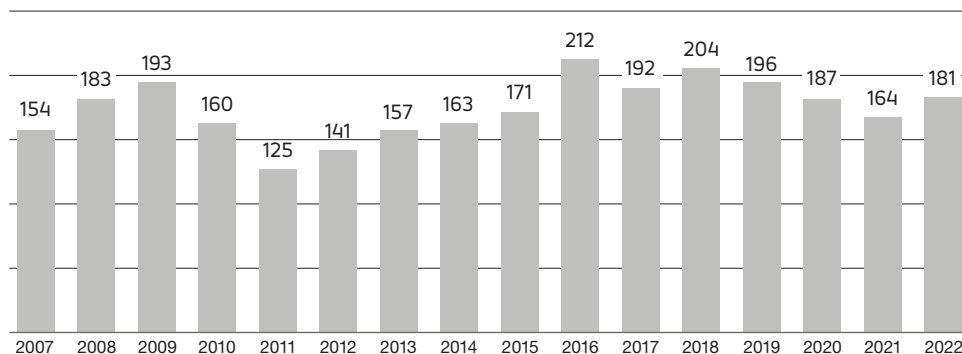
Im Jahr 2022 kam es zu einer Reihe von Störungen im Wassernetz mit zum Teil erheblichen Wasseraustritten und damit verbundenen Schäden.

Insbesondere die Wasserleitungen aus duktilem Gusseisen der ersten Generation sorgten wieder für eine Vielzahl an Störungseinsätzen. Schwerpunktmäßig waren Leitungen der Dimensionen DN150 und DN200 der Baujahre 1969 bis 1973 betroffen. Stellvertretend sollen hier die folgenden Störungen namentlich herausgestellt werden:

- Rheinstraße
- Berliner Straße
- Brunhildenstraße/Welfenstraße

Dank des engagierten Einsatzes unserer Mitarbeiter vor Ort konnten alle Erstmaßnahmen zügig eingeleitet und die Versorgung zeitnah wieder aufgenommen werden.

Anzahl der Störungen im Wassernetz





Neue zentrale Pumpstation zur Erzeugung und Verteilung für das Biomasse-Heizkraftwerk und das im Bau befindliche Müllheizkraftwerk.

Fernwärmeversorgung

Betrieb

Der in den letzten Jahren forcierte Ausbau der umweltfreundlichen Fernwärme in Wiesbaden wurde auch im Berichtsjahr 2022 konsequent fortgesetzt.

Unter anderem wurde die Fernwärmeversorgung in der Innenstadt weiter ausgebaut. Hier wurde beispielsweise die Bahnhofstraße bis zum Schillerplatz erschlossen. Zusätzlich wurde das Netz unter anderem in der Carl-von-Ossietzky-Straße erweitert.

ESWE Versorgung leistet hiermit einen weiteren Beitrag zur Entlastung des Stadtklimas von Treibhausgasen und Schadstoffemissionen. Der Fernwärmeausbau stellt einen wesentlichen Baustein des Luftreinhalteplans dar.

Unter anderem ist es dadurch gelungen, Dieselfahrverbote in Wiesbaden abzuwenden. Die zentrale Versorgung der Innenstadt mit Wärme wird vor allem über unser Biomasseheizkraftwerk (BMHKW) gedeckt.

Der CO₂- und Primärenergiefaktor des Fernwärmenetzes ermöglicht insbesondere im Gebäudebestand eine weitestgehend

CO₂-freie Wärmeversorgung bei Umstellung auf Fernwärme. Durch die Einbindung des im Bau befindlichen Müllheizkraftwerks wird dieser Faktor nochmals reduziert.

Im Rahmen des Gebäudeenergiegesetzes und der Verpflichtung zu 65 % Erneuerbarkeit in der Wärmeversorgung wird das Fernwärmenetz durch die steigende Nachfrage zukünftig noch stärker ausgebaut werden.

Bestand Fernwärme Trassenlänge

	2022 km	2021 km	Veränderung %
Fernwärmenetz ¹	119,69	116,22	2,99
Fern- und Nahwärmeinseln	3,73	3,10	20,52
Netzlänge gesamt	123,42	119,32	3,44
Netzanschlüsse Fernwärme² (Stck.)	1.736	1.717	1,10

¹ Netzverbund, inkl. Sekundärnetze ² Netzverbund, inkl. Sekundärinseln

Erwähnenswerte Fernwärme-Störungen

Im Jahr 2022 kam es lediglich zu einer Reihe von kleineren Störungen im Wärmenetz vornehmlich im Sekundärnetz Klarenthal.



Straßenbeleuchtung

Die ESWE Versorgungs AG betreibt in Wiesbaden und in Taunusstein die Straßenbeleuchtung. Die installierten Leuchten werden ausschließlich elektrisch betrieben und über Rundsteueranlagen in den Umspannwerken entsprechend den Lichtverhältnissen zentral gesteuert.

Der Effekt des Einsatzes energiesparender Leuchten ist klar zu erkennen. Trotz steigender Anzahl von Leuchten sinkt der Anschlusswert deutlich. Dies wird sich in Zukunft weiter abzeichnen.

Die bestehende engmaschige Infrastruktur des Straßenbeleuchtungsnetzes wird zunehmend interessanter für weitere Anwendungen. Der Einsatz von neuen Technologien für unterschiedlichste Smart-City-Anwendungen ist in der Testphase und könnte künftig zum Standard der Straßenbeleuchtung werden.

Neben der Energieeffizienz spielen künftig die Themen Lichtverschmutzung und Insektenverträglichkeit eine zunehmend größere Rolle. Ein wichtiger Faktor könnte hier der Einsatz von sensorgesteuerten Beleuchtungsanlagen und Leuchten mit warmweißen Farbtemperaturen sein.

Ein besonderes Projekt konnte hier bereits im Henkelpark umgesetzt werden. An zwölf Standorten wurden „warm“ leuchtende Straßenleuchten aufgestellt, welche kein störendes Streulicht erzeugen und somit nicht zur Lichtverschmutzung beitragen. Besonders ist, dass die fünf Eckpunkte bei Dunkelheit nur mit einer 40-prozentigen Intensität leuchten. Erst wenn sich Menschen nähern, steigt die Intensität auf 100 Prozent. Dies funktioniert in fünf Schaltgruppen, die durch sogenannte PIR-Sensoren (Passive Infrared Sensors) geschaltet werden. So werden nur noch 138 kWh pro Jahr bei bewegtem Licht verbraucht statt 689 kWh durch Dauerbeleuchtung.

Instandhaltung

Im Instandhaltungsbereich wurden wie auch in den vergangenen Jahren die Programme der Überspannungskontrolle, Maststandsicherheit und des periodischen Lampenwechsels weitergeführt. Wesentliches Kriterium für Instandhaltungsarbeiten ist der langfristige Substanz- und Werterhalt der Beleuchtungsanlagen, durch den zukünftige Investitions- und Instandhaltungsschritte vermieden werden können. Durch ständige Kontrollen und zeitnahe Reparaturarbeiten konnten größere Störungen der Straßenbeleuchtungsanlagen vermieden werden.

Straßenbeleuchtung Bestandsdaten

	2022	2021	Veränderung %
Taunusstein			
Elektrische Leuchten	3.277 Stck.	3.268 Stck.	0,28
Anschlusswert	96 kW	123 kW	-22,0
Wiesbaden			
Elektrische Leuchten	23.219 Stck.	23.207 Stck.	0,05
Anschlusswert	1.993 kW	2.004 kW	-0,55

Telekommunikation

Das von der WiTCOM betriebene LWL-Netz wird weiter kontinuierlich ausgebaut. Themen wie Digitalisierung, Smart City, DigiV, 5G-Ausbau verfestigen sich zunehmend als zentrale Infrastrukturthemen.

Bestand Trassenlänge

	2022 km	2021 km	Veränderung %
Telekommunikationsnetz	1.851	1.795	4,3

Netzdaten

Im Berichtsjahr 2022 wurde das Projekt Wiesan (Wiesbadener Schulen ans Netz) weitergeführt und Anfang 2023 abgeschlossen. Der Anschluss von mittlerweile 80 Wiesbadener Schulen mittels geschlossenem Datenübertragungsnetz über Glasfaser mit hohen Bandbreiten leistet einen wesentlichen Beitrag zur Digitalisierung der Schullandschaft.

Weiter wurden im Jahr 2022 folgende besondere Maßnahmen/Projekte umgesetzt:

- Glasfaser-Netzerweiterung und Optimierung Hochheim
Erweiterung und Umstrukturierung des Glasfasernetzes zur Erreichung einer besseren Belegungsdichte
- Erschließung von Mobilfunkanlagen-5G
Anbindung von Mobilfunkanlagen mittels Glasfaser für drei Mobilfunkanbieter

Unser Tochterunternehmen WiTCOM

Unsere Telekommunikationstochter, die Wiesbadener Informations- und Telekommunikationsgesellschaft mbH (WiTCOM), hat ihre Position als regionaler Anbieter von professionellen Telekommunikations- und ITK-Infrastrukturdiensten für den B2B- und Carrier-Markt ausbauen können. Durch die Verantwortung für die Planung und Vermarktung der Telekommunikationskabel- und Funknetzinfrastruktur sowie den Ausbau des Leistungs- und Produktportfolios für ITK-Anwendungen bestehen weiterhin gute Voraussetzungen für die Erschließung von Geschäftspotentialen.

Die regionale Telekommunikationsnetzinfrastruktur (Glasfaser- und Funkinfrastruktur) wird kontinuierlich ausgebaut. Auf Basis dieser Infrastruktur werden professionelle Produkte und Services für ITK-Anwendungen vermarktet. Mit dieser zukunftsorientierten Basis sind die Voraussetzungen für ein nachhaltiges und solides Wachstum gegeben. Durch die Vermarktung von eigenen Services und Leistungen an Netz- und Serviceprovider profitiert WiTCOM vom positiven Klima im ITK-Markt und einer weiterhin stabilen Entwicklung.

Qualität, Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit für Kundenservices und Netzinfrastruktur sind nach wie vor wesentliche Ziele. WiTCOM verfügt über TÜV-Zertifizierungen nach DIN ISO 27001 und EN 50600 für Rechenzentrumservices, die regelmäßig überprüft werden.

Geschäftsverlauf 2022

Der ITK-Markt gestaltet sich sehr wettbewerbsintensiv und dynamisch. Folgende Themen stehen im Fokus unserer Geschäftstätigkeit:

- Erhöhung der Umsatzmargen, Kostenreduktion für externe Leistungen
- Ausbau der Infrastruktur (LWL, Rechenzentrum, Funklösungen, Clouddienste)
- Vermarktung von Lösungen/Services auf Basis der eigenen Infrastruktur
- Investitionen in neueste Technologie- und Sicherheitsstandards
- Positionierung als Infrastrukturanbieter für die Themen Smart City, IoT und Digitalisierung
- Prozessoptimierung

Die zunehmende Digitalisierung in vielen Bereichen und die damit verbundenen Anforderungen an Übertragungsnetze bieten interessante Potentiale für Wachstum und neue Anwendungen. Die alternativen Netzbetreiber und Versorger sind wesentliche Garanten für den flächendeckenden Infrastrukturausbau. Vor diesem Hintergrund ist die eigene Geschäftsentwicklung insgesamt als günstig zu beurteilen, da der Bedarf an Übertragungsnetzen mit hohen Bandbreiten und damit verbundenen Infrastrukturlösungen weiterhin steigt.

Im Geschäftsjahr 2022 verzeichnete WiTCOM ein EBIT von 2.610 T€ (Vorjahr: 2.660 T€) sowie einen Umsatz von 15.798 T€ (Vorjahr: 15.111 T€). Die Umsatzerlöse liegen 1.220 T€ über dem im Vorjahr prognostizierten Wert von 14.578 T€, das Jahresergebnis übersteigt den prognostizierten Wert von 1.923 T€ (vor Ergebnisabführung) um 668 T€.

Die Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen aus den Verkaufserlösen für die Bereitstellung von Datendiensten, Kabelinfrastruktur, Standortanbindungen, IT-Infrastruktur sowie DataCenter-Dienstleistungen. Auch in diesem Geschäftsjahr konnte das Bestandskundengeschäft weiter ausgebaut und Neukunden gewonnen werden.

Im Rahmen der Migration unseres ERP-Systems SAP von R/3 auf S/4 HANA zum 1. Januar 2022 wurden alle Produkte und Services bewertet und zum Teil neu geordnet. Aufgrund dieser Neustrukturierung haben sich Änderungen bei den Zuordnungen zu den verschiedenen Produktbereichen ergeben, die nachfolgend dargestellt werden:

Produktbereich Standortvernetzung

Die Services im Bereich Standortvernetzungen umfassen folgende Anbindungen:

- Ethernet und Fiber Channel Link
- LWL Link
- MPLS VPN
- Cross Connect
- Cloud Link
- Smart City Link

Kundenindividuelle Anbindungskonzepte (Punkt-zu-Punkt) werden mit marktkonformen Service Level umgesetzt. Der Ausbau von leistungsfähiger Glasfaserinfrastruktur wird in der Region (Wiesbaden, Mainz, Rheingau-Taunus, Rhein-Main) kontinuierlich fortgeführt. Durch den Ausbau ergeben sich zusätzliche Vermarktungspotentiale bei Geschäftskunden und Wholesale-Anbindungen. Derzeit werden nur noch Verbindungen auf Basis der Ethernet-Technologie umgesetzt, die bestehende SDH Technikplattform wird eingestellt und bestehende Verbindungen auf Ethernet umgestellt.

Die digitale Funknetzinfrastruktur auf Basis der LoRaWAN-Technologie deckt das Versorgungsgebiet der Gesellschafterin ab und ist im Rahmen von Smart City Projekten eine wichtige Basis für neue Anwendungen und Lösungen.

Produktbereich Sprache- und IT-Services

Im diesem Produktbereich werden Services auf Basis folgender Produkte vermarktet:

- Digitalfunk
- Sonderprodukte z. B. Antiviruslizenzen, Verkauf IP-Adressen, Kundenhardware
- IT-Infrastrukturservices und Lösungen

Die Dienste für SIP-Sprachanschlüsse und ISDN wurden von einem Partner bezogen, der auch der Plattformbetreiber ist. Auf Grund des hohen personellen und fachlichen Aufwands bei der Umsetzung und beim Betrieb sowie auf Grund zu geringer Margen werden die Produkte nicht mehr vermarktet. Die bestehenden Kundenservices werden an den Plattformbetreiber übertragen.

Produktbereich Internetdienste

Der Produktbereich für Internetdienste umfasst:

- Internet Premium Lösungen
- Internet Basic Lösungen
- DDoS-Schutz
- E-Mail Security
- Managed Firewall
- Domain Services
- Internet Access

Der Bedarf an professionellen Bandbreitenlösungen ist nach wie vor steigend. Sowohl bei Geschäftskunden als auch bei Service Providern und Carriern sind stabile Anbindungen sowie kurze Bereitstellungszeiten wesentliche Qualitätsmerkmale. Zur Sicherstellung der Anforderungen und der Wettbewerbsfähigkeit wird die technische Backbone-Infrastruktur auf dem neusten Stand der Technologie und Sicherheitsstandards gehalten. Die Nachfrage nach Sicherheitskonzepten und redundanten Lösungen ist steigend.

Produktbereich DataCenter und Cloud-Dienste

Der Produktbereich beinhaltet folgende Services:

- Virtual Datacenter (VDC)
- Backup & Restore
- Sync & Share
- Simple Storage
- Serverhousing
- Notfallarbeitsplätze

Um sich auf dem wettbewerbsintensiven Markt zu behaupten und um Mehrwerte für die Kernprodukte zu generieren, stehen ITK-Paketlösungen im Focus der Vermarktung. Der Vertrieb von kundenindividuellen ITK-Services für Cloud-Dienste, Datenspeicherung und -verarbeitung sowie Virtualisierung entwickeln sich positiv und soll weiter ausgebaut werden.

Die Kapazität der Flächen für Rechenzentrumsleistungen im DataCenter¹ sind erschöpft. Die Erweiterung um einen weiteren Brandabschnitt ist für das Geschäftsjahr 2023 vorgesehen. Der Einkaufspreis von Strom für die Rechenzentren hat sich verdoppelt, die gestiegenen Kosten können verbrauchsabhängig an die Kunden weitergeben werden.

Die Services für Lösungen mit Sicherheits-/Backupkonzepten und in Verbindung mit Rechenzentrumsservices werden weiter ausgebaut.

Produktbereich Bereitstellung und Installation

Dieser Produktbereich umfasst im Wesentlichen Einmalentgelte für die Bereitstellung von Services und Inhouseverkabelungen.

Produktbereich Projekte

Dieser Bereich beinhaltet vor allem individuelle Lösungen für stadtnahe Projekte wie z. B. die Anbindungen von Lichtsignalanlagen (DIGI-V), die Anbindung von Schulen (WieSaN) oder das physikalische städtische Weitverkehrsnetz.

Im ITK-Markt besteht weiterhin eine hohe Dynamik. Es unterliegt durch finanzstarke Investoren einem starken Preis- und Wettbewerbsdruck. Sowohl im Mittelstand als auch bei größeren Unternehmen ist der Bedarf an hohen, flexiblen und professionellen Bandbreiten sowie individuellen Sicherheitslösungen und -konzepten steigend.

Investitionen

Im abgelaufenen Geschäftsjahr investierte WiTCOM insgesamt 1.281 T€ (Vorjahr: 897 T€) in immaterielle Vermögensgegenstände, aktive Netztechnik und Sachanlagen, einschließlich der aktivierten Eigenleistungen.

Um den technologischen Anforderungen und Entwicklungen gerecht zu bleiben, werden regelmäßig Investitionen in die Backbone-Infrastrukturen und in neue Technologien für leistungsfähiges Access-Equipment getätigt. Auch in die Instandhaltung, Erneuerung und Erweiterung von technischen Einrichtungen sowie in die DataCenter-Infrastrukturen ist investiert worden. Investitionen in den Ausbau von kabelgebundener Infrastruktur werden im Wesentlichen durch die Gesellschafterin ESWE Versorgungs AG getragen.

Wichtige Faktoren für die weitere erfolgreiche Entwicklung sind eine hohe Kundenzufriedenheit und Serviceorientierung sowie die Konzentration auf Kernkompetenzen im Infrastrukturbereich und die Optimierung des Produktkataloges.

Der TK-Markt gestaltet sich weiterhin sehr dynamisch, sowohl bei der Anzahl der Marktakteure, als auch bei den Preisentwicklungen. Die Konzentration der WiTCOM auf kundenindividuelle Services für Unternehmen, Carrier und Service-Provider bietet nach wie vor die größten Chancen einer weiteren positiven Entwicklung. Diese Kundenklientel erwartet neben einem hohen Servicelevel auch Flexibilität und Verbindlichkeit. Zusätzliche Potentiale und Erweiterung der Dienstleistungen ergeben sich durch die Zusammenarbeit mit leistungsfähigen, spezialisierten Partnern.

Der wirtschaftliche Erfolg von WiTCOM basiert im Wesentlichen auf der eigenen Glasfaser-Netzinfrastruktur und der fachlichen Kompetenz der Beschäftigten. Die Marktanforderungen für stabile und sichere Netzservices können nur durch den Einsatz neuester Technologien und eine gut ausgebaute Netzinfrastruktur erfüllt werden. Der Netzausbau wird kontinuierlich weitergeführt und eröffnet somit neue Chancen für die Umsetzung von Projekten. WiTCOM wird deshalb als professionelles, infrastrukturbasiertes Unternehmen an dieser Entwicklung in hohem Maße partizipieren.

Risiken ergeben sich durch neue Marktteilnehmer, die den Glasfaserausbau in Deutschland mit hohen Investitionssummen vorantreiben, sowie durch etablierte Telekommunikationsunternehmen, die ihre bestehenden Infrastrukturen modernisieren und weiter ausbauen. Durch den steigenden Wettbewerb ist mit weiteren Preisreduzierungen für Standardprodukte und stärkeren Wettbewerb zu rechnen. Im TK-Markt erwarten wir weitere Marktkonsolidierungen.

Enthusiasmus
Stolz
Glaubwürdigkeit
Förderung
Aktionen
Respekt
Beteiligung
Zusammenarbeit
Originalität
ESWE
Freude
Motivation
Überzeugung
Geradlinigkeit
Treue
Antrieb
Loyalität
Zuverlässigkeit
Vertrauenswürdigkeit
Tradition

Bericht über das Geschäftsjahr

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2022

Aktiva

	Anhang	T €	31.12.2022 T €	31.12.2021 T €
A. Anlagevermögen	(1)			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		811		1.044
II. Sachanlagen		189.120		174.058
III. Finanzanlagen		170.186		148.234
			360.117	323.336
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	(2)	8.158		7.162
II. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände (3)		17.853		48.391
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		30.611		3.616
			56.622	59.169
C. Rechnungsabgrenzungsposten			3.089	2.468
			419.828	384.973

Passiva

	Anhang	T €	31.12.2022 T €	31.12.2021 T €
A. Eigenkapital	(4)			
I. Gezeichnetes Kapital		66.013		66.013
II. Kapitalrücklage		25.426		25.426
III. Gewinnrücklage		25.131		25.131
IV. Bilanzgewinn		0		0
			116.570	116.570
B. Empfangene Ertragszuschüsse			28.900	28.577
C. Rückstellungen	(5)		90.794	95.422
D. Verbindlichkeiten	(6)		183.564	144.380
E. Rechnungsabgrenzungsposten			0	24
			419.828	384.973

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022

	Anhang	T €	2022 T €	2021 T €
1. Umsatzerlöse	(10)	475.683		426.532
2. Veränderung des Bestands an unfertigen Leistungen		860		-332
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	(11)	3.309		3.399
4. Sonstige betriebliche Erträge	(12)	5.989		2.486
5. Materialaufwand	(13)	356.302		311.386
6. Personalaufwand	(14)	52.128		50.803
7. Abschreibungen	(15)	14.545		14.180
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(16)	26.581		35.338
9. Betriebliches Ergebnis			36.285	20.378
10. Beteiligungsergebnis	(17)		17.558	24.466
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen	(18)		2.037	0
12. Zinsergebnis	(19)		-49	-767
13. Ergebnis vor Steuern			51.757	44.077
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(20)		3.214	3.034
15. Ergebnis nach Steuern			48.543	41.043
16. Sonstige Steuern	(21)		307	300
17. Unternehmensergebnis			48.235	40.743
18. Aufwendungen für Ausgleichszahlung	(22)		17.312	16.295
19. Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags abgeführter Gewinn	(23)		30.923	24.448
20. Jahresergebnis			0	0
21. Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0	0
22. Bilanzgewinn			0	0

Anhang für das Geschäftsjahr

Allgemeine Angaben

Die ESWE Versorgungs AG (ESWE Versorgung) hat ihren Sitz in Wiesbaden und ist eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Wiesbaden unter HRB 2105.

Der Jahresabschluss entspricht den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches in der derzeit gültigen Fassung und des Aktiengesetzes. Es gelten gemäß § 267 Abs. 3 HGB die Bestimmungen für große Kapitalgesellschaften.

Nach § 265 Abs. 7 Nr. 2 HGB wird in Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung auf eine weitere Untergliederung der einzelnen Posten verzichtet. Die zusammengefassten Posten werden im Anhang gesondert ausgewiesen, da hierdurch die Klarheit der Darstellung vergrößert wird. Das Gliederungsschema der Bilanz ist gem. § 265 Abs. 5 und 6 HGB um Besonderheiten in der Versorgungswirtschaft erweitert. Darüber hinaus werden die Forderungen gegen die Landeshauptstadt Wiesbaden und deren Eigenbetriebe gesondert ausgewiesen.

Der Klarheit der Darstellung wegen sind auch die alternativ in Bilanz bzw. in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang auszuweisenden Davon-Vermerke im Anhang angegeben bzw. erläutert.

Der Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung liegt das Gesamtkostenverfahren nach § 275 Abs. 2 HGB zugrunde.

Zwischen der WVV Wiesbaden Holding GmbH, die 50,62 % der Anteile an der Gesellschaft hält, und der ESWE Versorgung wurde mit notariellem Vertrag vom 17. Dezember 2010 ein Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen, der am 21. Dezember 2010 in das Handelsregister Wiesbaden eingetragen wurde. In dem Vertrag wurde vereinbart, dass an den Gesellschafter Thüga Aktiengesellschaft, der 49,38 % der Anteile hält, eine Ausgleichszahlung zu leisten ist.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind gegenüber dem Vorjahr weitgehend unverändert.

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten erfasst und werden linear nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Im Falle einer dauerhaften Wertminderung erfolgt eine außerplanmäßige Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten und – soweit abnutzbar – abzüglich planmäßiger Abschreibungen bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Die Herstellungskosten umfassen neben den Einzelkosten auch Material- und Fertigungsgemeinkosten. Die Gemeinkosten werden auf Basis der bei normaler Beschäftigung und unter wirtschaftlichen Bedingungen anfallenden Kosten ermittelt. Zinsen auf Fremdkapital und Verwaltungskosten werden nicht in die Herstellungskosten einbezogen.

Den planmäßigen Abschreibungen liegen die in den steuerlichen Abschreibungstabellen vorgegebenen Nutzungsdauern zu Grunde soweit die dort genannten Nutzungsdauern innerhalb der handelsrechtlich zulässigen Bandbreiten liegen.

Neben der linearen findet auch die degressive Abschreibungsmethode Anwendung. Ab dem 1. Januar 2010 werden alle abnutzbaren Anlagengänge nach der linearen Abschreibungsmethode abgeschrieben. Für Sachanlagen, die bereits zu Beginn des Geschäftsjahres 2010 vorhanden waren und degressiv abgeschrieben wurden, wurde die degressive Abschreibung fortgeführt. Die Abschreibungen sind bei den Altbeständen entsprechend den voraussichtlichen Nutzungsdauern und soweit steuerlich zulässig nach der degressiven Metho-

de mit steuerlich zulässigen Sätzen unter Berücksichtigung des Beibehaltungswahrechts gemäß Artikel 67 Abs. 4 EGHGB in Höhe von 1.479 T€ vorgenommen worden.

Nutzungsdauern

	Nutzungsdauer in Jahren
Immaterielle Vermögensgegenstände	
Entgeltlich erworbene Software	3–5
Grunddienstbarkeiten für Leitungswege	20–40
Sachanlagen	
Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3–50
Anlagen der Stromverteilung	20–33
Anlagen der Gasverteilung	20–40
Anlagen der Wasserverteilung	40
Anlagen der Fernmeldedienste	18–25
Anlagen der Nah- und Fernwärme	15–20
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3–15

Abnutzbare Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 800 € werden im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben.

Die geleisteten Anzahlungen werden zum Nennbetrag angesetzt.

Bei den Finanzanlagen sind die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen zu Anschaffungskosten bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Verzinssliche Ausleihungen sind zum Nennwert, unverzinssliche zum Barwert angesetzt. Hierbei wurde ein Zinssatz von 5,5 % p.a. zugrunde gelegt.

Die in den Vorräten ausgewiesenen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden zu durchschnittlichen fortgeschriebenen Einstandspreisen unter Beachtung des Niederstwertprinzips nach dem Grundsatz der Einzelbewertung angesetzt. Bestandsrisiken aufgrund verminderter Verwertbarkeit oder langer Lagerdauer wird durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen. Die unfertigen Leistungen werden in Höhe der Herstellungskosten (s. o.) bilanziert.

Bei den grundsätzlich zum Nennwert bilanzierten Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen wurden alle erkennbaren Risiken durch Bewertungsabschläge berücksichtigt. Darüber hinaus gehende Ausfallrisiken werden bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen durch eine Pauschalwertberichtigung von unverändert 3 % des Nettoforderungsbestands berücksichtigt. Innerhalb der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und gegen verbundene Unternehmen sind sorgfältig ermittelte Schätzbeträge für die erst bei der Durchführung der Jahresabrechnung abrechnungsfähigen Verbrauchswerte erfasst. Erhaltene Abschlagszahlungen von Kunden sind damit verrechnet. Der Verbrauch von Vertriebspartnern, Großkunden und – soweit vertraglich vereinbart – von Geschäftskunden wird monatlich nach durchgeführter Zählerablesung abgerechnet, während der Verbrauch für die übrigen Geschäftskunden sowie für die Tarifikunden lediglich einmal jährlich (rollierende Jahresverbrauchsablesung) ermittelt und anschließend unter Anrechnung der unterjährig vereinnahmten Abschlagszahlungen abgerechnet wird. Aufgrund der rollierenden Ablesung liegen für diesen Teil der Kunden keine aktuellen Ablesedaten zum Bilanzstichtag vor. Dies führt zu der Notwendigkeit der Durchführung einer Jahresverbrauchsabgrenzung zum Bilanzstichtag auf der Grundlage der aktuellen Tarife und eines angenommenen Verbrauchsverhaltens. Die derart ermittelten Verbrauchsabgrenzungen betragen am Abschlussstichtag 176,9 Mio. € (Vorjahr 145,4 Mio. €). Von den so ermittelten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden die erhaltenen Abschlagszahlungen (216,2 Mio. €; Vorjahr 138,2 Mio. €) aktivisch abgesetzt.

Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden bei Bestehen einer Aufrechnungslage im Sinne des § 387 BGB miteinander saldiert.

Die Guthaben bei Kreditinstituten und das Eigenkapital werden zum Nennwert bewertet.

Die unter den empfangenen Ertragszuschüssen ausgewiesenen Baukostenzuschüsse, die bis zum 31. Dezember 2002 vereinnahmt wurden, werden mit 5 % des Ursprungswertes aufgelöst. Die Baukostenzuschüsse, die in der Zeit vom 1. Januar 2003 bis 31. Dezember 2009 vereinnahmt wurden, wurden von den ursprünglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten aktivisch abgesetzt. Die seit dem Geschäftsjahr 2010 vereinnahmten Baukostenzuschüsse werden wieder als Passivposten gezeigt und über den Zeitraum ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer aufgelöst.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren ungewissen Verbindlichkeiten sowie sonstige Risiken. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages bemessen.

Bei der Rückstellungsbewertung werden zukünftige Preis- und Kostensteigerungen mit einbezogen. Ferner werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr grundsätzlich mit einem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Geschäftsjahre, der von der Deutschen Bundesbank veröffentlicht wird, abgezinst.

Rückstellungen für Pensionen wurden gemäß § 249 Abs. 1 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 HGB ermittelt und beruhen auf versicherungsmathematischen Werten, die unter Anwendung der Projected Unit Credit Method (PUCM) auf Basis der Richttafeln 2018G von Prof. Dr. Klaus Heubeck ermittelt wurden. Es wird eine pauschale Rentensteigerung von 2,00 % p.a. (Vorjahr 1,70 % p.a.) sowie eine Einkommenssteigerung von 2,20 % p.a. (Vorjahr 2,00 % p.a.) unterstellt. Zum 31. Dezember 2022 ergab sich unter Berücksichtigung eines Rechnungs-

zinses im Durchschnitt der letzten 10 Jahre ein Erfüllungsbetrag von 9.156 T€. Der zu ermittelnde Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB unter Berücksichtigung eines Rechnungszinses im Durchschnitt der letzten 7 Jahre beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 285 T€. Der laufende Zinsaufwand sowie der Effekt aus der Änderung des Zinssatzes (1,78 % p.a.; Vorjahr 1,87 % p.a.) sind im Zinsergebnis des laufenden Jahres ausgewiesen. Es wird eine pauschale Restlaufzeit der Verpflichtungen von 15 Jahren angenommen.

Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbaren langfristig fälligen Verpflichtungen dienen, sind gem. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit diesen Schulden zu verrechnen. Das Saldierungsgebot gilt auch für korrespondierende Aufwendungen und Erträge aus der Auf- bzw. Abzinsung der Schulden und aus der Bewertung dieser Vermögensgegenstände. Die zur Saldierung herangezogenen Vermögensgegenstände werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB vollständig zum beizulegenden Zeitwert auf der Basis von Marktwerten am Bilanzstichtag bewertet. Für die mit den Vermögensgegenständen verbundenen Verpflichtungen ist § 253 Abs. 1 Satz 3 HGB einschlägig.

Die Gesellschaft hat langfristig fällige Verpflichtungen aus Wertguthaben für Langzeitkonten. Diese werden gem. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den durch den beauftragten Treuhänder verwalteten Kapitalanlagen verrechnet. Aufgrund der stets korrespondierenden Wertentwicklung von Rückstellungen und Deckungsansprüchen sind keine abführungsgesperrten Erträge entstanden.

Für die Arbeitnehmer der ESWE Versorgung besteht aufgrund der arbeitsvertraglichen Regelungen zudem eine mittelbare Pensionsverpflichtung im Zusammenhang mit dem Sanierungs-

beitrag zur Zusatzversorgungskasse für die Gemeinden und Gemeindeverbände Wiesbaden, die nach Art. 28 Abs. 1 EGHGB zu einem Passivierungswahlrecht führt. Im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 wurde, wie in Vorjahren, von einer Passivierung wegen der Probleme bei der Ermittlung des Rückstellungsbetrages abgesehen. Wesentliche Einflussfaktoren für die Verpflichtungshöhe sind der seit dem 1. Januar 2021 geltende Umlagensatz zum Sanierungsgeld von 1,40 % p.a. und die Zusatzumlage von 9,00 % p.a. für die Bemessungsgrundlage der Umlage in Höhe von 37.226 T€, die im Geschäftsjahr 2022 zu einer Sanierungsgeldzahlung in Höhe von 521 T€ geführt hat.

Die Altersteilzeitrückstellungen wurden gemäß § 249 Abs. 1 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 HGB ermittelt. Unter Verwendung eines Abzinsungssatzes gemäß RückAbzinsV und einer zugrunde gelegten Einkommenssteigerung von 2,20 % p.a. (Vorjahr: 2,00 % p.a.) ergab sich zum Bilanzstichtag ein Erfüllungsbetrag von 2.028 T€. Der laufende Zinsaufwand sowie der Effekt aus der Aufzinsung (Zinssatz 0,43 % p.a.; Vorjahr 0,30 % p.a.) sind im Zinsergebnis des laufenden Jahres ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag bewertet.

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten sind Ausgaben bzw. Einnahmen erfasst, die Aufwand bzw. Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen.

Erläuterungen zur Bilanz

(1) Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist dem als Anlage zum Anhang beige-fügten Anlagenspiegel zu entnehmen.

Anschaffungs- und Herstellungskosten

	Vortrag zum 01.01.2022 T€	Zugänge Kapital- zuschüsse (K) T€	Umbuchungen T€	Abgänge T€	Stand am 31.12.2022 T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene Lizenzen	10.035	37	0	0	10.072
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	63.391	48	0	26	63.413
2. Verteilungsanlagen	529.536	20.410 25 (K)	2.300	2.891	548.330
3. Technische Anlagen und Maschinen	28.697	498 68 (K)	0	231	28.896
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	22.873	1.182 0 (K)	0	397	23.658
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.594	7.496	-2.300	121	9.669
	648.091	29.634 93 (K)	0	3.666	673.966
Summe immaterielle Vermögens- gegenstände und Sachanlagen	658.126	29.671 93 (K)	0	3.666	684.038
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	51.215	0	0	0	51.215
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	17	0	0	5	12
3. Beteiligungen	85.159	7.440	0	0	92.599
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	12.321	16.555	0	0	28.876
5. Sonstige Ausleihungen und Genossenschaftsanteile	1.024	8	0	9	1.023
	149.736	24.003	0	14	173.725
Summe Anlagevermögen	807.862	53.674 93 (K)	0	3.680	857.763

Kumulierte Abschreibungen

Vortrag zum 01.01.2022	Abschreibungen des Geschäfts- jahres	Abgänge Aufzinsung (A)	Stand am 31.12.2022
T€	T€	T€	T€
8.991	270	0	9.261

Buchwerte

31.12.2022	31.12.2021
T€	T€
811	1.044

49.758	1.625	26	51.357	12.056	13.633
387.044	9.993	2.860	394.177	154.153	141.492
18.293	1.425	231	19.487	9.409	10.404
18.938	1.232	345	19.825	3.833	3.935
0	0	0	0	9.669	4.594
474.033	14.275	3.462	484.846	189.120	174.058
483.024	14.545	3.462	494.107	189.931	175.102

1.500	0	0	1.500	49.715	39.715
0	0	0	0	12	17
0	0	0	0	92.599	85.159
0	2.037	0	2.037	26.839	12.321
2	0	0(A)	2	1.021	1.022
1.502	2.037	0	3.539	170.186	148.234
484.526	16.582	3.462	497.646	360.117	323.336
		0 (A)			

Angaben zum Anteilsbesitz nach § 285 Nr. 11 HGB

Name und Sitz der Gesellschaft	Kapital- Anteil %	Eigenkapital 31.12.2022 T€	Jahres- ergebnis 2022 T€
1) Anteile an verbundenen Unternehmen			
ESWE Windpark GmbH, Wiesbaden	100,0	15	-4
ESWE Windpark Uettingen GmbH & Co. KG, Wiesbaden	100,0	3.930	698
Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH, Wiesbaden ¹	100,0	46.631	0
ESWE BioEnergie GmbH, Wiesbaden	90,0	13.779	4.902
ESWE Taunuswind GmbH, Wiesbaden ²	100,0	79	0
Wiesbadener Informations- und Telekommunikationsgesellschaft mbH, Wiesbaden	100,0	5.710	0
2) Beteiligungen			
Kraftwerke Mainz-Wiesbaden Aktiengesellschaft, Mainz	50,0	358.097	82.383
Windkraft Kahlenberg GmbH & Co.KG, Wiesbaden ³	50,0	2.583	773
Windpark Bad Camberg GmbH & Co. KG, Mainz ³	33,33	3.499	839
THEE ESWE Windparkbeteiligungs GmbH & Co. KG, Hamburg	33,33	10.224	-516
THEE ESWE Windparkbeteiligungs Verwaltungs GmbH, Hamburg	33,33	60	7
MHKW Wiesbaden GmbH, Wiesbaden	24,5	38.539	-6.002

¹ Mit dieser Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag (EAV)

² Nach freiwilliger Ergebnisübernahme durch die Gesellschafterin (kein EAV)

³ Angaben zum Vorjahresabschluss, aktuelle Angaben liegen noch nicht vor
Die ESWE Versorgung ist bei keiner Gesellschaft persönlich haftende Gesellschafterin

(2) Vorräte

Bei dem Ausweis handelt es sich um Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 6.633 T€ (Vorjahr 6.878 T€) sowie unfertige Leistungen in Höhe von 1.144 T€ (Vorjahr 283 T€). Die zu durchschnittlichen fortgeschriebenen Einstandspreisen von 381 T€ bewerteten Emissionszertifikate haben zum Stichtag einen Marktwert von 1.613 T€.

(3) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2022 T€	31.12.2021 T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	219.970	166.895
./. Abschlagszahlungen	216.158	138.151
	3.812	28.744
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	6.763	11.518
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.656	3.658
Forderungen gegen die Landeshauptstadt Wiesbaden und deren Eigenbetriebe	0	1.969
Sonstige Vermögensgegenstände	3.622	2.502
	17.853	48.391

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2022 T€	31.12.2021 T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	8.390	8.361
Forderungen aus kurzfristigen Ausleihungen	300	4.650
Forderungen aus Ergebnisübernahme	668	2.698
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-115	1.089
Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen	-2.374	2.825
Verbindlichkeiten aus Verlustausgleich	-106	277
	6.763	11.518

Die Forderungen gegen die Landeshauptstadt Wiesbaden und deren Eigenbetriebe, die ausschließlich aus kurzfristigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestehen und im Wesentlichen Forderungen aus der Verpachtung des Wassernetzes, der Lieferung von Wasser sowie aus der Erbringung von Dienstleistungen an die Wasserversorgungsbetriebe

der Landeshauptstadt Wiesbaden (WLW) beinhalten, wurden bis zum Geschäftsjahr 2021 als gesonderter Posten ausgewiesen. Im Rahmen der Umstellung des ERP-Systems auf SAP S/4 HANA wird ab dem Geschäftsjahr 2022 auf einen gesonderten Ausweis verzichtet und die Forderungen unter dem Posten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen.

Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen im Wesentlichen Zinsforderungen in Höhe von 3.575 T€ (Vorjahr 3.580 T€). Darüber hinaus sind unverändert Liefer- und Leistungsforderungen enthalten.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten Forderungen aus noch nicht abzugsfähiger Vorsteuer in Höhe von 1.259 T€ (Vorjahr 859 T€), die rechtlich erst nach dem Abschlussstichtag entstanden sind.

Sämtliche Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

(4) Eigenkapital

Das Grundkapital wird zum 31. Dezember 2022 unverändert von der WVV Wiesbaden Holding GmbH (50,62 % $\triangleq$ 33.412.556,00 €) sowie von der Thüga Aktiengesellschaft, München (49,38 % $\triangleq$ 32.600.000,00 €) gehalten. Das Grundkapital ist wie folgt in 20 Namensaktien mit unterschiedlichen Nennbeträgen aufgeteilt.

	€	€
7 Namensaktien zu	2.050.000	14.350.000
2 Namensaktien zu	1.700.000	3.400.000
1 Namensaktie zu	2.900.000	2.900.000
2 Namensaktien zu	4.100.000	8.200.000
1 Namensaktie zu	9.250.000	9.250.000
1 Namensaktie zu	5.200.000	5.200.000
1 Namensaktie zu	6.200.000	6.200.000
1 Namensaktie zu	2.600.000	2.600.000
1 Namensaktie zu	5.200.000	5.200.000
1 Namensaktie zu	7.700.000	7.700.000
1 Namensaktie zu	500.000	500.000
1 Namensaktie zu	512.556	512.556
		66.012.556

Die Gewinnrücklagen setzen sich unverändert wie folgt zusammen:

	31.12.2022 T€
Gesetzliche Rücklage	6.601
Andere Gewinnrücklagen	18.530
	25.131

Innerhalb der anderen Gewinnrücklagen wird der aufgrund des Konsortialvertrages vom 5. Februar 2001 gebildete „Fonds für Innovationen, Klima- und Wasserschutz“ in Höhe von 5.917 T€ ausgewiesen. Aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags erfolgen seit dem Geschäftsjahr 2010 keine planmäßigen Einstellungen in den bzw. Entnahmen aus dem Fonds.

Die Gesellschafter haben ihre Beteiligungsverhältnisse gemäß § 20 AktG der Gesellschaft mitgeteilt.

Die Mitteilung der ehemaligen Wiesbadener Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH (heute WVV Wiesbaden Holding GmbH) vom 21. Mai 2001 wur-

de von der Gesellschaft im Bundesanzeiger Nr. 109 vom 16. Juni 2001 mit folgendem Wortlaut bekannt gemacht:

„Die Wiesbadener Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH, deren Anteile zu 100 % die Landeshauptstadt Wiesbaden hält, hat uns mitgeteilt, dass sie am 21. Mai 2001 mehr als den vierten Teil der Aktien an der ESWE Versorgungs AG, nämlich 50,62 % aller Aktien, im Eigentum hat.“

Die Mitteilung der Thüga Aktiengesellschaft vom 9. Dezember 2009 wurde von der Gesellschaft im elektronischen Bundesanzeiger vom 17. Dezember 2009 mit folgendem Wortlaut bekannt gemacht:

„Die Thüga Holding GmbH & Co. KGaA zu München, vertreten durch die Thüga Management GmbH, ebenda, hat uns gemäß § 20 Abs. 1 AktG mitgeteilt, dass ihr mehr als der vierte Teil der Aktien an unserem Unternehmen gehören.“

(5) Rückstellungen

	31.12.2022 T€	31.12.2021 T€
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	9.230	9.041
Steuerrückstellungen	1.698	1.500
Sonstige Rückstellungen	79.866	84.881
	90.794	95.422

Die sonstigen Rückstellungen betreffen vorwiegend den Personalbereich (10.533 T€), ausstehende Rechnungen für Netzentgelte (9.050 T€), Wechselboni und Abrechnungsverpflichtungen (2.139 T€), Waldschäden (2.777 T€), drohende Verluste aus schwebenden Geschäften (15.131 T€), energiewirtschaftliche Risiken (2.000 T€), Regulierungskonto Gas (2.611 T€) sowie Rückzahlungsverpflichtungen aus dem laufenden Wasserkartellverfahren (23.100 T€).

(6) Verbindlichkeiten

	Gesamtbetrag		davon mit einer Restlaufzeit					
	31.12.2022 T€	Vorjahr T€	bis zu 1 Jahr T€	Vorjahr T€	über 1 Jahr T€	Vorjahr T€	über 5 Jahre T€	Vorjahr T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	98.659	79.000	9.162	9.627	89.497	69.373	55.084	41.866
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	42.633	25.196	42.633	25.196	0	0	0	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	14.709	10.250	14.709	10.250	0	0	0	0
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	22.424	18.608	22.424	18.608	0	0	0	0
davon gegenüber Gesellschafter	17.312	16.295	17.312	16.295	0	0	0	0
davon aus Lieferungen und Leistungen	5.113	2.313	5.113	2.313	0	0	0	0
6. Sonstige Verbindlichkeiten	5.139	11.326	5.139	11.326	0	0	0	0
davon aus Steuern	2.541	6.726	2.541	4.627	0	0	0	0
	183.564	144.380	94.067	75.007	89.497	69.373	55.084	41.866

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 28.631 T€ durch modifizierte Ausfallbürgschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden abgesichert. An die Landeshauptstadt Wiesbaden waren hierfür im Jahr 2022 Avalgebühren in Höhe von 143 T€ zu leisten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2022 T€	31.12.2021 T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.446	1.293
davon gegen die Gesellschafterin	17	57
Forderungen aus anrechenbaren Steuern	11.614	10.825
davon gegen die Gesellschafterin	11.614	10.825
Forderungen aus kurzfristigen Ausleihungen	0	3.500
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-8.687	-6.201
Verbindlichkeiten aus kurzfristigen Ausleihungen	0	-10.000
davon gegen die Gesellschafterin	0	-10.000
Verbindlichkeiten aus Ergebnisabführung und Steuerumlage sowie Verlustausgleich	-20.082	-9.667
davon gegen die Gesellschafterin	-15.923	-9.667
	14.709	10.250

(7) Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse

Neben den betriebsüblichen Verpflichtungen aus dem Energiebezug beläuft sich das Bestellobligo zum 31. Dezember 2022 auf 9.322 T€. Aus Miet- und Leasingverträgen bestehen mehrjährige Verpflichtungen in Höhe von 7.571 T€, von denen 1.514 T€ innerhalb eines Jahres fällig sind.

Mit der Syneco Trading GmbH, München, wurde am 16. November 2008 ein Vertrag über die Nutzung eines Gasspeichers getroffen. Grundlage der Vereinbarung ist ein zwischen der Syneco Trading GmbH und Gaz de France Erdgasspeicher Deutschland GmbH, Berlin, geschlossener Vertrag über die Bereitstellung von Speicherteilung aus dem Gaskavernenspeicher Peckensen (Speichervertrag). Die Syneco Trading GmbH stellt der Gesellschaft hierbei einen Speicheranteil von 7,2 % zur Verfügung. Der ESWE Versorgung entstehen aus dem Vertrag Verpflichtungen aus der Zahlung von anteiligen Speichermieten. Die Laufzeit des Vertrages mit der Syneco Trading GmbH ist hierbei an die Laufzeit des Speichervertrages gekoppelt. Aufgrund einer vertraglichen Anpassung im Jahr 2017 endet der Speichervertrag am 1. April 2031. Die Verpflichtungen belaufen sich insgesamt auf 5.606 T€, von denen 508 T€ innerhalb eines Jahres fällig sind.

Im Rahmen der Finanzierung des im Jahr 2013 von der ESWE BioEnergie GmbH errichteten Biomasseheizkraftwerks hat die ESWE Versorgung zur Sicherung der dort aufgenommenen langfristigen Darlehen in Höhe von insgesamt 50 Mio. € Patronatserklärungen und Bürgschaften abgegeben. Es wird davon ausgegangen, dass die ESWE BioEnergie GmbH ihre Verpflichtungen

erfüllen wird. Die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme bzgl. der aufgeführten Haftungsverhältnisse wird bonitätsbedingt als gering angesehen.

Zudem hat sich die ESWE Versorgung verpflichtet, einen möglichen Jahresfehlbetrag für das Geschäftsjahr 2023 der ESWE Taunuswind GmbH zu übernehmen.

(8) Finanzinstrumente

Zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos von langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten hat die Gesellschaft Zins-Swap-Geschäfte abgeschlossen. Hierbei handelt es sich um Micro-Hedge-Beziehungen, da das aus einem Darlehen resultierende Zinsänderungsrisiko durch ein einziges Sicherungsinstrument (Swap) abgesichert wird. Insgesamt bestehen Swap-Geschäfte mit einem Nominalwert von 3,0 Mio. €. Aufgrund der allgemeinen Zinsentwicklung haben diese am Bilanzstichtag in Summe einen negativen Marktwert in Höhe von 563 T€. Die Zins-Swap-Geschäfte werden jeweils in Zusammenhang mit der Aufnahme bzw. Prolongation konkreter Darlehen abgeschlossen. Die Marktwerte werden anhand der sich aus den Vereinbarungen in Zukunft ergebenden Zahlungsströme unter Zugrundelegung der erwarteten Zinsentwicklung ermittelt.

Aufgrund der Bildung von Bewertungseinheiten kann von der Bildung einer Drohverlustrückstellung abgesehen werden. Zur Feststellung der Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird die „Critical Terms Match-Methode“ verwendet. Die Bilanzierung sämtlicher Bewertungseinheiten erfolgt nach der „Einfrierungsmethode“.

Entsprechend den Grundsätzen des IDW RS ÖFA 3 fasst die Gesellschaft schwabende Energiebeschaffungs- und Energieabsatzverträge abweichend vom Einzelbewertungsgrundsatz gemäß § 252 Abs. 1 Nr. 3 HGB für Zwecke der bilanziellen Bewertung zu branchenüb-

lichen Vertragsportfolien zusammen. Im Berichtsjahr bestanden keine offenen Positionen. Die mittels Termingeschäften beschafften Energiebezüge von Strom und Gas werden mit den in der Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit anfallenden Absatzgeschäften in eine Einheit gebracht. Die Beschaffungs- und Absatzgeschäfte weisen in sachlicher und zeitlicher Hinsicht gleichartige Risiken auf, sodass eine Sicherungswirkung erzielt werden kann und werden intern im Rahmen eines Vertragsportfolios auf Nettobasis gesteuert. Ein wesentlicher Bestandteil der internen Steuerung ist das Risikomanagement, einschließlich einer Deckungsbeitragsrechnung, die für die Vertragsportfolien in den Beschaffungszeiträumen positive Deckungsbeiträge aufweist. Die Deckungsbeitragsrechnung beinhaltet eine zukunfts- (Planung) und vergangenheitsorientierte Betrachtung (Backtesting). Aufgrund der positiven Deckungsbeiträge ist die Bildung von Drohverlustrückstellungen nicht notwendig.

(9) Latente Steuern

Die Gesellschaft ist Organgesellschaft einer ertragsteuerlichen Organschaft. Die latenten Steuern der Organschaft werden bei dem Organträger ausgewiesen. Somit unterbleibt die Angabe nach § 285 Nr. 29 HGB. Insgesamt würde sich ein Aktivüberhang an latenten Steuern ergeben, der aufgrund des bestehenden handelsrechtlichen Wahlrechts nicht aktiviert werden muss.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(10) Umsatzerlöse

Aufteilung nach Bereichen	2022		2021	
	T€	%	T€	%
Stromversorgung	207.826	43,7	215.722	50,6
Gasversorgung	156.251	32,8	108.195	25,4
Wärmeversorgung	35.260	7,4	30.495	7,1
Tankstelle	2.769	0,6	2.422	0,6
Betriebsführung Wasserversorgung	24.698	5,2	23.863	5,6
Wasserverkauf an WLW	15.355	3,2	12.672	3,0
Konzerninterne Dienstleistungen	21.160	4,4	22.855	5,3
Auflösung empfangene Ertragszuschüsse	2.154	0,5	2.103	0,5
Übrige Umsatzerlöse	10.210	2,2	8.205	1,9
Umsätze lt. GuV	475.683	100,0	426.532	100,0

Die Umsatzerlöse der Stromversorgung sind um die Stromsteuer in Höhe von 17.265 T€ (Vorjahr 18.841 T€) und die Umsatzerlöse der Gasversorgung um die Erdgassteuer in Höhe von 8.883 T€ (Vorjahr 10.878 T€) gekürzt.

Die ausschließlich im Inland erzielten Umsatzerlöse enthalten in Höhe von 1.774 T€ (Vorjahr 7.887 T€) Erlöskorrekturen für Vorjahre.

(11) Andere aktivierte Eigenleistungen

Sie umfassen den Personalaufwand und die Gemeinkosten für die Herstellung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens.

(12) Sonstige betriebliche Erträge

Periodenfremde Erträge	2022	2021
	T€	T€
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	3.456	548
Erträge aus Anlagenabgängen	37	103
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen	839	518
Erträge aus Ausbuchung von Forderungen	3	109
Andere periodenfremde Erträge	509	188
	4.844	1.466
Übrige Erträge	1.145	1.020
	5.989	2.486

(13) Materialaufwand

	2022	2021
	T€	T€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	231.091	296.291
Aufwendungen für bezogene Leistungen	125.211	15.059
	356.302	311.386

Im Rahmen der Umstellung des ERP-Systems auf SAP S/4 HANA erfolgt ab dem Geschäftsjahr 2022 eine neue Zuordnung innerhalb des Postens Materialaufwand.

(14) Personalaufwand

	2022	2021
	T€	T€
Löhne und Gehälter	40.671	39.740
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	11.457	11.063
davon für Altersversorgung	2.791	2.755
	52.128	50.803

Im Durchschnitt waren bei der ESWE Versorgungs AG beschäftigt:

	2022	2021
Angestellte	581	583
Auszubildende	47	49
	628	632

(15) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

Die Abschreibungen sind im Einzelnen im Anlagenspiegel dargestellt. Es bestehen keine außerplanmäßigen Abschreibungen.

(16) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Periodenfremde Aufwendungen	2022 T€	2021 T€
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	85	217
Aufwand aus Pauschalwertberichtigungen	0	590
Andere periodenfremde Aufwendungen	125	253
	210	1.060
Konzessionsabgaben	6.598	6.571
davon Gas	1.029	1.291
davon Wasser	5.569	5.280
Abschreibungen auf Forderungen	770	856
Zuführung zu Drohverlustrückstellungen für Energielieferungen	0	3.400
Zuführung zu Drohverlustrückstellungen für Energiebeschaffungen	0	2.400
Übrige Aufwendungen	19.003	21.051
	26.581	35.338

Im Rahmen der Umstellung des ERP-Systems auf SAP S/4 HANA erfolgt ab dem Geschäftsjahr 2022 eine neue Zuordnung innerhalb des Postens Sonstige betriebliche Aufwendungen. Die Zuführung zu Drohverlustrückstellungen für Energielieferungen und Energiebeschaffungen wird unter dem Posten Materialaufwand ausgewiesen.

(17) Beteiligungsergebnis

	2022 T€	2021 T€
Erträge aus Gewinnabführung	2.619	8.239
davon aus verbundenen Unternehmen	2.619	8.239
Erträge aus Beteiligungen	15.045	16.339
davon aus verbundenen Unternehmen	0	1.000
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-106	-112
	17.558	24.466

Die Erträge aus Gewinnabführungen beinhalten die Ergebnisse der Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH (28 T€) und der WiTCOM GmbH (2.591 T€) für das Jahr 2022. Die Erträge aus Beteiligungen beinhalten im Wesentlichen die Gewinnausschüttung der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden Aktiengesellschaft, Mainz (KMW), für das Geschäftsjahr 2021 (14.000 T€). Die Aufwendungen aus der Verlustübernahme betreffen im Berichtsjahr die Übernahme des Verlustes der ESWE Taunuswind GmbH.

(18) Abschreibungen auf Finanzanlagen

Im Berichtsjahr wurde das an die THEE ESWE Windparkbeteiligungs GmbH & Co. KG gewährte Gesellschafterdarlehen, das unter den Ausleihungen an Unternehmen, mit den denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, ausgewiesen wird, wegen voraussichtlicher dauerhafter Wertminderung in Höhe von 2.037 T€ abgeschrieben.

(19) Zinsergebnis

	2022 T€	2021 T€
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.650	974
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	125	48
davon aus verbundenen Unternehmen	44	12
davon aus der Abzinsung von langfristigen Rückstellungen	33	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.824	-1.789
davon aus der Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen	-260	-596
	-767	-767

(20) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Aufgrund des zwischen der WVV Wiesbaden Holding GmbH und der ESWE Versorgung bestehenden Ergebnisabführungsvertrages weist die ESWE Versorgung als Steueraufwand die Körperschaftsteuer auf die Ausgleichszahlung an die Thüga Aktiengesellschaft in Höhe von 3.223 T€ (Vorjahr 3.034 T€) aus. Diese Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

(21) Sonstige Steuern

Der Steueraufwand beinhaltet die Aufwendungen für Grundsteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Umsatzsteuer für Sachzuwendungen sowie Energiesteuern auf den Eigenverbrauch.

(22) Aufwendungen für Ausgleichszahlungen

Gemäß dem bestehenden Ergebnisabführungsvertrag erhält die Thüga Aktiengesellschaft eine vertraglich vereinbarte Ausgleichszahlung von 17.312 T€ (Vorjahr 16.295 T€).

(23) Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags abgeführter Gewinn

Ausgewiesen wird der gemäß Ergebnisabführungsvertrag an die WVV Wiesbaden Holding GmbH abzuführende Gewinn.

Sonstige Angaben

Geschäfte größeren Umfangs mit verbundenen oder assoziierten Unternehmen gemäß § 6b EnWG

Es besteht ein langfristiger Vertrag über die Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen an die Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH, welcher im Geschäftsjahr zu Umsatzerlösen in Höhe von 13.786 T€ (Vorjahr: 13.965 T€) führte.

Weitere Geschäfte größeren Umfangs im Sinne von § 6b EnWG, die aus der gewöhnlichen Energieversorgungstätigkeit herausfallen, wurden nicht getätigt.

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Alle Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen sind zu marktüblichen Bedingungen abgeschlossen worden und unterscheiden sich nicht von Liefer- und Leistungsverpflichtungen mit anderen Unternehmen und Personen.

Dem Aufsichtsrat wurden für das Geschäftsjahr 2022 Bezüge von 44 T€ (Vorjahr 43 T€) gezahlt.

Vorstand

- Rechtsanwalt Ralf Schodlok, kaufmännischer Vorstand (Vorsitzender), Wiesbaden
- Dipl.-Ing. Jörg Höhler, technischer Vorstand, Singhofen

Im Geschäftsjahr 2022 betrugen die Gesamtbezüge des Vorstands 877 T€ (Vorjahr: 866 T€). Die Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstandes und ihrer Hinterbliebenen belaufen sich auf 566 T€ (Vorjahr: 563 T€).

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Vorstandsmitgliedern und ihren Hinterbliebenen sind 4.805 T€ zurückgestellt.

Honorar des Abschlussprüfers

Von den Angaben zu den Honoraren des Abschlussprüfers der Gesellschaft nach § 285 Nr. 17 HGB n. F. wurde abgesehen, da diese Angaben im Konzernabschluss der WVV Wiesbaden Holding GmbH als einbeziehendes Mutterunternehmen enthalten sind.

Konzernzugehörigkeit

Die Gesellschaft ist verbundenes Unternehmen i.S.d. § 15 AktG und § 271 Abs. 2 HGB zur WVV Wiesbaden Holding GmbH und deren verbundenen Unternehmen. Der Jahresabschluss der ESWE Versorgungs AG wird in den Konzernabschluss der WVV Wiesbaden Holding GmbH, Wiesbaden, für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen einbezogen. Die Gesellschaft ist gem. § 291 Abs. 1 HGB von der Aufstellung eines Konzernabschlusses und eines Konzernlageberichtes befreit. Der Konzernabschluss der WVV Wiesbaden Holding GmbH wird in elektronischer Form im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

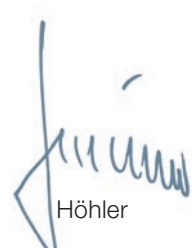
Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres im Sinne des § 285 Nr. 33 HGB eingetreten.

Wiesbaden, 14. Juni 2023

ESWE Versorgungs AG

Der Vorstand


Schodlok


Höhler

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der ESWE Versorgungs AG, Wiesbaden, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der ESWE Versorgungs AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend

dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) als nicht inhaltlich geprüfter Bestandteil des Lageberichts. Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Infor-

mationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unter-

nehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit

den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Anga-

ben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Prüfungsurteile

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 eingehalten hat. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten Elektrizitätsverteilung und Gasverteilung nach § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG – bestehend jeweils aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie die als Anlage beigefügten Angaben zu den Rechnungslegungsmethoden für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse – geprüft.

- Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.
- Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten und der Tätigkeitsabschlüsse in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz (IDW PS 610 n.F. (07.2021)) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG“ weitergehend beschrieben.

Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1) an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für die Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse nach den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass der jeweilige Tätigkeitsabschluss kein unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Tätigkeit zu vermitteln braucht.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten der Gesellschaft nach § 6b Abs. 3 EnWG.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben und
- ob die Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG entsprechen.

Ferner umfasst unsere Zielsetzung, einen Vermerk in den Bestätigungsvermerk aufzunehmen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG beinhaltet.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Unsere Verantwortung für die Prüfung der Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass wir für den jeweiligen Tätigkeitsabschluss keine Beurteilung der sachgerechten Gesamtdarstellung vornehmen können.“

Frankfurt am Main, 14. Juni 2023

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Marc Krizaj ppa. David Schubert
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die gemeinschaftliche Geschäftsführung während des Geschäftsjahres 2022 aufgrund regelmäßiger schriftlicher und mündlicher Berichterstattung des Vorstands laufend überwacht. Im Rahmen seiner satzungsmäßigen Zuständigkeit hat er die ihm obliegenden Entscheidungen getroffen. Es handelte sich hierbei um folgende wesentliche Themen:

- Investitionsmaßnahmen Technik und Erneuerbare Energien
- Finanzierung und Eigenkapitalaufbringung MHKW Wiesbaden GmbH
- Vertriebsaktivitäten in Krisenzeiten und neue Geschäftsfelder
- Klimawende – CO₂ Neutralität bis 2045
- Genehmigung des Wirtschaftsplans 2023 – 2027
- Berichterstattung zu Risikomanagement, Compliance und Revision

Darüber hinaus wurde der Aufsichtsrat regelmäßig über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Ukraine-Kriegs und die daraus resultierenden Verwerfungen an den Energiemärkten sowie die dazu im Unternehmen getroffenen Maßnahmen informiert.

Der Aufsichtsrat tagte im Geschäftsjahr 2022 in drei ordentlichen und einer außerordentlichen Sitzung, wovon drei Sitzungen pandemiebedingt als virtuelle Sitzungen abgehalten wurden.

Die Aufsichtsratsmitglieder wurden im Rahmen der Schwerpunktthemen über alle bedeutsamen Geschäftsvorgänge in Form von Vorlagen informiert.

Die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht für ESWE Versorgungs AG zum 31. Dezember 2022 wurden von PricewaterhouseCoopers GmbH, Frankfurt am Main, geprüft. Beanstandungen haben sich nicht ergeben. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Der Prüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers lag den Aufsichtsratsmitgliedern vor. Vertreter des Wirtschaftsprüfers haben an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teilgenommen und Erläuterungen gegeben. Dem Ergebnis der Prüfung stimmt der Aufsichtsrat zu.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss einschließlich des Lageberichts der ESWE Versorgungs AG zum 31. Dezember 2022 geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind keine Einwendungen zu erheben, so dass er den Jahresabschluss billigt.

Dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern spricht der Aufsichtsrat für die im Geschäftsjahr 2022 geleistete Arbeit seinen Dank aus.

Wiesbaden, 12. Juli 2023

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats


Gert-Uwe Mende

Herausgeber
ESWE Versorgungs AG
Konradinallee 25
65189 Wiesbaden
Tel. 0611 780-0
Fax 0611 780-2339
info@eswe.com
www.eswe-versorgung.de

Ansprechpartner
Michael Lomb
Leiter Betriebswirtschaft

Grafische Gestaltung und Druckvorstufe
Grandpierre Design GmbH, Idstein

Fotos
Grandpierre Design GmbH, Idstein
Archiv ESWE Versorgungs AG
Archiv WITCOM

Druck und Verarbeitung
W.B. Druckerei GmbH, Hochheim am Main



